

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Krieg und Frieden

Der „RotFuchs“ hat sich seit seiner Gründung 1998 konsequent in den Kampf gegen den imperialistischen Krieg eingereiht. Das war und ist der wichtigste politische Schwerpunkt unserer Arbeit. Wir sehen uns dabei in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Bündnispartner im Friedenskampf. Aufrüstung, Konfrontation und Krieg nützen nur einer Klasse, der imperialistischen Bourgeoisie. Viel wurde von Seiten des Klassengegners in diesen fast zweieinhalb Jahrzehnten ge-

1914 zerbrach an der Frage nach den Hauptverursachern des Krieges und damit nach dessen Charakter die Sozialistische Internationale. Bis auf wenige Ausnahmen wie die russischen Bolschewiki folgten alle ihre Parteien der Demagogie, wonach ihre „Vaterländer“ angegriffen worden seien und sich „verteidigen“ müßten. Karl Liebknecht, der sich am 4. August 1914 noch der Fraktionsdisziplin gebeugt hatte, stand am 2. Dezember 1914 im Reichstag fast allein gegen eine geifernde Meute. Beinahe hätte es im

Solchen Leuten schrieb Lenin 1915 ins Stammbuch: „Die primitivste aller Theorien ist wohl die vom ‚Anstifter‘. Man hat uns überfallen, wir verteidigen uns; die Interessen des Proletariats erfordern, daß die Störer des europäischen Friedens abgewehrt werden.“ Lenin nannte das „Sophismus“, die Methode, sich „Gründe“, die sich für alles in der Welt finden, zu suchen. Die Dialektik, die marxistische Analyse verlange aber „die allseitige Erforschung einer gegebenen gesellschaftlichen Erscheinung in ihrer Entwicklung sowie die Zurückführung des Äußerlichen und Scheinbaren auf die maßgeblichen Triebkräfte, auf die Entwicklung der Produktivkräfte und den Klassenkampf.“ In Anwendung auf Kriege bestehe daher der Leitsatz der Dialektik in der Auffassung, daß „der Krieg eine bloße Fortsetzung der Politik mit andern (nämlich gewaltsamen) Mitteln“ ist.

Diese Erkenntnis des preußischen Militärtheoretikers Carl von Clausewitz gilt auch heute: Wer wie die USA und die NATO den Krieg gegen Rußland politisch jahrzehntelang vorbereitet und den gegen die Bevölkerung des Donbass mitträgt, der trägt die Hauptschuld am jetzigen Geschehen in der Ukraine.

Der „RotFuchs“ wird auch in Zukunft Kriegstreiber und Kriegsprofiteure beim Namen nennen. Wir rufen alle Mitstreiter dazu auf, sich gegen sie zu stemmen. Wer für dauerhaften Frieden in Europa und der Welt eintritt, kann sich auf den „RotFuchs“ verlassen.

Arnold Schölzel



Kundgebung der Friedenskoordination Berlin (Friko) am 18. Februar 2022

tan, um von dieser Tatsache abzulenken, die Friedensbewegung mit nebensächlichen Themen zu beschäftigen, sie zu splitten und zu schwächen. Wir haben unseren Kurs gehalten.

Nun, Mitte März 2022, ist die Gefahr eines Weltkrieges akut. Und erneut stiften eine Diskussion an, die von den Hauptverursachern ablenkt. Die Erfahrung der Arbeiter- und der Friedensbewegung lehrt: Das geschieht stets bei Kriegsbeginn. Letztlich treffen dabei jahrelanger Opportunismus und Revision marxistischer Positionen, Anpassung an die Herrschenden und ihre Ideologie auf die marxistische Auffassung, daß der Hauptfeind im eigenen Land steht. Daß er besiegt werden muß, wenn dauerhafter Frieden herrschen soll. Dies schließt ein, für eine sozialistische Gesellschaftsordnung einzutreten. Wer in der DDR gelebt hat und ihre Geschichte kennt, weiß: Sie stoppte für 40 Jahre die Abfolge von Krise, Faschismus und Krieg, die den deutschen Imperialismus charakterisiert.

Bundestag am 27. Februar 2022 eine ähnliche Szene gegeben. Die Fraktionsführung der Partei Die Linke hatte noch am Vortag empfohlen, sich beim gemeinsamen Antrag der Regierungsparteien und der CDU/CSU zu den „Kriegskrediten“, d. h. zum größten Aufrüstungsvorhaben in der Geschichte der Bundesrepublik, zu enthalten. In letzter Minute sprach sich die Fraktion für ein Nein aus, verurteilte aber vehement die militärische Aktion Rußlands vom 24. Februar. Dieser Krieg dauert aber seit acht Jahren an. Rußland reagierte auf ihn und zahlreiche NATO-Drohungen, einschließlich der, die Ukraine atomar aufzurüsten. Rußlands Aktion war eine Reaktion auf den massiv verstärkten Beschuß von Wohngebieten der beiden Donbass-Republiken durch die ukrainische Armee und deren Nazibataillone seit dem 17. Februar. Wir sagen: Wer über den Donbass und den dort seit 2014 verübten Kriegsverbrechen mit rund 14 000 Toten nicht reden will, der sollte auch nicht laut über den 24. Februar sprechen.

Aus dem Inhalt



75 Jahre Containment	2
Stopp-Schild für NATO	4
Gleiche Sicherheit für alle	5
Münchener Sicherheitskonferenz	8
Krieg in der Ukraine	11
Rechte „Helden“ in der Ukraine	16
Dritte Front	18
Rußland isolieren?	19
Rüstungsgewinne	20
Erste Folgeschäden	22
Lüge als Herrschaftsinstrument	23
Hunger in Afghanistan	25
Lateinamerikas Fortschrittskräfte	26
Russische Revolution 1903–1905	28
Staatsschutz in der jungen BRD	30
Anmerkungen zu einem Urteil	31

Containment – 75 Jahre und kein Ende

Harry S. Truman löste kurz vor dem Ende des 2. Weltkrieges Franklin D. Roosevelt, der im April 1945 plötzlich verstorben war, als 33. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ab. Als Vize-Präsident war er in die Kriegsstrategie seines Vorgängers kaum eingeweiht, sollte jedoch die europäische und internationale Nachkriegsordnung maßgeblich mitprägen. Zwei Wochen nach seiner Vereidigung war der Weltkrieg in Europa beendet. Im Juli nahm er an der Potsdamer Konferenz mit J. W. Stalin sowie Winston Churchill bzw. Clement Attlee teil. Schon hier wurde seine Auffassung

teilen sollte. Die US-Administration erweiterte diese Konzeption dann um die Strategie der „Eindämmung“ des Kommunismus. Der „Rollback“ war geboren. Wie die darauffolgende Geschichte bestätigte, war stets die Sowjetunion gemeint, und zwar als strategisches Feindbild der USA. Es begann die Ära der Bipolarität zwischen den beiden Weltmächten.

Im Kongreß sollte H. Truman am 12. März 1947 dieses Herangehen der USA als neue außenpolitische Doktrin verkünden, zusätzlich zur Weitergeltung der bisherigen Monroe-Doktrin, die sich auf Mittel- und La-

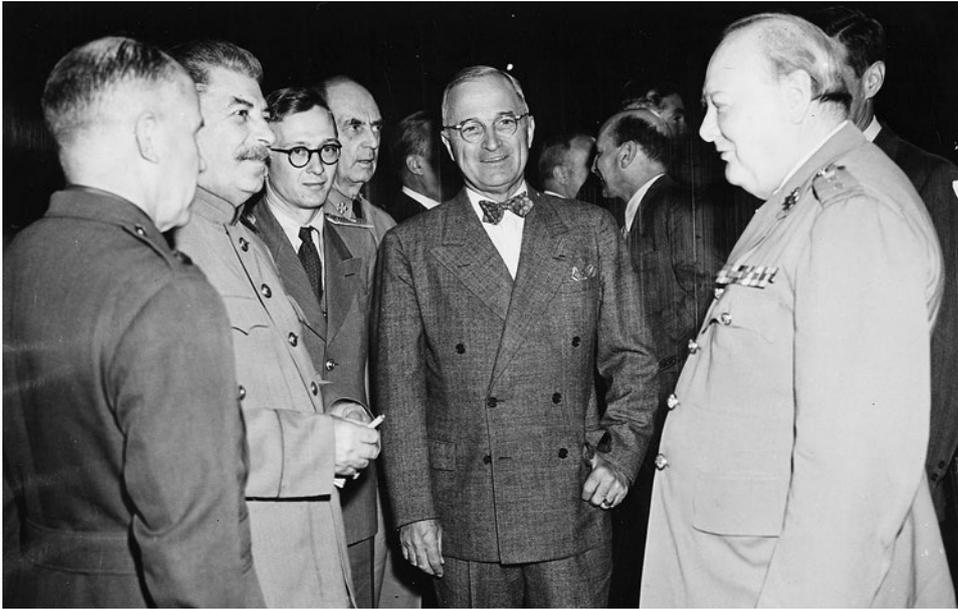
Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, deren Feindbild immer neu gestärkt wurde. Selbst die Politik der Entspannung und „Annäherung“ der Brandt/Bahr-Regierung konnte nur über größte Widerstände im eigenen Bündnis durchgesetzt werden.

Auch im Fernen Osten „dämmten“ die USA nach dem verbrecherischen Einsatz der Atombomben den Kommunismus „zielstrebig ein“. Japan und Taiwan wurden wie in Westeuropa in vorgelagerte potentielle Schlachtfelder verwandelt und hochgerüstet, Guam wurde zum schwimmenden A-Waffenträger, Südkorea nach einem verlustreichen Krieg zu einer US-Basis. Nur in Südostasien wollte dies nicht gelingen. Die USA „übernahmen“ den Kolonialkrieg von der untergegangenen Großmacht Frankreich und fuhren gegen den nationalen Befreiungskampf der Vietnamesen ihre erste große Nachkriegsniederlage ein.

Die „Claims“ waren also recht bald nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges „abgesteckt“. Auf der Grundlage der Beschlüsse von Jalta und Potsdam wurden die Vereinten Nationen mit einem Sicherheitsrat gegründet, der auf der Grundlage der Bipolarität zwischen den USA und der UdSSR das neue Völkerrecht schuf. Letzteres kodifizierte damit auch die über 40 Jahre währende Friedensperiode in Europa und weltweit, abgesehen von lokalen militärischen Expansions- und Containment-Bemühungen. Bis heute wird jedoch zumeist übersehen, daß der Vorgänger der UNO, der Völkerbund, in dem Moment scheiterte, wie zugleich das durch ihn geschaffene Völkerrecht, als durch den deutschen Faschismus das europäische Kräfteverhältnis grundlegend verändert wurde.

Die beiden Pole waren also bis 1989, ob man die Periode nun „Kalter Krieg“ oder „Détente“ nennt, die Sowjetunion und die USA. Bis 1989 ermöglichten sie durch das anhaltende Kräftegleichgewicht einen „kalten“, aber doch einen Weltfrieden.

Das änderte sich durch den Zerfall der Sowjetunion 1990/91. Dabei übersahen die US-Strategen die Tatsache der inneren Ursachen dieses Zerfalls, was Folgen haben sollte. Die Vereinigten Staaten wähten sich aus eigener Kraft am Ziel der „totalen“ Eindämmung des „Kommunismus“, am Ende der Geschichte (Francis Fukuyama, 1989). Der eine Pol der Bipolarität war vermeintlich verschwunden. Der Zerfall Rußlands schien in greifbarer Nähe, samt dem langgehegten Ziel seiner territorialen Zerstückelung. Es verblieben die USA als Monopol. Der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher betätigte sich als Sprachrohr seines Vorlesers und verkündete die „Welt-Innenpolitik“ (1989), in der der „Weltpolizist“ seine nationalen Gesetze international (!) in Anwendung bringen würde. Gegenüber dem krisengeschüttelten Rußland leistete man sich verbal sogar die „Beendigung“ des Kalten Krieges und sprach von immerwährender Zusammenarbeit in allen Bereichen.



Stalin, Truman und Churchill auf der Potsdamer Konferenz am 17. Juli 1945

von der Notwendigkeit eines „Zurückdrängens“ der Sowjetunion deutlich. Diente dem doch seine erste für jedermann sichtbare außenpolitische Aktion, das Manhattan-Projekt – der zweifache Einsatz der Atombombe über Hiroshima und Nagasaki. Die Kapitulation Japans konnte nicht das Ziel gewesen sein, Friedensverhandlungen der Sowjetunion mit Japan dagegen schon. Der Krieg war de facto bereits beendet. Es starben 155 000 Menschen sofort, 90 000 bis 140 000 an den unmittelbaren Folgen, bis 1950 ca. 200 000 an Langzeitfolgen. Also wofür dieses Verbrechen? Es war der zweite Versuch der Amerikaner seit der späten Landung in der Normandie, den Vormarsch der Roten Armee gegen die faschistische Kriegsachse zu stoppen. Truman zögerte auch keineswegs, dies der sowjetischen Delegation in Potsdam deutlich zu machen. Der nunmehr britische Oppositionsführer Winston Churchill lieferte am 5. März 1946 mit seiner berühmten Rede in Fulton, Missouri, über den „eisernen Vorhang“ die ideologische antikommunistische, antisowjetische Grundlage für den folgenden Kalten Krieg, der die Macht- und Einflußsphären der Westmächte, besser der USA, und der Sowjetunion von der Ostsee entlang der Elbe bis zum Schwarzen Meer

teinamerika bezieht. Der im April 1948 vom US-Kongreß verabschiedete Marshall-Plan war gewissermaßen die wirtschaftliche Ergänzung zum Konzept der Eindämmung. Mit seiner Hilfe sollte einerseits die Wirtschaftskraft Mittel- und Westeuropas wiederhergestellt und andererseits „Europa“ in eine abhängige Einflußsphäre der USA verwandelt werden. Die USA überzogen in den vier Folgejahrzehnten Westeuropa bis an die Elbe mit einer eigenen flächendeckenden militärstrategischen Infrastruktur, die Stationierung von Atomwaffen in der BRD und Italien eingeschlossen. Im Rahmen der Bipolarität wurde Westeuropa nun quasi zum vorgelagerten (außerhalb des eigenen Territoriums) Schlachtfeld einer nie wirklich ausgeschlossenen künftigen Verwandlung des Kalten Krieges in einen heißen. Mit der Gründung der NATO als militärpolitischer „Vorfeld-Organisation“ und Disziplinierungsinstrument der USA wurden die Geiselnahme Westeuropas für die eigenen Expansionspläne und die Aufhebung der Souveränität insbesondere der ehemaligen europäischen Großmächte politisch abgesichert. Die Effektivität dieser Vorgehensweise zeigte sich in der Folge in der zuverlässigen Torpedierung jeglicher Versuche der Entwicklung einer strategischen

Es sollte anders kommen. Mit der Regierung und dann Präsidentschaft von Wladimir V. Putin im Jahr 1999 endete die destruktive Politik unter Boris N. Jelzin und Rußland trat in eine Phase der schrittweisen Konsolidierung ein, begann wieder, seine Interessen als souveräner Nationalstaat zu sichern. Und plötzlich war Rußland in den Augen der US-Regierung, wieder der „expansive Feind“, stellte Hillary Clinton den „großen Neuanfang“, den Reset, auf Stopp und reaktivierte die alte Truman-Doktrin des Containments, einschließlich der bisherigen Juniorpartner, wieder.

Es stellt sich natürlich durchaus die Frage nach den Illusionen mancher Freunde im Moskau der Wendezeit, die da meinten, eine Rückkehr der Sowjetunion zur klassischen privatkapitalistischen Produktionsweise sollte den Antagonismus zu den USA auflösen, da sich der ideologische Widerspruch auflösen würde. Es zeigte sich, daß der bis heute notorische Antikommunismus der USA nicht die alleinige Triebfeder für ihren Antisowjetismus und gegenwärtigen Rußlandhaß gewesen ist. Noch in der Zarenzeit, also vor der Großen Oktoberrevolution, nachdem aus Westeuropa für sie keine Gefahren mehr auszugehen schienen, erkannten sie Rußland als gefährlichen (neudeutsch) „systemischen Rivalen“. Heute besteht die vermeintliche Gefahr eher darin, daß eine intensive Kooperation Rußlands mit Mittel- und Westeuropa den USA ihre Vorherrschaft über Letztere wieder entziehen könnte.

Die US-Administration stigmatisierte Rußland nun also ohne „Kommunismus“ (diesmal hieß das Narrativ „Autokratie“) als „Gefahr aus dem Osten“ und zog sich nicht, wie die Sowjetunion, aus ihrem Vorfeld in Europa zurück, sondern dehnte ihre militärstrategische Infrastruktur weiter nach Osteuropa aus, durch die formale Aufnahme ehemaliger Vertragsstaaten in die NATO, durch die Dislozierung ihres (!) Militärs an den Grenzen Rußlands vom Baltikum über Polen, Georgien und seit dem durch sie maßgeblich inspirierten ultrarechten Putsch in Kiew bis in die Ukraine und damit das Schwarze Meer. West- und Mitteleuropa blieb den USA in erweiterter Form als potentieller, „ausgelagerter“ Kriegsschauplatz und die früheren Großmächte Großbritannien, Frankreich und Deutschland als nichtsoveräne politische Geiseln erhalten. Auch Rußland verabschiedete sich alsbald von ideologischen und propagandistischen Lageeinschätzungen. Viele Jahre lang bemühte es sich redlich um die Entwicklung einer sicherheitspolitischen Partnerschaft und wirtschaftspolitischen, beiderseits vorteilhaften Zusammenarbeit. Putins Auftritt vor dem Bundestag 2001 bleibt unvergessen, ebenso seine Teilnahme an der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, auf der er allerdings bereits die Sorgen Rußlands vor der sicherheitspolitischen Expansion der USA bis an seine Grenzen deutlich machte. Er wurde nicht erhört. Die Expansion ging weiter, auch an den russischen Südgrenzen in Mittelasien und dem Nahen und Mittleren Osten. Der (natürlich)

US-geführte NATO-Überfall auf Jugoslawien, die Zerstörung Afghanistans, des Irak und Libyens, einhergehend mit der Ablehnung aller friedenspolitischen und wirtschaftlichen Kooperationsvorschläge Rußlands sowie die Verödung der wichtigsten sicherheitspolitischen Kommunikationsstränge (NATO-Rußland-Rat, OSZE, Rüstungsbegrenzungsverträge etc.) durch die USA und deren zunehmende Isolationsstrategie durch Sanktionen genannte Polizeimaßnahmen ließen keinen Zweifel mehr aufkommen – die alte Politik des Containments wurde zielstrebig fortgesetzt.

Rußland begann sich zu wehren, erst verbal, dann zunehmend durch handfeste außenpolitische Schritte. Sichtbar wurde dies zunächst im Nahen und Mittleren Osten, also an seinen Südgrenzen, in der Aktivierung der Zusammenarbeit mit dem Iran, der Türkei und Israel sowie durch die aktive Unterstützung Syriens gegen die US-amerikanischen Regime-Change-Versuche (bis heute sind die USA aus Syrien nicht verschwunden).

Eine „rote Linie“ überschritten die USA mit dem Regime-Change in der Ukraine, was zu den bekannten russischen Reaktionen führte. Die USA haben damit den Konflikt mit Rußland bewußt zugespitzt. Solange die Westeuropäer dem amerikanischen Narrativ der Bedrohung der Ukraine folgen, werden sie nicht verstehen, daß es beiden Polen (!) gar nicht um die Ukraine geht. Und sie müssen sich nicht wundern, wenn über die Sicherheitslage in Europa ausschließlich zwischen den USA und Rußland verhandelt wird. Von Bedeutung scheint auch, wie im Rahmen der aktuellen US-Kampagne versucht wird, Deutschland als westeuropäischer Kernmacht wieder zielgerichtet auf einen antirussischen Kurs zu zwingen. Der neue „Big Stick“ heißt nunmehr Ukraine, deren Führung regelrecht versucht, die deutsche Regierung zu erpressen. Die von den USA deutlich abweichenden Interessen der BRD, aber auch Frankreichs und Großbritanniens, sollen so gegen jegliche potentielle „Sonderwege“ gegenüber Rußland, und sei es nur der Bau einer Gas-Pipeline, im Zaum gehalten werden. Bill Clinton hat die Entwicklung frühzeitig kommen gesehen. Schon 1997 teilte er Boris N. Jelzin mit: „Wir brauchen die NATO, um in Europa zu bleiben.“ Diese Entwicklung macht deutlich, es ist nicht so wie es scheint, ein „Krieg um die Ukraine“ steht gar nicht zur Debatte. Zur Debatte steht die Sicherheit Rußlands und das „Austarieren“ des künftigen militärstrategischen Kräfteverhältnisses, samt neuer völkerrechtlicher Kodifizierung. Dies ist es, wogegen sich die USA mit aller Macht stemmen. Ein zusätzlicher, neuer Faktor von weltweiter Bedeutung ist hierbei der unaufhaltsame ökonomische, politische und militärpolitische Aufstieg Chinas, das die USA als weiteren „systemischen Feind“ für sich entdeckt haben, gegen den nun die gleiche Methode des Containments angewandt werden soll. Sogar die europäischen Handlanger werden dafür eingespant (deutscher Kreuzer ins Südchinesische Meer, Sanktionspolitik s. *G5 Huawei*, politischer

Boycott der Olympischen Winterspiele etc.). Die „Verbissenheit“ der USA, ihre ideologische Verblendung haben etwas geschafft, was Russen und Chinesen in ihrer jahrhundertalten Geschichte gar nicht – auch nicht unter sozialistischen Bedingungen – nachhaltig zustande gebracht hatten, eine strategische sicherheitspolitische Partnerschaft sowie einen dritten Global Player, der aus dem wiedererstehenden Bipol möglicherweise bald einen Tripol entstehen läßt. Denn auch die VR China hat begonnen, sich zur Sicherung ihrer eigenen Interessen zu wehren. Die Rückkehr der ehemaligen britischen Kolonie Hongkong in das Reich der Mitte ist da wohl erst der Anfang des „Rollback“ der USA im Fernen Osten. Die vorgeschobenen potentiellen Schlachtfelder der Amerikaner stehen jedenfalls zur Disposition, so wie auch in Europa.

In Westeuropa stellt sich das bisher zusätzlich durch das Nichtverstehen der Lage durch die politischen Eliten als nicht unproblematisch dar. Ein Blick zurück in die Vorkriegsgeschichte kann da nicht schaden. Der „Ausbruch“ Deutschlands aus den Fesseln der eingeschränkten Souveränität des Versailler Vertrages geschah damals über die Rechtsradikalen, weil schon mal die Realitäten übersehen wurden. Auch damals wurde versucht, insbesondere durch die USA und Großbritannien, Deutschland gegen Rußland, Sowjetrußland, in Stellung zu bringen, wozu die so verteuflte „Appeasement“-Politik des Westens ihren Beitrag geleistet hat. Die Folgen waren furchtbar.

In den 30 Jahren der vermeintlichen „Weltinnenpolitik“ haben sich die Methoden der US-Außenbeziehungen dahingehend perfektioniert, daß an die Stelle des seit Ende der 40er Jahre in Form der UNO geltenden Völkerrechts, das ja die zwischenstaatlichen Beziehungen regeln soll, einseitig zunehmend moralisierende Kriterien gesetzt werden. Permanent werden realpolitische Fakten geschaffen (!), wie Syrien oder der sogenannte Ukraine-Rußland-Konflikt, die dann mit den Narrativen von Demokratie, Freiheit, Menschenrechten, Solidarität (!), nun auch Klima, „bearbeitet“ werden, denen scheinbar niemand widersprechen kann. Die grüne Außenministerin „revolutioniert“ auch eben die deutsche Außenpolitik, indem sie sie in eine Mission („Klima-Botschaften“) verwandelt. Die Chinesen (Boxer) erinnern sich noch gut, wie das mit den westlichen Missionaren vor 120 Jahren bei ihnen ausging, die Europäer offensichtlich nicht.

Die Containment-Doktrin hat für die USA also auch nach 75 Jahren nicht ausgedient, die Reorganisation der internationalen Beziehungen im 21. Jahrhundert hat jedoch begonnen. Wenigstens wir Friedensbewegten sollten dies verstehen, wenn es schon unsere Missionare nicht vermögen. Dann werden wir auch die Ziele einer neuen Friedensbewegung erkennen können.

Dr. Jochen Willerding
Rangsdorf

Aus: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke, März 2022

Stopp-Schild für die NATO

Kurz bevor sich Rußland entschieden hatte, die Ukraine anzugreifen, hatte *Der Spiegel* ein Streitgespräch zwischen Gregor Gysi und der FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann initiiert. Für Gysi ein Anlaß, das Thema „Vertrauen“ anzusprechen. Strack-Zimmermann argumentierte: „Wenn man Vertrauen aufbaut, schickt man keine 150 000 Soldaten und droht mit schweren Waffen. Sorry, das hat mit Vertrauen nichts mehr zu tun.“ Ohne das zeitgeschichtliche Umfeld einzublenden, antwortet Gysi: „Ich sage ja, das Vertrauen ist zerstört.“ Er argumentiert auf der Schiene der Äquidistanz. Denn ein Vertrauen, das zerstört worden ist, müßte doch zuvor bestanden haben. Dieses gab es jedoch noch nie. Das Wort „Vertrauen“ sollte die NATO aus ihrem Wortschatz streichen. Die derzeit wieder thematisierte NATO-Osterweiterung ist ein Paradebeispiel. Gerade weil die NATO darauf pocht, es habe *keine* vertraglich fixierten Zusagen gegeben, bestätigt sie, daß es ein Vertrauen nur auf einer Seite, nämlich der sowjetischen, gegeben hätte. Als die Sowjetunion aus dem Dornröschenschlaf aufwachte, war es zu spät. Die NATO nahm einen Staat nach dem anderen auf und zog – um Steinmeiers Bild zu verwenden – die Schlinge um Rußland immer fester. Ein Ende des Kalten Kriegs hat es nie gegeben. Den seinerzeit in Jalta beschlossenen Festlegungen haben die USA und Großbritannien nur zähneknirschend (dem tatsächlichen Kräfteverhältnis Rechnung tragend) zugestimmt. Jetzt wird Rußland vorgeworfen, es würde zu dieser Nachkriegsordnung zurückkehren wollen. Grotesk! Die Wahrheit ist, daß es die USA sind, die von einer von ihnen dominierten globalen Einflußzone träumen und, falls geboten, auch die Interessen ihrer europäischen Vasallen ignorieren können. Beim Träumen stehen die Oliv-Grünen Gewehr bei Fuß. Vielleicht werden sie sehr bald von Alpträumen heimgesucht.

Wenn die Themen Kosovo, Krim und derzeit Lugansk/Donetsk zur Sprache kommen, muß ich an die lateinische Sequenz denken: Quod licet Jovi, non licet bovi (Was Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen nicht erlaubt). Dem Widerspruch zwischen Annexion und Sezession ist der Jurist Professor Dr. Hermann Klenner in einem Beitrag unter dem Titel „Juristisches zum Krim-Konflikt“, erschienen in Heft 6/2014 der „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke“ auf den Grund gegangen. Klenner befaßt sich mit dem Krim-Referendum, das zwar demokratisch legitim gewesen, aber eben doch „insofern illegal (gewesen sei), weil es der in Art. 17 der geltenden Verfassung festgeschriebenen territorialen Integrität der Ukraine widersprach“ – dies auch ungeachtet der Tatsache, daß die neuen Herrscher durch einen klassischen Putsch an die Macht gelangt waren. Dennoch, so Klenner, war die „Unabhängigkeitserklärung des Krim-Parlaments zwar verfassungs-, aber nicht völkerrechtswidrig“, weil das Völkerrecht kein anwendbares Verbot einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung enthält. Genau mit dieser Begründung hat ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (ICJ)

die Staatswerdung des Kosovo gerechtfertigt. Klenner: „Das Prinzip der territorialen Integrität eines Staats oder seiner Unabhängigkeit, so heißt es in § 80 des genannten ICJ-Gutachtens, beschränkt sich auf die Sphäre der zwischenstaatlichen Beziehungen; Staaten sind (gemäß Art. 2, Ziffer 4 der UN-Charta) vor einer Annexion, d. h. vor einer zwischenstaatliche Gewaltverbot, die Grundnorm der gegenwärtigen Weltrechtsordnung, verletzenden Einverleibung ihres Territoriums durch andere Staaten, nicht aber sind sie vor einer Sezession, d. h. vor einer einseitigen Un-



abhängigkeitserklärung sowie einer darauf folgenden Verselbständigung von Teilen ihres bisherigen Territoriums samt Bevölkerung völkerrechtlich geschützt. Sezessionskonflikte sind nämlich eine Angelegenheit des innerstaatlichen und nicht des internationalen Rechts. ... Bei einer Sezession hat das (in der UN-Charta, Art. 1, Ziffer 2, unter den Zielen der Vereinten Nationen genannte) Selbstbestimmungsrecht des Volkes Vorrang vor der territorialen Integrität.“ Ein besonderer Fall war der völkerrechtswidrige Bombenkrieg gegen den jugoslawischen Bundesstaat. Er wurde geführt, um die letzten staatlichen sozialistischen Spurenelemente vom europäischen Boden zu tilgen. In der Folge entstanden sieben neue Staaten: Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Slowenien, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien und Kosovo.

In dem Moment, als die russische Regierung die Volksrepubliken Lugansk und Donezk anerkannt hatte, weil diese sich von der Ukraine lösen wollten, hätte der Westen seine Wertehetorik überprüfen und sich im Rückblick der Frage stellen müssen, warum er das Blutbad auf dem Balkan geduldet bzw. sich aktiv daran beteiligt hatte. Statt dessen heftigste Empörung gegen Putin von Washington bis nach Brüssel und Berlin.

Wie alle juristischen Texte sind auch die hier zitierten sperrig. Sie sind aber eine Antwort auf das von rechts bis links bemühte Mantra eines angeblichen, völlig inakzeptablen Völkerrechtsbruchs. Mit der Anerkennung der Volksrepubliken hat Rußland dem Westen eine späte, adäquate Antwort auf die seinerzeitige Anerkennung des Kosovo gegeben. Eine Invasion läßt sich nicht rechtfertigen. Aber es gibt Gründe, die erklären können,

warum es so weit gekommen ist. Seit ihrer Gründung stand die Sowjetunion immer im Visier der imperialistischen Staaten. Das war kein „Kalter Krieg“, sondern ein mehr oder weniger heißer auf Sparflamme. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wähten sich die selbsternannten Sieger der Geschichte schon auf der Zielgeraden. Hinter allen von den USA mit ihren Vasallen losgetretenen Kriegen stand Rußland stets im Zentrum der Zielscheibe. Wer das ignoriert, sollte über den Charakter des Kalten Kriegs schweigen. Über das strategische Ziel, Rußland einzukreisen und von den Rändern her aufzuweichen, ist schon viel geschrieben worden. Neulich fand ich einen Satz in meinem E-Mail-Briefkasten: „Nur wer nichts tut, kann nichts falsch machen.“ Unter Jelzin hat Rußland so gut wie nichts getan, um sich gegen die Ausplünderung seines Landes zu wehren. Mit anderen Worten: Er hat aus Sicht des Westens nahezu alles richtig gemacht. Mit der Ära Putin hat Rußland dann angefangen, alles „falsch“ zu machen, weil er sich die sprichwörtliche Weisheit nicht zu Herzen genommen hat. Putin hat die Entwicklung der Ukraine hin zu einem von Faschisten mitgetragenen Staat angeprangert. Er hat erkannt und benannt, daß die mit der ukrainischen Staatsführung im Schulterschuß verbündete NATO nie willens war, das Minsker Abkommen umzusetzen. Selbst der inzwischen acht Jahre andauernde Krieg der Ukraine gegen Lugansk und Donetsk wurde vom Westen im Zeichen der Solidarität mit Kiew ignoriert. Putin hat auch nicht die Augen und Ohren verschlossen, als das Ansinnen Selenskis nach eigenen Atomwaffen die Nachrichtenportale erreichte.

Last but not least: Die mit Quellen gut dokumentierte Zusage, daß die NATO sich nicht über zwei Inch jenseits der (gesamt)deutschen Grenze, also auf osteuropäische Territorien, etablieren wolle, wird neuerdings mit kaum zu überbietender Arroganz als Propaganda abgetan. Michail Gorbatschow hatte sich mit schönen Worten abspesen lassen, statt auf vertraglich Gesichertem zu bestehen.

Heute ist es der Kiewer Präsident, der es sich gar nicht erst erlauben darf, über ein Friedensabkommen mit Rußland nachzudenken. Selenski hat seit Beginn seiner Amtszeit nicht begriffen, daß er nur ein Spielstein auf dem großen Schachbrett ist. Als Marionette der Amerikaner war er intellektuell hoffnungslos überfordert, die Chancen für sein Land mit der Durchsetzung des Minsker Abkommen zu erfassen. Was er nicht verstanden hat bzw. verstehen durfte, ist, daß die Ukraine einer der wichtigsten Bausteine für das alte und neue Ziel ist, eine Werteordnung zu schaffen, in der nur die USA über das Gewaltmonopol verfügen dürfen. Ein Ziel, das für Frau Baerbock alternativlos ist, weil sonst, wie sie am 27. Februar im Bundestag verkündete, „unsere internationale Ordnung auf dem Spiel steht“. Mit diesem und dem folgenden Satz – „Wir müssen Rußland ruinieren“ – erntete sie Standing Ovations. Ein Beweis, daß die Rachegeilüste seit dem 8. Mai 1945 immer noch lebendig sind.

Hans Schoenefeldt

Gleiche und unteilbare Sicherheit für alle!

Warum sah sich Rußland gezwungen, einen völkerrechtswidrigen Weg einzuschlagen? Handelten die USA und die NATO nach 1945 etwa immer völkerrechtskonform? Ist ein Krieg erst dann völkerrechtswidrig, wenn ihn die Russen führen? Erinnert sei an Putins Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007, die deutlich signalisierte, daß Rußland die US-NATO-Dominanz nicht dulden wollte. Der letzte diplomatische Versuch im Dezember 2021, eine weitere Ausdehnung der NATO nach Osten zu unterbinden und verbindliche Sicherheitsgarantien zu erwirken, blieb ungehört.

Die Lage, wie wir sie jetzt haben, ist nicht plötzlich über Nacht eingetreten. Rußland hat am 24. Februar nicht aus schierer Kriegslust die militärischen Handlungen begonnen.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde der Warschauer Vertrag aufgelöst, die sowjetischen Truppen verließen samt ihrer Bewaffnung Ostdeutschland und die anderen früheren sozialistischen Länder, die westalliierten Truppen blieben mit atomaren Waffen der USA in Westdeutschland. Die Angliederung der DDR an die BRD wurde unter der Bedingung zugesichert, daß die NATO keinen Zentimeter ostwärts der Oder erweitert werde. Die Vereinnahmung der DDR durch die BRD erfolgte, die Osterweiterung der NATO bis an die Westgrenzen Rußlands ebenfalls. Deutsche Soldaten stehen erneut wenige Kilometer vor Sankt Petersburg. Ist das etwa völkerrechtskonform und im Interesse von Frieden und Sicherheit für Rußland?

Dennoch wird gefragt, von wem sich Rußland eigentlich bedroht fühlt? So fragen, können allerdings nur jene, die davon ausgehen, daß die NATO ein friedlich und lupendemokratisch verfaßtes Verteidigungsbündnis ist. Das spürte Rußland ganz anders. Es sah und sieht sich nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende der Systemkonfrontation von Hunderten Militärbasen umzingelt und belagert. Nachdem der Versuch in der Jelzin-Ära mißlang, dieses Riesenland mit seinen Ressourcen und Potenzen friedlich zu kolonialisieren, fanden bekanntlich in seiner unmittelbaren Nachbarschaft unter maßgeblicher Beteiligung der USA und ihrer Verbündeten etliche „Regime-Change-Revolutionen“ (allein in der Ukraine mehrfach) statt, die darauf abzielten, ein rußlandfeindliches Umfeld zu bereiten, um letztendlich auch in Rußland ein prowestliches Regime zu installieren. Dem widerstand Rußland und entwickelte ganz andere Zukunftsvorstellungen für die Föderation. So erklärte Putin 2001 im Deutschen Bundestag unter Beifall: „Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Aber ich bin der Meinung, daß Europa seinen Ruf als mächtiger und selbständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen

menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Rußlands vereinigen wird.“

Auf der Münchener Sicherheitskonferenz zitierte Putin den damaligen NATO-Generalsekretär Wörner mit den Worten: „Schon der Fakt, daß wir bereit sind, die NATO-Streitkräfte nicht hinter den Grenzen der BRD zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien. Und wo sind diese Garantien?“

Ja, wo sind sie? Fünfzehn Jahre später hat Rußland eben diese Sicherheitsgarantien von den USA und der NATO eingefordert und auf beide Vertragsvorschläge eine abschlägige Antwort erhalten. Die folgenden diplomatischen Aktivitäten auf hoher und höchster Ebene blieben ebenfalls erfolglos. Unvoreingenommen gefragt, haben die baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland – was für Erfahrungen sie in der Vergangenheit auch immer gemacht haben – ein Recht zu verlangen, daß ihre Sicherheit, Souveränität und territoriale Integrität respektiert und gewährleistet werden? Ja, das haben sie.

Dürfen Polen, Rumänien und die anderen ehemaligen sozialistischen Länder Europas diese Erwartungen ebenfalls hegen? Ja, das dürfen sie!

Wie sieht es damit bei den nordeuropäischen Ländern und den Ländern Südosteuropas aus? Auch bei denen lautet die Antwort unmißverständlich: ja.

Hat nun die Russische Föderation auch derartige Ansprüche, angesichts ihrer historischen Erfahrungen? Warum denn nicht? Genauso wie Belarus und die Ukraine hat auch Rußland legitime Sicherheitsinteressen. Diese sieht es seit Jahren von der NATO bedroht. Es wird von Hunderten Militärstützpunkten umzingelt. Seine Bemühungen seit über zwanzig Jahren, vom Kalter-Krieg-Modus zum Kurs der friedlichen Koexistenz zu gelangen, sind fehlgeschlagen. Am 19. Dezember 2021 schlug Rußland ein Abkommen über Sicherheitsvereinbarungen mit den NATO-Staaten und eins mit den USA über Sicherheitsgarantien vor. Beide Übereinkünfte beabsichtigen die Errichtung einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur, bei der die Sicherheitsinteressen aller Staaten des Kontinents gewährleistet werden. Was genau schlug Rußland den USA vor?

In Einhaltung der Grundsätze der UN-Charta und im Interesse der gegenseitigen gleichen Sicherheit unternimmt keine der beiden Parteien Aktivitäten, die „die wesentlichen Sicherheitsinteressen der anderen Partei untergraben würden.“ (Art. 1 und 2)

Beide Seiten nutzen kein Hoheitsgebiet anderer Staaten, um bewaffnete Angriffe gegen die andere Partei durchführen zu können, die deren wesentliche Sicherheitsinteressen beeinträchtigen würden. (Art. 3)

Beide Staaten unterlassen die Stationierung ihrer Streitkräfte und Rüstungsgüter in Gebieten, die von der jeweils anderen Seite als

Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit empfunden würde. (Art. 5)

Die Vertragsparteien stationieren keine landgestützten Kurz- und Mittelstreckenraketen außerhalb ihres Staatsgebietes sowie auf eigenem Gebiet, von wo aus diese Waffen Ziele im Staatsgebiet der anderen Partei angreifen könnten. (Art. 6)

Die Vertragsparteien stationieren keine Kernwaffen außerhalb ihres Hoheitsgebietes und bringen bereits stationierte wieder in ihr Hoheitsgebiet zurück. (Art. 7)

Die USA schließen jede weitere Osterweiterung der NATO aus. Sie errichten keine Militärstützpunkte in Staaten, die früher zur UdSSR gehörten und nicht Mitglieder der NATO sind und entwickeln mit ihnen keine militärische Zusammenarbeit. (Art. 4)

Der Artikel 4 hat infolge der Beendigung der Systemkonfrontation für Rußland keine Relevanz mehr, dennoch erhebt es keine Forderung nach Auflösung der NATO.

Der Westen hat Rußland nunmehr unisono als Aggressor und Verantwortlichen für den Krieg ausgemacht. Von den transatlantischen Bündnisfreunden der USA war nichts anderes zu erwarten. Man bedenke, wie lange Rußlands Führung Geduld bewiesen hat, bevor sie sich entschloß, entschieden im Interesse der Sicherheit ihrer Menschen und ihrer Bürger auch im Donbass zu handeln.

Ja, Putin will ganz offensichtlich die europäische Nachkriegsordnung verändern. Aber ist sie in den vergangenen Jahrzehnten nicht an den Sicherheitsinteressen Rußlands vorbei bereits einseitig drastisch verändert worden, als die NATO sich ostwärts ausgedehnt hat? Rußland strebt deshalb eine neue europäische Sicherheitsarchitektur an, bei der Frieden und Sicherheit aller Staaten Berücksichtigung erfahren. Auf diplomatischem Weg ist das bisher leider nicht gelungen.

Man stelle sich vor, daß die Bürger der USA einen Vernichtungskrieg hätten erleiden müssen, wie ihn die Völker der UdSSR von 1941 bis 1945 zu ertragen hatten. Wie wären sie heute sensibilisiert, wenn es um die Gefährdung ihrer Sicherheitsinteressen ginge? Würden die USA tatenlos hinnehmen, wenn an ihren Staatsgrenzen zigtausend mit modernsten Waffen ausgerüstete Soldaten eines gedachten Militärbündnisses unter Führung Rußlands aufmarschieren würden? Würden sie dulden, wenn Rußland in der Karibik Militärstützpunkte hätte? Würden die USA regelmäßige Militärmanöver aller Teilstreitkräfte Rußlands und seiner Verbündeten in unmittelbarer Nähe des Territoriums der USA nicht als eine Bedrohung ansehen und verlangen, daß ihre Sicherheit vertraglich garantiert wird?

Die USA und die NATO müssen akzeptieren, daß es auf Dauer nur eine gleiche und unteilbare Sicherheit geben kann, damit die Welt nicht in Flammen verbrennt.

Andrej Reder
Berlin

„State-Building“ nach USA-Rezept

Daß das Völkerrecht die USA nur interessiert, wenn und soweit es ihren geostrategischen Interessen dient, ist aus jahrzehntelanger Erfahrung hinlänglich bekannt. Als Beispiele aus jüngster Zeit seien Serbien-Kosovo, der Irak und Syrien erwähnt.

Wenn es darum geht, in Staaten, die nicht nach der Pfeife der USA tanzen, prowestliche Regime an die Macht zu bringen, einen Regime-Change zu organisieren und auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen, interessiert das Völkerrecht die USA nicht wirklich. Solche völkerrechtswidrigen militärischen Interventionen in fremden Staaten werden dann oftmals euphemistisch als State-Building bezeichnet. Was damit gemeint ist, konnte man in der Neuen Zürcher Zeitung (Leibblatt von Konrad Adenauer) vom 8. Februar 2022 in unverschämter Offenheit nachlesen. Wörtlich ist zu lesen:

„Die geopolitische Voraussetzung für die neue Doktrin war der Sieg des Westens im Kalten Krieg. Die Sowjetunion war zerfallen, Rußland unter Jelzin geschwächt und der Aufstieg Chinas zu einer Führungsmacht des 21. Jahrhunderts noch nicht absehbar. Die USA waren die ‚übriggebliebene‘ Supermacht, der niemand Paroli bieten konnte: weder der Hard Power ihres Militärs noch der Soft Power ihrer Zivilisation. Unterstützt von westlichen ‚Koalitionen der Willigen‘ hatten sie freie Hand. Die innenpolitische Voraussetzung dafür, daß diese Macht auch mehrfach genutzt wurde, war eine außergewöhnliche ideologische Konstellation.

Von links insitierten ‚liberale Falken‘ wie die Demokratin Hillary Clinton für ‚humanitäre Interventionen‘, um im Namen der Menschenrechte in die aufflammenden Bürgerkriege der neunziger Jahre einzugreifen. Von rechts betrieben republikanische Neokonservative vom Schlage des Verteidigungsministers Donald Rumsfeld den Regimewechsel in ‚Schurkenstaaten‘ – und nach dem Schock von 9/11 auch immer öfter die Intervention in ‚failing states‘, die als Brutstätten des Terrorismus betrachtet wurden.

Gemeinsam war beiden Denkrichtungen die Überzeugung, die USA seien dank militärischer Stärke, planerischem Sachverstand und finanzieller Potenz in der Lage, fast überall auf der Welt zu intervenieren, um nach militärischen Interventionen staatliche Strukturen aufzubauen, die dem westlichen Vorbild zumindest gleichen.

Eine Anleitung zur Umsetzung des ‚neuen liberalen Imperialismus‘, wie britische Akademiker die Doktrin nannten, lieferte die Rand Corporation. Der größte Think-Tank des Landes zog 2007 die Summe aus einer großen Zahl von Fallstudien. Das Produkt hieß ‚The Beginner’s Guide to Nation-Building‘. Sein Ansatz lautet: Je umfassender eine Mission ist, desto zäher ist der Widerstand dagegen. Doch jeder Widerstand kann überwunden werden, wenn ausreichend Personal, Ressourcen und Zeit zur Verfügung stehen.“ Und mit Bezug auf den Krieg gegen den Irak heißt es

weiter: „Daß Vollmachten und Know-how der Schlüssel zum Erfolg seien, glaubte auch Paul Bremer, der amerikanische Zivilverwalter im Irak. Getragen von der Euphorie des schnellen Sieges der Koalitionstruppen gegen Saddam Hussein erließ er zu Beginn seines Mandats 2003 zwei Dekrete. Dekret Nummer 1 verfügte die Abschaffung der Baath-Partei und schloß Mitglieder der ehemaligen Regimepartei von staatlichen Posten aus. Dekret Nummer 2 befahl die Auflösung der Armee. Dann schritt er zur Privatisierung der Staatsindustrie und schrieb die Curricula an den Universitäten um. Beabsichtigt waren die ‚Enthauptung‘ des Regimes und eine Auswechslung der Eliten, um Raum für den Um- und Neubau des Staates zu gewinnen.“

Für die USA sind völkerrechtliche Bedenken dann nicht angebracht, wenn es darum geht, mit Regime-Change ein „demokratisches“ – sprich prowestliches – Konstrukt zu installieren. Ohne arrogant zu sein, kann man wohl feststellen, daß sich die Russen, was die Respektierung des Völkerrechts angeht, von den USA nicht belehren lassen müssen.

Aus dem Lager, das vor nicht langer Zeit völkerrechtswidrig Serbien hat bombardieren lassen, tönt es jetzt im Brustton moralischer Überlegenheit, der Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung politischer Forderungen gehe in der heutigen Zeit gar nicht mehr.

Stefan Hofer
Basel

Der NATO-Weg in die Eskalation

1990: Im Austausch für die NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschland wird von zahlreichen westlichen Staatshäuptern versprochen, keine NATO-Erweiterung nach Osteuropa vorzunehmen.

1994: Mit der „Partnerschaft für den Frieden“ beginnt ein erstes Heranführungsprogramm u.a. für ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes.

1997: NATO-Rußland-Akte im Tausch für die absehbare erste Osterweiterung. Darin die NATO-Zusage, keine substantiellen Truppen dauerhaft in Osteuropa zu stationieren.

1999: NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Umgehung des UN-Sicherheitsrates, eklatanter Völkerrechtsbruch und gewaltsame Spaltung Jugoslawiens.

1999: NATO-Erweiterung I: Polen, Tschechische Republik und Ungarn.

2002: US-Austritt aus dem Raketenabwehrsystemvertrag (ABM).

2003: Beginn der „bunten“ Revolutionen, westliche Unterstützung beim Sturz pro-russischer Machthaber in Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisien (2005).

2004: NATO-Erweiterung II: Bulgarien, Estland, Litauen, Lettland, Rumänien, die Slowakei und Slowenien.

2008: April: NATO räumt Georgien und Ukraine Beitrittsperspektive ein. Im August beginnt Georgien mit US-Unterstützung eine Offensive gegen die abtrünnige Republik Süd-Ossetien. Rußland schlägt diese militärisch im sogenannten Georgienkrieg zurück.

2009: NATO-Erweiterung III: Kroatien und Albanien.

2010: Beschluß zum Aufbau einer NATO-Raketenabwehr, die auch offensiv eingesetzt werden kann und daher aus russischer Sicht den INF-Vertrag verletzt. Abschlußanlagen in Rumänien und Polen (im Aufbau).

2011: NATO-Bombardierung Libyens, extreme Dehnung des UN-Mandats in Richtung eines Regimewechsels.

2014: Eskalation in der Ukraine. NATO-Gipfel in Wales: Verabschiedung des „Readiness Action Plan“ (u.a. Erhöhung und Schaffung neuer Schneller Eingreiftruppen ...).

2016: NATO-Gipfel in Warschau: Permanente Stationierung von vier Bataillonen (4000 bis 5500 Soldaten) in Osteuropa.

2017: NATO-Erweiterung IV: Montenegro.

2018: NATO-Krisenreaktionsinitiative (4 X 30): 30 Bataillone; 30 Flugzeugstaffeln; 30 Schiffe, Einsatzbereitschaft in 30 Tagen.

2019: US-Aufkündigung des INF-Vertrages.

2020: NATO-Erweiterung V: Nordmazedonien.

2021: Aktivierung der „Multi Domain Task Force“ und des 56. Artilleriekommandos (Sitz Wiesbaden). Klares Zeichen für die US-Absicht, Kurz- und Mittelstreckenraketen in Osteuropa zu stationieren.

2022: US- und NATO-Ablehnungsschreiben der drei russischen Kernforderungen: Keine NATO-Osterweiterung; Rückbau der militärischen NATO-Präsenz auf den Stand der NATO-Rußland-Akte; keine Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen.

Aus: IMI-Analyse 2022/06, Jürgen Wagner

Der Konflikt in der Ukraine und die Pax Americana

Die Medien lieferten über Monate in der Vorphase militärischer Auseinandersetzungen eine Schlacht der Worte. Sie bliesen viel Wind in die Segel des Krieges. Der Eindruck drängte sich auf, daß einige – entgegen dem Pressekodex – auf eigene Rechnung in die Auseinandersetzungen eingriffen. Zu den eigentlichen Ursachen des Konflikts in der Ukraine, dessen Wurzeln bis 1917 zurückreichen, wird wenig berichtet. An Schuldzuweisungen gegen Rußland aber mangelt es in den Medien nicht, auch nicht an verbalen Drohhärdern. Der Botschafter der Ukraine in Berlin forderte am 25. Februar im n-tv-Kanal sogar die Atombombe für sein Land. Unisono tönen Politiker Deutschlands und der Europäischen Union: „Rußland und Putin müssen es bezahlen, sie müssen hart bestraft werden.“

Die Philosophie der Pax Americana (amerikanischer Friede) als Teil des Kalten Krieges bestimmt bereits seit langem die Politik der Staatengruppe der G 7 gegenüber Rußland, ohne eine finale Regelung herbeiführen zu können. Ihr Hauptziel war und ist, den Status quo Rußlands weiter zu schwächen. In den 90er Jahren wurde die UdSSR aufgelöst. Die frühere Union hatte damit 14 Mitgliedsländer und über 20 autonome Gebiete verloren. Nach Gesprächen zwischen den US-Präsidenten Bush j. und Gorbatschow verschwanden auch das Verteidigungsbündnis, der Warschauer

Pakt, und der Rat der Gegenseitigen Wirtschaftshilfe. Die NATO rückte bis an die Grenzen Rußlands vor. Die Ukraine, noch kein NATO-Mitglied, drängt aber auf Aufnahme. Das Jahr 1993 zeigte unter dem Beifall der G 7, wie es gehen könnte. Die Pax Americana trat auf den Plan: Dem Gegner wird der Mantel des Verletzers des Völkerrechts und der Menschenrechte umgehängt. Er wird in eine imaginäre Gruppe der Bösen eingeordnet. Mit Sanktionen und Boykotten soll seine innere Lage destabilisiert werden. Die Meinungsbildung wird über Medienkanäle gesteuert und beeinflusst.

Winston Churchill, die Symbolfigur des Kolonialismus, war einer der Väter der Pax Americana wie auch der Truman-Doktrin zur Zurückdrängung des Sozialismus. Ihm wird in einer seiner Biografien folgende bedeutungsschwere Aussage zugeschrieben: „Auch wenn in Rußland der Bolschewismus nicht die Oberhand gewonnen hätte, müßte man das Land schon wegen seiner Marktgröße und des Rohstoffreichtums unter Kontrolle nehmen.“

Aus der Fernsehansprache von Präsident Putin am 21. Februar mit der Ankündigung, Lugansk und Donezk als Volksrepubliken völkerrechtlich anzuerkennen und militärische Schutzfunktionen zu übernehmen, wird deutlich, daß er und die russischen Menschen

durch das seit 1990 gegen sie inszenierte Vorgehen von USA und der NATO tief verletzt sind. Die Russen, die traditionell im Donbass leben, hätten viel Leid auch nach dem Völkerstrafgesetzbuch hinnehmen müssen. Putin machte eine lange Rechnung gegen Politiker der Ukraine auf. In seiner Rede zeigte er eine ähnliche Entschlossenheit, wie sie Präsident Bush j. während seiner Fernsehansprache nach der Zerstörung der Twin Towers in New York demonstrierte und zum Krieg gegen den Terror aufrief. Er stützt sich bei seiner Entscheidung, die Ukraine anzugreifen, auf Artikel 51 der UN-Charta als Präventiv-Defensivhandlung.

Die Pax Americana ist nichts anderes als ein Konzept der Durchsetzung weltpolitischer Dominanz der Vereinigten Staaten. Die USA halten daran und an ihrer „Mission“ fest, ihre nationalen Interessen einseitig und überwiegend „out of area“ zu verwirklichen. Das zeigen Vietnam, Nikaragua, Panama, Kuba, Grenada, Irak, Libyen, Philippinen, Afghanistan und andere Länder.

Ich selbst erlebte Bombennächte in Berlin und Kampfhandlungen zwischen SS-Einheiten und amerikanischen Soldaten in Sachsen. Mein Wunsch, nie wieder Krieg erleben zu müssen, hat sich tief in mir eingegraben.

Günter Buhke
E-Mail

Brzezinskis langer Schatten

Rußland hat die Ukraine angegriffen. Viele sind geschockt, auch über die Gefahr eines Krieges in ganz Europa. Manche haben auch gewußt, daß es so kommen mußte.

In solch einer Situation besinnt sich selbst die bürgerliche Presse auf schon einmal vor langer Zeit Aufgeschriebenes und heute immer noch Aktuelles. 1997 veröffentlichte US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski sein Buch unter dem Titel „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“. Dort steht geschrieben, was heute gar nicht mehr erstaunt: „Wie man zugeben muß, waren nicht alle russischen Bedenken gegen eine NATO-Erweiterung aus der Luft gegriffen oder böswilliger Natur.“ Bei ihm auch nachzulesen: Unter geopolitischem Aspekt stellte der Abfall der Ukraine einen zentralen Verlust dar, denn er beschneidet Rußlands geostrategische Optionen drastisch. Die Unabhängigkeit der Ukraine beraubte Rußland seiner beherrschenden Position am Schwarzen Meer, wo Odessa das unersetzliche Tor für den Handel mit dem Mittelmeerraum und der Welt jenseits davon war.

Brzezinski wollte in seinem Buch eine in sich geschlossene und umfassende Geostrategie entwerfen, in der die USA als Hauptakteur und „einzige globale Supermacht“ auf militärischem, wirtschaftlichem, politischem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet agieren. Dreh- und Angelpunkt sei die Entwicklung in der Ukraine. Nur mit der Ukraine

könne Rußland zu einem eurasischen Reich werden und seine Position am Schwarzen Meer behaupten. Ohne die Ukraine seien die Russen gezwungen, ihre eigene politische und ethnische Identität zu überdenken, schreibt Brzezinski.

Nachzulesen ist hier auch: Nahezu 75 Prozent der Weltbevölkerung leben in Eurasien, und in seinem Boden steckt der größte Teil des materiellen Wachstums der Welt. Als Ganzes genommen stellt das Machtpotential dieses Kontinents das der USA weit in den Schatten. Sollte die NATO-Osterweiterung scheitern, würde die amerikanische Führungsrolle schwinden, der Plan eines expandierenden Europa zunichte gemacht ...

Er sieht Amerikas Vorrangstellung in Eurasien bedroht, falls sich Staaten der ehemaligen Sowjetunion wieder zusammenschließen und dem Westen eine Abfuhr erteilen. Deshalb müsse das Aufkommen einer „dominierenden, gegnerischen Macht“ unbedingt verhindert werden.

Das Geschriebene enthüllt die Aktualität der Denkweise eines einflußreichen US-amerikanischen Politikers in bezug auf die Rolle der USA. Die NATO-Osterweiterung und die Ukraine-Politik des Westens mit surrealen Verhandlungsstrategien in den letzten Jahren zeigen, daß all diese Gedanken für diese Kräfte noch heute Gültigkeit haben.

Dr. Jens Möller
Rangsdorf

Ex-Präsident Jimmy Carter nennt USA das kriegerischste Land der Welt

Jimmy Carter, der einzige US-Präsident, unter dem die Vereinigten Staaten keinen Krieg führten, hat die Kriegslust seines Landes scharf kritisiert. Die USA könnten sich an China ein Beispiel nehmen.

„Die USA sind das kriegerischste Land der Welt. Wissen Sie, wie oft China seit 1979 Krieg gegen jemanden geführt hat? Niemals! Und wir sind im Krieg geblieben“, erklärte er in seiner Sonntagsschule in der Maranatha Baptist Church in Georgia. In den 242 Jahren ihres Bestehens als Staat hätten die USA lediglich 16 Jahre lang keinen Krieg geführt.

Daß die USA das kriegsfreudigste Land seien, sei die Folge des US-Drucks auf andere Staaten, amerikanische Prinzipien zu übernehmen.

Laut einer Studie von Watson Institute of International and Public Affairs gaben die USA seit 2001 insgesamt 5,9 Billionen Dollar für die Kriege im Irak, Syrien, Afghanistan, Pakistan und anderen Ländern aus.

„China hat keinen Cent für Krieg ausgegeben, deshalb sind sie uns voraus. In fast jeder Hinsicht“, so das Fazit des Ex-Präsidenten.

Quelle: sputniknews, 20.4.2019

Die Münchner Sicherheitskonferenz 2022 und ihre Geschichte

Während ich diesen Text schreibe, Anfang März, ist Krieg in der Ukraine. Nicht der erste nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa, wie Medien unisono behaupten. Falsch ist auch die Aussage, daß dieser Krieg am 24. Februar begonnen hat. Er begann, wenn auch als Bürgerkrieg, schon 2014, und die ukrainischen und russischen Opfer seit dem Februar sind auch nicht die ersten, sondern sie kommen zu den bereits mehr als 14 000 Toten hinzu, die der Krieg der ukrainischen Führung gegen seine Bevölkerung im Osten des Landes bis dahin bereits kostete. Um jene zu schützen gegen den eigenen Staat und um seine bedrohten Sicherheitsinteressen zu wahren, befahl die russische Regierung eine großangelegte Militäroperation in der Ukraine, ihrem Nachbarstaat. Bei allen nachvollziehbaren Gründen halte ich diese Entscheidung für falsch, nicht nur wegen der Opfer auf beiden Seiten, sondern auch wegen der zu erwartenden politischen und ökonomischen Langzeitfolgen. Den Vorwand für den Westen zu einer beispiellosen Eskalation der militärischen Auseinandersetzung bietet sie allemal.

Am 27. Februar beschloß der Deutsche Bundestag in einer Sondersitzung ein gigantisches Aufrüstungsprogramm von 100 Milliarden Euro, fast ohne Gegenstimmen. Finanzminister Lindner erhielt mit seiner Forderung nach einer deutschen Militärmacht, die dessen Größe und Stärke entspräche, offenen Beifall. Von den Linken kein Protest, auch ein Fehlverhalten der NATO konnte sie nicht erkennen. Ob es ein solches tatsächlich nicht gibt, kann auch ein Blick auf die letzte Münchner Sicherheitskonferenz (18. bis 20. Februar) und ihre Geschichte erhellen.

Was ist die Münchner Sicherheitskonferenz, fragt die Organisation International Rescue Committee (IRC), die sich selbst als eine humanitäre Hilfsorganisation, deren Arbeit entlang des Spektrums von Nothilfe bis Integration und Entwicklungszusammenarbeit wirkt, bezeichnet, und schreibt dazu: „Die Münchner Sicherheitskonferenz, auch bekannt als Munich Security Conference (MSC), ist ein weltweit anerkanntes internationales Forum für Sicherheits- und Außenpolitik. Die 1963 gegründete Konferenz bietet eine Plattform für Reden, Diskussionsforen und nicht-öffentliche Gespräche, auf der hochrangige Experten und Politiker über sicherheitspolitische Fragen sowie aktuelle weltpolitische Brennpunkte diskutieren.“ Kann man das so stehen lassen? Wohl eher nicht, und die ganze Wahrheit ist es sowieso nicht. Was hat es also auf sich mit dem jährlichen Aufruf von Wichtigen, noch Wichtigeren und sogar den Allerwichtigsten, wenn man dem Mediengedröhn und dem Selbstverständnis der meisten der dort Vertretenden folgen wollte. Richtig ist auf jeden Fall, daß so eine Art Konferenz, damals 1963, noch unter dem Namen „Internationale Wehrkundebegegnung“ lief. Diese Tagung wurde organisiert von der Gesellschaft für Wehrkunde (GfW), die es offiziell ab 1953 gibt. Wikipedia schreibt: „Die

Gesellschaft für Wehrkunde wurde 1951 durch die Central Intelligence Agency gegründet und bis Anfang 1953 unter dem Decknamen QKSNITCH (lt. CIA-Geheimbericht jedoch KUGOWH – d.A.) mit 240 000 DM finanziert. Die Finanzierung der GfW von amerikanischer Seite erfolgte über den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Dadurch sollte verschleiert werden, daß es sich bei der GfW ähnlich wie bei der Deutschen Soldaten-Zeitung um eine durch die US-amerikanische CIA unterstützte Einrichtung handelte.

Im Januar 1952 wurde die GfW als Verein eingetragen. Die weitere Finanzierung ab 1953 sollte durch Industrie und das Amt Blank erfolgen. Im Vorstand saßen Hitlergegner wie Ewald-Heinrich von Kleist-Schmenzin, aber auch der SS-General Felix Steiner, welcher auch Redakteur der durch die USA finanzierten Deutschen Soldaten-Zeitung war. Die publizistischen Projekte der GfW mußten in den Anfangsjahren durch die USA geprüft und genehmigt werden. Gegen die pazifistische Ohne-mich-Bewegung jener Zeit gründete sich die GfW als eine Interessenvereinigung zur Unterstützung der Westintegration.“

Der US-amerikanische Geheimdienst hat also im Auftrag seiner Regierung ein paar alte, hochrangige Soldaten aus der Nazi-Zeit zusammengetrommelt, um über diese Organisation Einfluß auf das politische Geschehen zu nehmen. Bei der Auswahl der Gründungsmitglieder war man nicht wählerisch. Konnte Ex-Wehrmachtsoberleutnant von Kleist-Schmenzin noch dem national-konservativen Widerstand gegen Hitler zugeschlagen werden – die Nazis hatten ihn verhaftet und seinen Vater 1945 umgebracht – waren die anderen Herren von anderem Kaliber. Zu dem bereits oben erwähnten SS-Obergruppenführer Steiner, der am Aufbau der Waffen-SS beteiligt war und in verschiedenen Kommandeursfunktionen von SS-Panzerkorps diente, kamen u.a. der Ex-Generalmajor Vollrath Friedrich Maximilian Bogislav von Hellermann, in letzter Verwendung Generalinspekteur des Führernachwuchses, der Wehrmachtsoberst und spätere Bundeswehrbrigadegeneral a.D. Eberhard Artur Graf von Nostitz, zum Ende des 2. Weltkrieges Chef des Generalstabes eines Panzerkorps, dann in der Bundesrepublik Mitautor in der Himmeroder Expertengruppe (welche den Aufbau einer neuen bundesrepublikanischen Wehrmacht plante und organisierte) und für die OG Gehlen und später den BND in Führungspositionen tätig. Das brachte von Nostitz immerhin das Deutsche Kreuz in Gold und das große Bundesverdienstkreuz ein. Die Reihe ließe sich fortsetzen. Die Stoßrichtung der Gesellschaft für Wehrkunde war klar. Sie diente innerhalb der Bundesrepublik als Sammelbecken nationaler und konservativer Kräfte im Kampf gegen den Widerstand gegen eine Neubewaffnung der BRD und gleichzeitig als, heute würde man sagen, Think-Tank zur Sammlung militärischer Erfahrungen im Kampf gegen den neuen alten Feind, die

Sowjetunion und den Kommunismus. Bereits ein Jahr nach Gründung der Gesellschaft erschienen ein regelmäßiges Periodikum und dutzende Broschüren. Die Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ (sie wechselte ein paarmal den Titel) war dann später in der Bundeswehr und in militärisch konservativen Kreisen so etwas wie eine Pflichtlektüre. In Ton und Diktion ging das Blatt mit dem blauen Umschlag immer ein bißchen weiter, als es sich die aktuelle Politik traute. 1963 fand dann die erste Versammlung unter dem Namen „Internationale Wehrkundebegegnung“, ab 1964 bis 1990 als „Münchner Wehrkundetagung“ und ab da als „Internationale Tagung der Gesellschaft für Wehrkunde“ statt. Ab 1992 hieß die Veranstaltung dann „Münchner Sicherheitskonferenz“. Von kriegsbedingten oder logistischen Ausnahmen abgesehen, hat das Forum seit seiner Gründung jedes Jahr stattgefunden. Botschafter Wolfgang Ischinger ist seit 2008 Vorsitzender der Sicherheitskonferenz und hat 2021 angekündigt, daß Christoph Heusgen, ehemaliger Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen und außenpolitischer Berater von Kanzlerin Merkel, den Vorsitz der MSC nach der 2022er-Konferenz übernehmen wird.

Diese Veranstaltungen gelten als privat organisiert. Weder Bundeswehr noch Regierung hätten, außer daß sie Referenten entsendeten, etwas damit zu tun. Daß das alles nicht ganz richtig ist und ein nicht geringer Teil der Milionenaufwendungen für diese Veranstaltung sehr wohl staatlich, wenn auch verdeckt, finanziert wird, entlarvte schon im Februar die NDR Sendung „Panorama“.

Welche Funktion hat nun aber so eine Konferenz? Wie immer kann man im „abendländischen Kulturkreis“ von einer gewissen Dreifaltigkeit ausgehen. Zum ersten entwickelt sich die Münchner Konferenz immer mehr zu einem Forum, auf dem hochrangige in- und ausländische Politiker, bis hin zu Länderchefs, ihre welt- und sicherheitspolitischen Vorstellungen coram publicum hinausposaunen können. Im Februar 2022 gehörten u.a. Bundeskanzler Scholz, EU-Ratspräsidentin von der Leyen, BRD-Außenministerin Baerbock, US-Vizepräsidentin Harris und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenski zu den wichtigsten Rednern. Im Nachhinein betrachtet, kann man wohl feststellen, daß keiner von denen mit seiner Rede zur substantiell Entspannung der gefährlichen Situation an der ukrainisch-russischen Grenze beigetragen hat. Alle forderten Sanktionen und Bestrafungen und stießen Drohungen gegen Rußland und seinen Präsidenten aus. Politische Entschärfung sieht wohl anders aus.

Gleichzeitig treffen sich in München, weit weniger öffentlich, wichtige Militärs und Militärpolitiker, um entweder Feinabstimmungen in der Zusammenarbeit vorzunehmen oder schwierige Verhandlungen – meist geht es um das größte Stück des zukünftig zu verteilenden Kuchens – zu führen oder kleineren

Partnern ihren Platz deutlich zu machen. Und drittens, in der Regel völlig im Verborgenen, ist die Sicherheitskonferenz ein wichtiger Termin für die Waffenlobbyisten der großen Rüstungsfirmen mit den politisch Verantwortlichen. Hier kann man, wunderbar abgeschirmt durch Polizei, Security und Bundeswehrfeldjäger, die großen Geschäfte der Zukunft anrühren. Wer weiß, vielleicht wurde hier schon das 100-Milliarden-Aufrüstungsprogramm

der Bundesrepublik, das ein paar Tage später nach „entsprechendem Anlaß“ vom Bundestag beschlossen wurde, angebahnt. Mit Frieden und mehr internationaler Sicherheit hat diese Veranstaltung nur wenig zu tun. Eher mit dem Schulteranschlag europäischer NATO-Staaten mit ihrem nordamerikanischen Verbündeten. Und wenn doch mal einer was in dieser Richtung einbringt – ich denke an die 2007er Rede jenes Mannes, der vor 15 Jahren vorschlug,

substantiell abzurüsten und die Atomwaffen solange zu reduzieren, bis wir bei Null wären und dazu eine europäische Sicherheitsarchitektur anregte – gibt es nur höhnisches Gelächter des Auditoriums, wie man auf youtube anhören kann.

Als US-Präsident Obama ein paar Jahre später ähnliches, wenn auch in sehr verringerter Form, äußerte, bekam er den Friedensnobelpreis ...

Uli Jeschke

Krieg gegen Rußland – Wir sind wieder soweit

Vorerst ist es ein Wirtschaftskrieg mit wachsender Intensität und Ausweitung. Doch mit den beschlossenen Waffenlieferungen erfolgt bereits Deutschlands militärische Beteiligung am Krieg in der Ukraine. Rußlands vorrangiges Ziel bei diesem Konflikt ist es, einen Atomkrieg zu verhindern, denn es sieht sich mit der Tatsache konfrontiert, daß die USA und die NATO planen, direkt an der russischen Haustür Atomraketen aufzustellen, um Rußland mit dieser permanenten Bedrohung gefügig zu machen. Douglas McGregor, ein pensionierter Oberst der US-Armee, erklärte: „So wie wir ihre Truppen und Raketen auf Kuba nicht dulden würden, kann Putin keine in der Ukraine hinnehmen und akzeptieren, daß die Ukraine der NATO beitrifft.“

Die Bundesregierung kann jetzt nicht schnell genug alles das in die Wege leiten, was sie – längst seit langem geplant – zur Unterstützung des faschistischen Regimes in Kiew aufzubieten bereit ist.

Wenn die ehemalige Kriegsministerin AKK vor der NATO darüber sprach, daß man mit Atomwaffen nicht nur drohen, sondern sie bei Bedarf auch einsetzen sollte, zeigt das, welche Gefahr über uns schwebt.

Die Bundesregierung schwor bei ihrem Amtsantritt, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. De facto befindet sie sich aber fast auf der Zielgeraden, um aus dem russisch-ukrainischen Krieg einen europäischen werden zu lassen.

Scholz und Bearbock haben nach ihren Gesprächen mit Putin und Lawrow absolut nichts

unternommen, um zum Abbau der dramatischen Spannungen beizutragen. Russische Sicherheitsbedenken waren für sie nicht relevant. Nun waren sie überrascht, daß die russische Seite auch tut, was sie sagt. In der Überzeugung, jetzt genau den richtigen Ton zu treffen, wiederholte Frau Bearbock Bidens Worte: „Wir wollen Rußland ruinieren.“ Ein Dienst zum Wohl des Volkes?

Die Folgen derlei Anmaßung haben die Menschen hierzulande zu tragen und zwar in jeder Hinsicht.

Die Gefahr eines 3. Weltkrieges ist so real wie nie zuvor.

Horst Neumann
Bad Kleinen

VORSICHT: „SICHERHEITS-EXPERTEN“!

Wenn ich „Sicherheitsexperten“ lese,
Prädikatsverstärkend „renommiert“,
Meldet sich zeitgleich die Anti-These:
Säbelraßler, schlecht maskiert.

Daß außer Ärger auch Milde keimt,
Hat Ischinger, Wolfgang dem Glück zu verdanken,
Weil sich sein Name auf Pischinger reimt,
Den Wiener Tortentraum der Antischlanken.

So hat der „Fachmann“ bislang nie versagt
Als Unterstützer der Imperialen.
Hat sich bedauernd niemals beklagt,
Wenn stets die Falschen für Kriege bezahlen.

Er sammelte Orden, man gab sie ihm gerne.
„Herr Überallmitglied“ wird er genannt.
Der „Zünder“ ist jeglicher Einsicht ferne.
Vernunftsempfehlung: Schweige und lerne –
Und Finger weg vom Weltenbrand!

Diese Empfehlung darf sich inzwischen Ischingers Nachfolger Christoph Heusgen ins Helmfutter legen. Wolfgang Ischinger, jahrelang Leiter der „Münchener Sicherheitskonferenz“, hatte seine letzte Chance genutzt, indem er sich am 30. Januar 2022 mit einem „Alarmruf“ noch einmal zu Wort meldete.

In einem Interview mit der Nachrichtenagentur dpa nahm er Bezug auf eine Äußerung von Gerhard Schröder (Bundeskanzler a. D.), der am Freitag, dem 28. Januar 2022, in seinem Podcast AGENDA äußerte, daß die NATO eine Mitschuld trage am russischen Truppenaufmarsch zur russischen Grenzsicherung West.



„Ungeschicklichkeit“ warf Ischinger der Bundesregierung im Umgang mit der Gas-Pipeline Nordstream 2 vor sowie „Rußland nicht stark genug unter Druck zu setzen“ und attackierte gleichzeitig all jene, die gegen eine Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden sind.

In den USA und bei anderen Bündnispartnern stehe Deutschland „in einem miesen, schlechten Licht“ da. „Das Wackeln verschiedener deutscher Politiker ist natürlich in Moskau genau registriert worden“, fügte Ischinger noch hinzu.

Aus Sicherheitsgründen hat IDiagnostico dem Nachfolger Christoph Heusgen (rechts im Bild) auch einen Stahlhelm aufgesetzt.

Lutz Jahoda

Alles stand im Plan der Rand Corporation geschrieben

Der strategische Plan der USA gegen Rußland wurde vor drei Jahren von der Rand Corporation ausgearbeitet.

Wenn man sich ein bißchen Abstand von den sehr beunruhigenden Ereignissen gönnt, ist der Krieg in der Ukraine keine russische Initiative, auch wenn Rußland die Initiative der Kämpfe ergriffen hat, indem es die ukrainischen Streitkräfte umging, die sich auf den Angriff auf die Krim und den Donbass vorbereiteten. Er wurde bereits 2019 geplant, wie das Dokument der Rand Corporation zeigt, das dem Repräsentantenhaus am 5. September 2019 vorgelegt wurde.

Der strategische Plan der USA gegen Rußland

Die Rand Corporation mit Hauptsitz in Washington, D.C., ist „eine globale Forschungsorganisation, die Lösungen für politische Herausforderungen entwickelt“. Sie verfügt über eine Armee von 1800 Forschern und anderen Spezialisten aus 50 Ländern, die 75 Sprachen sprechen, verteilt auf Büros und andere Hauptquartiere in Nordamerika, Europa, Australien und dem Persischen Golf. Die US-Mitarbeiter von Rand leben und arbeiten in mehr als 25 Ländern.

Die Rand Corporation, die sich selbst als „gemeinnützige, überparteiliche Organisation“ bezeichnet, wird offiziell vom Pentagon, der US-Armee und der Luftwaffe, nationalen Sicherheitsbehörden (CIA und anderen), Agenturen anderer Länder und mächtigen Nichtregierungsorganisationen finanziert. Die Rand Corporation rühmt sich, die Strategie mitgestaltet zu haben, die es den Vereinigten Staaten ermöglichte, siegreich aus dem Kalten Krieg hervorzugehen und die Sowjetunion zu zwingen, ihre eigenen Ressourcen in der zermürbenden militärischen Konfrontation zu verbrauchen. Von diesem Modell wurde der neue Plan inspiriert, der 2019 entwickelt wurde: „Overextending and Unbalancing Russia“ (Überdehnung und Unausgewogenheit Rußlands), d.h. den Gegner zwingen, übermäßig zu expandieren, um ihn zu destabilisieren und zu Fall zu bringen. Dies sind die wichtigsten Angriffsrichtlinien des Rand-Plans, mit dem die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren tatsächlich vorangeschritten sind.

Vor allem, so der Plan, muß Rußland an seiner verwundbarsten Flanke angegriffen werden, der seiner Wirtschaft, die stark vom Export von Gas und Öl abhängig ist. Zu diesem Zweck wird man Handels- und Finanzsanktionen einsetzen und gleichzeitig sicherstellen, daß Europa den Import von russischem Gas reduziert und durch US-Flüssigerdgas ersetzt. Im ideologischen und informativen Bereich müssen interne Proteste gefördert und gleichzeitig das Image Rußlands nach außen untergraben werden. Im militärischen Bereich ist es notwendig, so zu operieren, daß die europäischen NATO-Länder ihre Streitkräfte in einer antirussischen Funktion aufstocken.

Die USA können hohe Erfolgswahrscheinlichkeiten und hohe Gewinne mit moderaten

Risiken haben, indem sie hauptsächlich in strategische Bomber und Langstreckenraketen investieren, die gegen Rußland gerichtet sind. Die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa, die auf Rußland abzielen, gewährleistet eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit, birgt aber auch große Risiken.

Durch die Kalibrierung jeder Option, um den gewünschten Effekt zu erzielen, schließt die Rand, wird Rußland am Ende den höchsten Preis in der Konfrontation mit den USA zahlen, aber die USA und ihre Verbündeten werden große Ressourcen investieren müssen, indem sie sie von anderen Zielen abziehen. Als Teil dieser Strategie des Plans der Rand Corporation im Jahr 2019 „würde die Bereitstellung tödlicher Hilfe für die Ukraine die größte externe Verwundbarkeit Rußlands ausnutzen, aber jede Zunahme der von den USA gelieferten Waffen und militärischen Ratschläge für die Ukraine sollte sorgfältig kalibriert werden, um Rußland Kosten zu verursachen, ohne einen viel größeren Konflikt zu provozieren, in dem Rußland, wegen der Nähe, erhebliche Vorteile hätte.“

Genau dort, was die Rand Corporation als „Rußlands größten Punkt äußerer Verwundbarkeit“ definierte, der durch die Bewaffnung der Ukraine in einer Weise ausgenutzt werden kann, die „kalibriert ist, um die Kosten für Rußland zu erhöhen, ohne einen viel

größeren Konflikt zu provozieren“, ereignete sich jedoch der Bruch.

Rußland im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Würgegriff

Gefangen in dem politischen, wirtschaftlichen und militärischen Würgegriff, den die USA und die NATO zunehmend verschärften und wiederholte Warnungen und Verhandlungsvorschläge aus Moskau ignorierten, reagierte Rußland mit der Militäroperation, die in der Ukraine mehr als 2 000 militärische Strukturen zerstörte, die in Wirklichkeit nicht von den Herrschern Kiews, sondern von den Befehlen der USA und der NATO gebaut und kontrolliert wurden.

Der Artikel, der vor drei Jahren über den Plan der Rand Corporation berichtete, endete mit diesen Worten:

„Die im Plan vorgesehenen ‚Optionen‘ sind in Wirklichkeit nur Varianten derselben Kriegsstrategie, deren Preis in Form von Opfern und Risiken von uns allen bezahlt wird.“

Wir zahlen jetzt dafür, wir die Völker Europas, und wir werden immer mehr dafür bezahlen, wenn wir weiterhin geopfert Schachfiguren in der US-NATO-Strategie sind.

Manilo Dinucci

Übersetzung: Horst Frohlich

Quelle: Il Manifesto (Italien) / <https://www.voltairenet.org/article216066.html>

„Vergessen Sie nie, wer die wahre Bedrohung für den Frieden ist.“

Ende Februar veröffentlichte die chinesische Botschaft in Moskau eine Liste mit den von den USA durchgeführten weltweiten Bombardements im Namen von „Demokratie und Freiheit“ seit dem Ende des 2. Weltkrieges

Korea und China 1950–1953 (Koreakrieg)	Libyen 1986
Guatemala 1954	Iran 1987
Indonesien 1958	Panama 1989
Kuba 1959–1961	Irak 1991 (Persischer Golfkrieg)
Guatemala 1960	Kuwait 1991
Vietnam 1961–1973	Irak 1991–2003
Kongo 1964	Somalia 1993
Laos 1964–1973	Bosnien 1994, 1995
Guatemala 1967–1969	Sudan 1998
Kambodscha 1969–1970	Afghanistan 1998
El Salvador 1980 ff.	Jugoslawien 1999
Nikaragua 1980 ff.	Afghanistan 2001–2015
Grenada 1983	Jemen 2002
Libanon 1983, 1984 (sowohl libanesisches als auch syrische Ziele)	Pakistan 2007–2015
El Salvador 1980 ff.	Somalia 2007–2008, 2011
Nikaragua 1980 ff.	Jemen 2009, 2011
	Libyen 2011, 2015
	Syrien 2014–2015
	Irak 2015

Bleibt zu erwähnen, daß diese Länder ungefähr ein Drittel der Weltbevölkerung repräsentieren.

Quelle: www.snanews.de, 2022

Es geht um alles

Rußland ist bereit zur Lösung des Ukraine-Konflikts

Wir müssen gerade mit ansehen, wie sich mehrere kapitalistische Staaten oder auch Staatengruppen ganz im Sinne ihrer Systeminteressen bekämpfen, um den durch sie angestrebten Platz in einer neuen Weltordnung einzunehmen. Dabei bezieht die von den USA gelenkte und von Neonazis sowie Bandera-Anhängern beherrschte Ukraine die Positionen jener, die für eine unilaterale Ordnung stehen. Rußland dagegen tritt mit China, Indien und Iran sowie mit weiteren Ländern für eine multipolare Weltordnung ein.

1. Ziele der militärischen Operation der Russischen Föderation (RF)

Nach den nicht zufriedenstellenden Antworten von USA und NATO zur Gewährleistung einer garantierten Sicherheit für Rußland und dem permanenten Beschuß der Volksrepublik Donezk und Lugansk durch ukrainische Ultranationalisten entschloß sich die russische Seite, folgende Ziele zu proklamieren:

- Schutz der Bürger des Donbass
- Entwaffnung und Entnazifizierung der Ukraine
- keine weitere NATO-Osterweiterung und keine Aufnahme der Ukraine in die NATO
- Wiederherstellung der durch den Westen zerstörten Dialogmechanismen

2. Ziele der ukrainischen Aggressionspolitik

- Wiedereingliederung der abtrünnigen Territorien mit militärischen Mitteln
- Entvölkerung des Donbass
- NATO- und EU-Aufnahme
- Teilnahme an der Vorbereitung und Entfaltung eines großen Krieges von USA und NATO gegen Rußland

3. Ziele von USA, NATO und GB gegenüber der EU und Rußland

- Isolation und Schwächung Rußlands
- Nichtzulassung eines gemeinsamen Sicherheitssystems und von gegenseitig vorteilhaften Wirtschaftsbeziehungen zwischen EU und Rußland sowie Zerstörung der strategischen Beziehungen Rußland-China-Indien-Iran
- Nichtzulassung normaler Beziehungen zwischen Ukraine und Rußland. Vorbereitung eines großen Krieges gegen Rußland

4. Die Vorgeschichte

Festzuhalten ist, daß die USA und die NATO seit 1945 annähernd 50 Kriege und militärische Konflikte mit Millionen Toten und unvorstellbaren Zerstörungen ganzer Staaten und Kulturen, darunter auch den Grenzen verschiebenden Jugoslawien-Krieg, in Europa entfachten. Auch die Ukraine führt mit den bereits acht Jahre andauernden Aggressionen gegen eigene und russische Bürger, dem blutigem Maidan, Odessa-Massaker und ständig zunehmendem Beschuß der nach Selbständigkeit strebenden Volksrepublik Donezk (DVR) und der Volksrepublik Lugansk (LVR) ein langjähriges Schuldenregister.

Deutschland und Frankreich haben mit dem Verrat ihrer selbst ausgewählten Rolle als Garanten des Assoziierungsabkommens der Ukraine, indem sie den inszenierten Maidan-Putsch anerkannten, Schuld auf sich geladen. Sie tolerierten die Nichtumsetzung des Minsk-2-Abkommens durch die ultranationalistische Macht-Clique der Ukraine. Sie verurteilten auch nicht das ständig aggressiver werdende militärische Vorgehen der in die Armee integrierten Neofaschisten des Typs „ASOW“ und „Aidar“. Sie „übersahen“ ebenso die mehr als 14 000 Getöteten und die gewaltigen Zerstörungen in Dörfern und Städten. Sie förderten aktiv Aufrüstung und Ausbau der militärischen Infrastruktur der Ukraine und beteiligten sich an den bedrohlichen Großmanövern an Rußlands Grenzen. Die westlichen Medien hüllten sich in Schweigen über die Gräueltaten der ukrainischen Aggressoren bei den Angriffen auf die DVR und LVR. Es regte hier kaum jemanden auf, daß die Ukraine ihrer Versorgungspflicht gegenüber den Bürgern bei Sozialleistungen, Renten, Gesundheitswesen etc. nicht mehr nachkam. Es ist nachvollziehbar, daß die in Lugansk und Donezk beheimateten Menschen nicht mehr in einer Ukraine leben wollen, in welcher Neofaschisten, Ultranationalisten und Bandera-Anhänger das Sagen haben. Sie entschieden sich dafür, das durch die UNO garantierte Selbstbestimmungsrecht in Anspruch zu nehmen.

Rußlands Unterstützung dieser Republiken wurde lebensnotwendig, denn die durch die USA und die NATO-Staaten militärisch aufgerüstete und mit Westkrediten vollgepumpte Ukraine hatte eine schlagkräftige 250 000-Mann-Armee aufgebaut und das Ziel gesetzlich verankert, den Donbass und die Krim zurückzuerobern.

Ein erster Versuch wurde im April 2021 in Verbindung mit dem in der Südukraine und im Schwarzen Meer stattfindenden Großmanöver „Defender 2021“, an dem aus den USA und den NATO-Staaten 40 000 Soldaten und aus der Ukraine ca. 100 000 Soldaten mit tausenden Waffensystemen teilnahmen, gestartet. Nur das daraufhin eingeleitete Gegenmanöver Rußlands an der russisch-ukrainischen Grenze mit 150 000 Soldaten (Borrell) und der schnelle Abzug der russischen Truppen führte zur Deeskalation und zum ukrainischen Rückzug. Kurzzeitig hatte sich der Westen zu einem Biden-Putin-Gipfel durchgerungen, dessen Beschlüsse aber von den US-Falken abgelehnt und deshalb nicht umgesetzt wurden. Dafür starteten die westlichen Kriegstreiber im November 2021 einen zweiten Versuch, nun mit der Hälfte der ukrainischen Armee (125 000 Mann) und mit westlicher Marineunterstützung, um die Ukraine beim Erreichen der angeführten Kriegsziele zu unterstützen. Da Rußland seine Grenztruppen im Westen, im Süden und im Schwarzen Meer rechtzeitig verstärkte und neue Waffensysteme, wie Mittel des

funkelektronischen Kampfes, weitreichende Mehrfachraketenwerfer, Präzisionswaffen und Artillerie sowie moderne Mittel der kosmischen Luftverteidigung, zum Einsatz brachte, wurde auch aus diesem Blitzkrieg der Ukraine nichts.

Als Antwort auf diese Aktionen des kollektiven Westens wandte sich Rußland mit Forderungen und Vorschlägen an die USA und die NATO, um zu garantierten welt- und europaweiten Sicherheitssystemen und zur Wiederherstellung der durch den Westen zerstörten Dialogmechanismen zu kommen. Außer einigen Vorschlägen zu Abrüstungs- und Waffenkontrollfragen gab es von westlicher Seite keine Antworten zu den russischen Kernfragen, nicht zur Einstellung der NATO-Ost-Erweiterung und auch nicht zur Nichtstationierung von Angriffswaffen in Anrainerstaaten Rußlands.

Auf der Münchener Sicherheitskonferenz (SIKO) im Februar wollte der ukrainische Präsident Selenski präzise Antworten auf Fragen bekommen, welche die weitere militärische Unterstützung des Westens für die Ukraine beim Kampf gegen Rußland betrafen. Er drängte auf schnellstmögliche Aufnahme der Ukraine in die NATO und die EU. Doch er erhielt auf alle Fragen negative oder nicht zufriedenstellende Antworten. Bezüglich ukrainischer ABC-Waffen informierte Selenski die SIKO-Teilnehmer über den von der Ukraine geplanten Austritt aus dem Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (Budapester Memorandum) und über die Möglichkeit, ausländische ABC-Waffen auch ohne NATO-Mitgliedschaft als Mittel der Bedrohung Rußlands mit Massenvernichtungswaffen und zur Rückeroberung von Donbass und Krim stationieren zu können. Er führte weiter aus, daß die Ukraine in der Lage sei und dazu die gesetzlichen Bedingungen geschaffen habe, um eigene, sogenannte „dreckige Bomben“ mit atomaren Komponenten in kurzer Zeit herzustellen, da ja mit den Totscha-U-Raketen genügend Trägersysteme im Land vorhanden sind, die durch Modernisierung bis Moskau fliegen könnten.

Inzwischen ist bekannt, daß sich in der Ukraine 30 von den USA ausgehaltene und mitbetriebene Biolabore befinden. Es wurde durch Rußland festgestellt, daß dort Komponenten für Biowaffen hergestellt werden. Solcherlei Absichten und das neuerliche Zusammenziehen von über 150 000 (70 % der ukrainischen Streitkräfte) nun bereits gut ausgerüsteter und ausgebildeter ukrainischer Soldaten direkt vor den Donbass-Republiken zeigen, daß Rußland ernsthaft von der Ukraine bedroht wurde und wird. Selenski, der sich vom Westen alleingelassen fühlte, entschied sich für eine bisher nie dagewesene Provokation im Donbass, die Rußland zwingen würde, Maßnahmen zum Schutz seiner Bürger (700 000 mit russischen Pässen) zu ergreifen. Vom 18. bis 20. Februar entfachte die Ukraine einen Feuersturm und beschloß

bisher verschont gebliebene Wohngebiete in Donezk und Lugansk mit schweren Waffen, Totschka-U-Raketen mit einem Gefechtskopf von ca. 500 Kilotonnen, was zu vielen Toten und Verletzten sowie zu barbarischen Zerstörungen führte. Als Antwort auf diesen Angriff der Ukraine entschloß sich Rußland am 21. Februar auf Bitten der Oberhäupter der Donbass-Republiken, Donezk und Lugansk als selbstständige und souveräne Staaten anzuerkennen.

Völkerrecht, Selbstbestimmung und Propaganda

Der Westen und die Ukraine tönnten auf allen Kanälen, der Aggressor Rußland habe das Völkerrecht gebrochen und dadurch das „Minsk-2-Abkommen“ beerdigt. Beerdigt haben das Abkommen die Ukraine und die westlichen Garanten, die in acht Jahren keinerlei Anstalten zu dessen Umsetzung machten, so daß es zu den bekannten Aggressionen gegenüber dem Donbass kommen konnte. Folgerichtig und berechtigt baten die DVR und LVR Rußland um militärische Unterstützung für ihre brennenden Republiken, die die RF gewährte. Die Russische Föderation handelte dabei nach dem bekannten Verteidigungsprinzip „Krieg dem Kriege“. Handelte es sich bei den brutalen Provokationen und Angriffen der Ukraine und des Westens gegen den Donbass etwa nicht um schwere Verstöße gegen das Völkerrecht? Wo war denn die Solidarität des Westens mit den Opfern im Donbass? Es gibt also für den Westen protestwürdige Opfer aus der Nachputschukraine und nichtprotestwürdige Opfer aus den selbstbestimmten ukrainischen Volksrepubliken.

Darf man diese Doppelstandards des Westens so stehen lassen? Eigentlich müßten wirklich demokratische Kräfte des Westens anstelle einseitiger Schuldzuweisungen ausgleichende Verhandlungen anstreben. Sicherheit darf nicht nur für eine Seite garantiert werden, da diese nicht teilbar ist und auch nicht auf Kosten der anderen Seite erreicht werden kann. Die westliche Aggressionspolitik, die sich nach der Niederlage in Afghanistan aus dem erneuerten Weltmachtanspruch der USA und des „Wertewestens“ ergibt, ist laut internationalem Recht nicht befugt, auf der Grundlage der von ihnen praktizierten „regelbasierten Ordnung“ einseitige Schuldfeststellungen und Sanktionen vorzunehmen.

Wie wir sehen, wird der Einmarsch in großen Teilen der Welt als völkerrechtlich umstritten bewertet, denn es ist auch richtig, daß das Minsk-2-Abkommen vom UN-Sicherheitsrat bestätigt wurde. Rußland jedoch sieht seinen Schritt als Akt von Notwehr an. Es strebt aus existenziellen Gründen die Wiederherstellung des Zustands vor der ersten Osterweiterungswelle durch Clinton 1997 sowie des internationalen Rechts an. Es wendet sich aus Sicherheitsgründen gegen die Basierung von Angriffswaffen in angrenzenden Ländern, wie z. B. die Raketenbasen in Rumänien und Polen (Reichweiten bis 5500 km ins Innere Rußlands).

Die Provokationen und Aggressionen des Westens und der Ukraine gegen sein Land

gaben Putin eine faktenbasierte Berechtigung zum Durchführen der militärischen Spezialoperation. Rußlands Operation hat Hunderttausenden Bürgern des Donbass das Leben gerettet, denn der Plan war, am 28. Februar einen die Einwohner des Donbass vernichtenden Angriff durch die ukrainische Armee zu führen. In dieser zum Bersten angespannten Situation schien die russische Operation, trotz ihres vorgezogenen Beginns, die Möglichkeit mit dem geringsten Risiko für die Menschen in der Ukraine, im Donbass, in Rußland und in der EU zu sein, was im Westen keiner erkennen will.

Ziele der russischen Spezialoperation waren wichtige Objekte der Ukrainischen Armee, darunter militärische Flugplätze, Kommandostäbe, Nachrichtenzentralen, Waffen- und Munitionslager, Atomobjekte und Truppenkonzentrationen sowie solche der militärischen Infrastruktur, die mittels selektiver Kampfführung erfolgreich vernichtet wurden. Die für die 2. Welle umgruppierten russischen Truppen wurden mit gepanzerten Fahrzeugen, Mehrfachraketenwerfern u. a. Angriffswaffensystemen zur Einkesselung und Vernichtung der kampfstärksten ukrainischen Einheiten, die im Osten hauptsächlich aus nazistischen Gruppierungen bestanden, ausgestattet. Diese Neonazis verteidigen sich mit den Methoden der arabischen Terroristen. Sie nahmen die Bevölkerung vieler Großstädte in Geiselhaft und brachten ihre Waffen in der Nähe von Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten in Stellung und nutzen ihre eigenen Fakes zu Propagandazwecken. Aus diesem Grunde haben beide Seiten Verluste zu beklagen (diese sollen nach 10 Tagen bereits über 10 000 Tote – Soldaten und zivile Bürger – betragen haben).

Rußland setzte in der 2. Welle mehr syrien-erfahrene Bodentruppen (Tschetschenen), Luftlandetruppen und Spezialkräfte ein. Es erreichte die Lufthoheit, die Vernichtung der Flotte, der Luftverteidigung und richtete eine Flugverbotszone mit modernen Kampfflugzeugen, Hubschraubern, Drohnen, effektiven luftkosmischen und funkelektronischen Kampfmitteln, aber auch mit weitreichender Artillerie und Mehrfachraketenwerfern ein. Die russischen Spezialkräfte halten sich nach wie vor an die Vorgaben ihrer Führung, die Zivilbevölkerung maximal zu schonen, werden aber durch die Installierung von Waffen in Wohnhäusern u. a. kommunalen Orten provoziert. Parallel dazu bekämpft die 3. Welle bereits mehrere Tage lang erfolgreich die ukrainischen Kernkräfte im Osten, im Süden, in Nikolajew und in Kiew. Diese Operationen der russischen Armee führte zur Einkreisung der meisten Großstädte der Ukraine, wobei von der russischen Armee Fluchtkorridore bereitgestellt werden, deren Nutzung von den Nazis häufig verhindert wird. Es gibt bedeutende russische Geländegewinne; die Großstadt Cherson wurde bereits eingenommen, Mariupol (deren ASOW-Gruppierung wurde völlig aufgegeben) und Odessa stehen, trotz Siegesparolen von Selinski, kurz vor der Einnahme. Im eingeschlossenen Charkow hat ein Volkskomitee die Macht

übernommen und Putins Friedenstruppen zum Einmarsch aufgerufen. Auch die ukrainischen Streitkräfte vermelden meist regionale Erfolge, die aber die Gesamtlage nicht ändern können. 2 000 000 Ukrainer (meist Frauen und Kinder, alte Menschen) sollen ihr Land verlassen haben.

Die Verhandlungen zwischen den Außenministern Rußlands und der Ukraine, die am 10. März stattfanden, brachten keine Ergebnisse zu dem angestrebten Waffenstillstand. Westliche Länder, darunter auch Deutschland, versuchen, Waffen in die Ukraine zu bringen. Ob es ihnen bei russischer Lufthoheit und in welchem Umfang gelingt, ist fraglich. Faschisten und Neonazis aus europäischen Ländern kämpfen auf ukrainischer Seite oder machen sich auf den Weg dorthin. China hat eigene Interessen in der Ukraine und unterstützt Rußland deshalb nur halbherzig. Ein Ende der russischen Spezialoperation in der Ukraine ist noch nicht absehbar.

Zu den Wirkungen des Ukraine-Rußland-Krieges

USA und NATO scheinen erreicht zu haben, daß es über einen längeren Zeitraum kein europäisches Sicherheitssystem mit Rußland und auch keine Handelsbeziehungen zwischen EU und Rußland zum gegenseitigen Vorteil geben wird. Seit Jahrzehnten hatten die USA Europa nicht mehr so im Griff, wie es sich heute abzeichnet. Frankreich denkt über einen NATO-Austritt nach. Die Erhöhung der Einsatzstufe für die russischen Kernwaffenkräfte wird den Westen davon abhalten, sich direkt in den Ukraine-konflikt einzumischen und einen weltweiten Kernwaffenkrieg zu entfachen.

Große Teile der westlichen Ukraine sehen sich als Opfer sowie Rußland als Aggressor und wenden sich dem Westen zu. Der Osten sieht in Rußland den Befreier. Dennoch gibt es dort und auch in Rußland sporadischen Widerstand. Trotz aller Berechtigung zu der Spezialoperation in der Ukraine muß man in der RF darüber nachdenken, auch nicht-militärische Problemlösungen anzugehen und die Kampfhandlungen so schnell wie möglich einzustellen. Das ist Rußland den Opfern schuldig.

Schußfolgerung

Der Westen mit seiner in 20 Jahren nachgewiesenermaßen vielfach größeren Schuld sollte nicht glauben, daß er seine Ziele gegenüber Rußland, vor allen Dingen dessen Isolierung, voll und ohne gewaltige Verluste an Lebensqualität für seine Bürger und Einbrüche seiner Wirtschaft durchsetzen kann. Aus diesem Grunde sollte er die mit der Einleitung der russischen Spezialoperation gemachte Lösungsbereitschaft der Russischen Föderation zu ernstest Verhandlungen ohne Vorverurteilungen annehmen. Ich meine, daß immer mehr der bisher einseitig orientierten in- und ausländischen „neuen Friedenskämpfer“ eine solche Herangehensweise unterstützen könnten.

„Kein Vormarsch ist so schwer, wie der zurück zur Vernunft!“ (Bertolt Brecht)

Oberst a. D. Gerhard Giese
Strausberg

Ukraine entnazifizieren und entmilitarisieren!

Erklärung der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation gerichtet an die kommunistischen Parteien weltweit

Liebe Genossen,

mit diesem Schreiben bringt Ihnen die Internationale Abteilung des ZK der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation die Position der KPRF bezüglich der Entscheidung der Russischen Föderation vom 24. Februar über die Durchführung einer Sonderoperation in der Ukraine zum Schutz der Bevölkerung der Russischen Föderation, zur Verteidigung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung des Landes, das zu einer Quelle ständiger Aggression, des Nationalismus und der Russophobie geworden ist, zur Kenntnis. Seit acht Jahren sterben Zivilisten, darunter Kinder, Frauen und ältere Menschen, unter ständigem Beschuß der Städte und Dörfer durch ukrainische Neofaschisten – und sterben nur, weil sie ihre Muttersprache Russisch sprechen und nicht nach faschistischen Gesetzen leben wollen und wollen nicht, daß die Ukraine zu einem NATO-Außenposten im Osten wird.

Infolge des mit Unterstützung der USA und der Europäischen Union durchgeführten Staatsstreichs von 2014 wurde die Macht in der Ukraine von rechtsgerichteten reaktionären Kräften ergriffen, die mit dem Gift des Bandera-Nazismus und Antisowjetismus gesättigt waren. Mit dem Verbot aller Parteien und Bewegungen, die sich der Militarisierung und Faschisierung des Landes widersetzen, begann eine umfassende Verfolgung des Dissens. Das erste Ziel von Verfolgung und Verboten war die Kommunistische Partei der Ukraine. Das Verbrennen von Menschen im Gewerkschaftshaus von Odessa war ein

Höhepunkt der wahnsinnigen Russophobie, ein „Symbol“ der volksfeindlichen Absichten derer, die sich um die Macht bemühten, die für eine Trennung der historischen Verbindungen zu Rußland und für die Trennung der russischen Bevölkerung.

Die von Rußland initiierten Minsker Vereinbarungen zur Beendigung der Feindseligkeiten im Donbass hätten einen Fahrplan für die Verwirklichung des Friedens in der Region darstellen können, aber die neonazistische Regierung der Ukraine hatte nie beabsichtigt, sich daran zu halten. Vom Westen angestachelt, setzte sie sich für eine militärische Lösung des Problems ein.

Dramatisch wurde die Situation durch die Tatsache, daß die Bandera-Behörden in Kiew sich immer aktiver um die Aufnahme der Ukraine in die NATO bemühten. Das Territorium des Landes wurde zu einem Brückenkopf für den Einsatz der Waffen der USA und ihrer Verbündeten. Die Militarisierung schritt zügig voran.

Die Schaffung von Militärstützpunkten in der Ukraine und die Stationierung von Angriffskomplexen in den Grenzgebieten haben grundlegend neue Möglichkeiten für einen Atomraketenangriff auf Rußland geschaffen. Darüber hinaus hat die Ukraine unter Verletzung aller unterzeichneten internationalen Verträge offiziell erklärt, daß sie Atomwaffen herstellen wolle.

Die Situation an der Grenze zwischen der Ukraine und den Donbass-Republiken erreichte einen Höhepunkt. Die Militäreinheiten auf ukrainischer Seite verstärkten den Beschuß des DVR- und LVR-Territoriums und zwangen die Zivilbevölkerung, ihre Häuser zu verlassen. Die Zahl der Opfer wuchs. Von den USA angefeuert, war die ukrainische Regierung bereit, in den Donbass einzumarschieren.

Es entstand ein akuter Bedarf, Maßnahmen zu ergreifen, um dort mehr als 800 000 russische Bürger zu schützen und den Völkermord an der friedlichen Bevölkerung des Donbass zu verhindern.

Die Situation erforderte Sofortmaßnahmen zur Befreiung des Landes von der Bandera-Diktatur, die jedoch von der ukrainischen Bevölkerung nicht umgesetzt werden konnten, da die Zivilbevölkerung des Landes einfach nicht in der Lage war, den stark bewaffneten Terrorkräften Widerstand zu leisten und Hilfe brauchte.

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation hat wiederholt die Frage der Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk angesprochen, die sich nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit entwickeln, und warnte vor den möglichen Folgen der Ignorierung der offensichtlichen Tatsachen.

Die Partei ging ausschließlich von den Interessen der Werktätigen der Region aus und hielt es für sehr wichtig, die Pläne zur Entmilitarisierung der Ukraine umzusetzen.

Die Notwendigkeit, die Ukraine zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren, um zu verhindern, daß sie zu einer Brutstätte der Nazi-Ideologie wird, sollte zum Hauptanliegen der Weltgemeinschaft werden, damit sich das Land nicht in einen Nazi-Staat verwandelt und ein Brückenkopf der aggressiven imperialistischen USA-NATO-Allianz gegen eurasische Länder wird.

Wir rufen alle fortschrittlichen und politischen Kräfte in Rußland und der Welt auf, die Mechanismen der Volksdiplomatie im Interesse der jahrhundertealten Freundschaft zwischen Russen und Ukrainern zu nutzen.

Internationale Abteilung

7. März 2022

Wer Öl ins Feuer gießt, ist der Imperialismus, aber außerhalb seiner Kochstellen

Es handele sich um eine ernste, äußerst komplexe Angelegenheit, deren historische Wurzeln, auch die der jüngeren Geschichte, nicht ignoriert werden können, ebenso wenig wie die Bedingungen, die zu dieser Situation geführt haben, erklärte Kubas Präsident Díaz-Canel am 8. März zum Krieg in der Ukraine.

Es sei eine offensive militärische Einkreisung Rußlands errichtet worden. Er prangerte an, daß die US-Regierung seit Jahrzehnten beständig versuche, ihre militärische und hegemoniale Vorherrschaft um Rußland herum durch die fortgesetzte Ausdehnung der NATO in Richtung der osteuropäischen Länder festzuschreiben und dabei die in den 90er Jahren nach der Angliederung der DDR an die BRD und dem Zerfall der UdSSR zugesagten Versprechungen ignoriere.

Dieser Konflikt hätte vermieden werden können, wenn die begründeten Forderungen der Sicherheitsgarantie der Russischen Föderation ernsthaft und respektvoll angegangen worden wären, argumentierte der Präsident. Díaz-Canel hob hervor: „Zu glauben, daß Rußland angesichts der offensiven militärischen Umzingelung durch die NATO untätig bleiben würde, ist gelinde gesagt unverständlich. Sie haben dieses Land in eine Extremsituation gebracht und die weitere Anwendung von Wirtschafts-, Handels- und Finanzsanktionen als Druckmittel eingesetzt, das die derzeitige Krise nicht löst, sondern die internationale Wirtschaftslage verschlimmert, was Kuba mit den Nachwirkungen dieser schwierigen zwei Jahre der Pandemie bereits zutiefst verspürt.“ „Derjenige, der Öl ins Feuer gießt, ist der Imperialismus, aber außerhalb seiner Kochstellen,

und er tut dies, indem er die europäischen Länder als Hinterhof benutzt“, erklärte Díaz-Canel. Kuba habe auf verschiedenen internationalen Veranstaltungen ständig und rechtzeitig vor all diesen Dingen gewarnt, und er erinnerte an die Rede von Armeegeneral Raúl Castro vom 22. Februar 2014, in der dieser nachdrücklich darauf hingewiesen habe: „Wir werden uns weiterhin für eine ernsthafte und konstruktive diplomatische Lösung der gegenwärtigen Krise in Europa einsetzen und dabei friedliche Mittel befürworten, welche die Sicherheit und Souveränität aller sowie den regionalen und internationalen Frieden, die Stabilität und die Sicherheit gewährleisten.“

Madeleine Sautié

Quelle: madeleine@granma.cu,

8. März 2022

Eine Stimme aus Afrika

Erklärung der Kommunistischen Partei Benins zur russischen Intervention in der Ukraine

Seit dem 24. Februar 2022 sind russische Streitkräfte in der Ukraine aktiv. Die Welt war schockiert, und es gab einen fast einstimmigen Chor von Verurteilungen gegen Rußland, gegen den „Diktator Putin“. Man geißelt die „Verletzung des Völkerrechts“. Um eine solche Handlung Rußlands zu beurteilen, (...) müssen wir uns an Feststellungen und Grundsätzen orientieren.

1. Die wichtigste Feststellung ist, daß all diese Verurteilungen aus einer einzigen Quelle stammen, nämlich von den großen Massenmedien der NATO-Gruppe: TV5, France-24, RFI, CNN, VOA, BBC, Deutsche Welle usw. Wir sind Subjekte dieser Verurteilungen. Mit anderen Worten: Wir sind Subjekte eines Medienhypes, Objekte der Manipulation und Konditionierung in einer NATO-freundlichen Medienklausur.
2. Bei der Positionierung in den internationalen Beziehungen kann es keine Neutralität geben. Internationale Beziehungen und das Völkerrecht, das sie ausdrückt, sind das Produkt von Machtverhältnissen, in denen die Mächtigen den Schwachen Befehle diktieren. Und die Völker Afrikas befinden sich in der Gruppe der Schwachen, der Ausgebeuteten der Welt.
3. Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung und Sicherheit, und das Territorium eines Volkes darf nicht als Basis für Aggressionen gegen ein anderes dienen.
4. Von der Sklaverei über die Kolonialisierung bis heute sind die Russen kaum an diesen Geißeln in Afrika beteiligt. Auch wenn Rußland an der Berliner Teilkonferenz (1885) teilnahm, war es kein Nutznießer und sie haben keine russischen Kolonien in Afrika.
5. Die Russen haben zusammen mit der UdSSR einen großen Beitrag zur Befreiung der europäischen und asiatischen Kolonien des Russischen Reiches und der Menschheit von der Geißel des Faschismus geleistet. Sie trugen zum antikolonialen Befreiungskampf in der ganzen Welt und insbesondere in Afrika bei (Indochina, Algerien, Angola, Mosambik, Südafrika, Namibia, Guinea-Bissau und Kapverden). Heute stehen sie an der Seite der antikolonialen Befreiungsbestrebungen (zweite Generation), die in Afrika im Gange ist.

Entwicklung der Ereignisse nach 1945

1. Nach dem Zweiten Weltkrieg bildeten sich zwei Lager: das der westlichen Imperialisten unter Führung der USA und das des sozialistischen Lagers um die Sowjetunion. Im Rahmen der amerikanischen „Containment“-Politik (Eindämmung des durch die UdSSR verkörperten Kommunismus) gründeten die USA als unbestrittener Anführer der westlichen kapitalistischen Welt, die

aus dem Krieg als Sieger hervorgegangen war, im April 1949 die zwölf Staaten umfassende Nordatlantikvertragsorganisation (NATO), eine militärisch-aggressive Organisation gegen den Ostblock. Im Gegenzug gründete die Sowjetunion (UdSSR) 1955 den Warschauer Pakt, der neben der UdSSR auch die Länder des Ostblocks, d. h. acht Staaten, umfaßte.

3. 1991 brach die Sowjetunion mit dem Sieg des von den USA geführten NATO-Lagers zusammen. Der Warschauer Pakt wurde



Demonstration der PCB 2019 in Cotonou

aufgelöst und viele Staaten des sozialistischen Blocks und sogar der Föderation der UdSSR machten sich unabhängig. Die Weltkarte wurde dadurch verändert. Aber Rußland, das k.o. geschlagen und am Boden lag, erlitt ab 1991 große Demütigungen. Jugoslawien wurde unter amerikanisch-deutscher Ägide mit einem mörderischen Krieg und folgender ethnischer Zerrissenheit (Kroatien, Slowenien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Kosovo, Montenegro) zerschlagen. In dieser Zeit beging der Imperialismus unter amerikanischer Führung an den Völkern schlimmste Gräueltaten: Irak, Elfenbeinküste, Libyen, Syrien und viele andere.

4. Nach diesem Kampf, der mit der Auflösung der UdSSR und des Warschauer Paktes endete, löste sich nicht nur die NATO nicht auf, sondern beschloß, berauscht von ihrem Sieg, sich nach Osten auszudehnen, um Rußland militärisch einzukreisen. Es ist jedoch von mehreren Quellen, dem ehemaligen französischen Minister Roland Dumas und der deutschen Zeitung *Der Spiegel*, belegt, daß Gorbatschow 1991 mit Präsident George Bush Senior eine Vereinbarung traf, wonach sich die NATO nicht nach Osten in Richtung der russischen Grenzen ausdehnen würde. Diese Vereinbarung wurde nie eingehalten. Von anfänglich 12 ist die NATO heute auf 30 Länder angewachsen, indem sie schrittweise auf die ehemaligen Republiken, die dem Warschauer Pakt angehörten, ausgedehnt wurde. Sie erstreckt sich auf Polen, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Slowenien, die Slowakei, die Tschechische Republik, Montenegro, Ungarn, Nordmazedonien und sogar auf die ehemaligen Mitgliedsrepubliken der Föderation der Sowjetunion (UdSSR) wie Lettland, Litauen und Estland.

Die Ukraine, Weißrußland, Georgien und andere, die direkt an Rußland angrenzen, stehen noch aus.

5. Der Fall der Ukraine wurde somit zu einem Fall zu viel. Die Ukraine befindet sich im Zentrum der russischen Sicherheitsvorkehrungen. Das russische und das ukrainische Volk sind eng miteinander verflochten. Als ehemaliges Mitglied des Russischen Reiches und der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (70 Jahre lang, von 1922 bis 1991) profitierte die Ukraine von einer föderalen industriellen Infrastruktur, wie z. B. High-Tech-Industrien. Die Ukraine ist für Rußland aus historischen, geografischen, strategischen und sicherheitspolitischen Gründen eine Frage von Leben und Tod. Die 1991 proklamierte Unabhängigkeit der Ukraine ändert nichts an dieser Tatsache. Die Absicht, die Ukraine in ein feindliches Bündnis (NATO) aufzunehmen, ist für Rußland schlichtweg nicht zu akzeptieren. Kein ernstzunehmender Staat, jedenfalls nicht von der Bedeutung Rußlands, kann es dulden, daß ballistische Raketen an seiner Grenze, nur wenige Kilometer von seiner Hauptstadt entfernt, stationiert werden. Der Vorfall mit den russischen Raketen auf Kuba im Jahr 1962 belegt dies. Doch genau darauf zielen die Strategen der militaristischen NATO-Gruppe ab. Rußland hat stets vor dieser Provokation gewarnt.

Das Szenario, daß in Kiew provokative Elemente mit offener Hilfe der EU-Führer an die Macht gekommen sind und den Beitritt zur Europäischen Union und der NATO einfordern, ist der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen gebracht hat.

6. Die Provokationen gegen Rußland und die militärischen Schläge gegen die russische Minderheit in der Ukraine tun ihr Übriges. So wurde das Minsker Abkommen, das der russischen Minderheit in der Ukraine wirtschaftliche, kulturelle und sprachliche Autonomie (das Recht auf Verwendung der russischen Sprache in Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung) einräumt, von den proamerikanischen Machthabern in der Ukraine unterlaufen. Es ist daran zu erinnern, daß seit 2015, als das Abkommen unterzeichnet wurde, mindestens 14 000 Russischsprachige von der ukrainischen Armee massakriert wurden.

Das ukrainische Volk darf unter den gegenwärtigen Umständen keinen heiligen Bund mit der von den Amerikanern an die Spitze ihres Staates gesetzten NATO-freundlichen Regierung vom Typ Selenski bilden, sondern muß die faschistische Regierung, die eine Fabrikation des Westens ist, als Quelle des gegenwärtigen Krieges bekämpfen und zu einer patriotischen Regierung der tausendjährigen Freundschaft zwischen dem russischen und dem ukrainischen Volk aufrufen.

Cotonou, 28. Februar 2022

Übersetzung: Georges Hallermayer

Kiews internationale Legion

Wie das US-Nachrichtenportal *BuzzFeed News* berichtete, bereiteten sich mehrere aus dem Dienst geschiedene westliche Elitesoldaten mit Erfahrung im Nah- und Antiterrorkampf darauf vor, aus Polen in die Ukraine in den Krieg zu ziehen. Zahlreiche weitere stehen bereit. (...) Eine Anlaufstelle in der Ukraine ist zur Zeit eine „Georgische Legion“.

Bei dieser handelte es sich ursprünglich um eine der diversen zunächst irregulären Milizen, die im Lauf des Jahres 2014 von Freischärlern gebildet wurden, um in der Ostukraine gegen die prorussischen Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu kämpfen. In den Milizen befinden sich neben Ukrainern viele Freischärler aus anderen Ländern der früheren Sowjetunion; so bildete sich eine Miliz exilierter Tschetschenen, die nach dem Scheitern ihres Aufstandes nun in der Ukraine den Kampf fortsetzten („Dschochar-Dudajew-Bataillon“). Eine weitere Einheit, die 2014 entstand, ist die Georgische Legion, in der vormalige Militärs der georgischen Streitkräfte stark vertreten waren, darunter Veteranen des russisch-georgischen Kriegs vom August 2008. Die Truppe machte 2017 international Schlagzeilen, als drei Georgier gegenüber italienischen TV-Journalisten berichteten, sie seien im Januar 2014 in Tiflis für einen Einsatz in Kiew auf Seiten der Maidan-Opposition angeworben worden und hätten sich am 20. Februar 2014 an den Todesschüssen auf dem Maidan beteiligt. Dabei wurden sie laut eigener Aussage von dem Georgier Mamuka Mamulaschwili angeworben und geführt, dem heutigen Kommandeur der Georgischen Legion.

Die Georgische Legion geriet bereits vor Jahren in den Blick von Beobachtern, weil ihr eine kurze Zeit der US-Amerikaner Craig Lang angehörte, ein Irak- und Afghanistan-Veteran, der 2015 als Freischärler in die Ukraine gegangen war. Die US-Justiz ermittelte wegen des Verdachts auf Kriegsverbrechen in der Ostukraine gegen ihn. Nachdem er in die Vereinigten Staaten zurückgekehrt war, beging er dort gemeinsam mit einem anderen Ex-Freischärler einen Raubmord, um eine Reise nach Venezuela zu finanzieren, wo er sich am Kampf gegen die Regierung von Präsident Nicolás Maduro beteiligen wollte. Er konnte fliehen, landete jedoch in Kiew in Auslieferungshaft. Lang hatte in der Ostukraine vor allem für die Miliz des Rechten Sektor gekämpft, die neben dem Bataillon Asow eine der bekanntesten extrem rechten Milizen in

der Ukraine ist. Aktuelle Recherchen zeigen, daß extrem rechte Ukrainer, die dem Bataillon Asow nahestehen, aber eine Karriere in den Streitkräften anstreben, an Ausbildungsmaßnahmen im Ausland teilgenommen haben – den Recherchen zufolge auch in Deutschland. So soll ein extrem rechts zu verortender ukrainischer Soldat bei der „30. International-



2015 zeichnete das Oberhaupt der ukrainisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Filaret, 29 Kämpfer der faschistischen Georgischen Legion aus

len Woche“ der Offiziersschule des Heeres in Dresden zugegen gewesen sein. Die Veranstaltung dient nicht zuletzt dazu, „den Austausch von Angehörigen der Streitkräfte“ sowie „Partnerschaften“ zu pflegen.

Die Georgische Legion hat laut *BuzzFeed News* seit 2014 mehr als 300 westliche Freischärler aufgenommen und ihnen damit die Beteiligung am Bürgerkrieg in der Ostukraine ermöglicht. Seit mehreren Wochen ist sie verstärkt bemüht, mehr westliche Ausländer einzubinden; schon Ende Januar berichtete Mamulaschwili, seine Einheit habe „mehr als 30 Anfragen“ erhalten – die meisten aus den Vereinigten Staaten und Großbritannien, aber auch „eine aus Deutschland“. „Wir rekrutieren Profis“, erläuterte Mamulaschwili gegenüber dem US-Nachrichtenportal, darauf verweisend, daß die Georgische Legion militärische Fähigkeiten zur Aufnahmebedingung macht, und er fügte Ende Januar hinzu: „Wir haben grünes Licht bekommen.“ Nach der Publikation des Berichts erhielt das US-Onlineportal laut eigenen Angaben E-Mails von „Dutzenden Männern aus den USA, dem Vereinigten Königreich und Ländern der Europäischen Union“, die mitteilten, sie seien interessiert, in der Ukraine gegen russische Einheiten zu kämpfen, sollten diese wirklich in das Land einmarschieren. Am 27.2. meldete *BuzzFeed News*, es bereiteten sich gerade zehn Elitesoldaten mit Erfahrung im Nah- und im Antiterrorkampf darauf vor, die polnische Grenze zur Ukraine zu überschreiten, um in den Krieg zu ziehen. Unter ihnen seien sechs US-Amerikaner, drei Briten und ein Deutscher. Dafür, daß Milizionäre wie sie in der Ukraine nicht als irreguläre Kräfte kämpfen, sondern als reguläre Soldaten den vollen Schutz des Humanitären Völkerrechts beanspruchen

können, hat die Regierung in Kiew mittlerweile die Voraussetzungen geschaffen. Wie der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenski mitteilte, haben die Streitkräfte jetzt eine „internationale Legion“ gegründet, in die Bürger fremder Staaten eintreten können. Außenminister Dmytro Kuleba bestätigte, es gebe nun „den gesetzlichen Rahmen“, ohne eine ukrainische Staatsbürgerschaft „in der Befehlskette der ukrainischen Streitkräfte zu kämpfen“. In dieser Befehlskette steht unter anderem auch die 2016 in die Streitkräfte integrierte Georgische Legion. Die britische Außenministerin Liz Truss gab auf westlicher Seite grünes Licht, indem sie mitteilte, sie unterstütze es „auf jeden Fall“, sollten britische Bürger in der Ukraine in den Krieg gegen Rußland ziehen wollen.

Die Beteiligung aus dem Dienst geschiedener westlicher Soldaten am Kampf gegen die russischen Streitkräfte ist eine klare Parallele zwischen dem westlichen Vorgehen im Krieg in Afghanistan der 80er Jahre und im heutigen Krieg in der Ukraine: Bereits damals waren unter anderem bundesdeutsche Soldaten, offiziell freigestellt, am Hindukusch im Einsatz. Zudem wurde der Aufstand gegen die sowjetischen Truppen genauso mit Waffen unterstützt wie heute. Tragbare Luftabwehrraketen des Typs „Stinger“ z. B. wurden damals in Afghanistan eingesetzt und werden heute an die Ukraine geliefert. In Afghanistan trugen sie maßgeblich zur Niederlage der Sowjetunion bei.

Quelle: *german-foreign-policy.com*, 2.3.22
Redaktionell gekürzt

Nein zur NATO und Friede mit Rußland! – auch wider die Baerbock- und Biden-Lügen! –

Ich suche nach Worten. Das Kriegsgeschrei
Samt Ampel macht Opfer zu Tätern.
Seit der Friede gehört, '89 vorbei,
Gierte auf ihm das Kapitalgeweiht
Nach zwei Millionen Metern.

Von Berlin nach Moskau in dem Wahn
Ein Bumerang war, wie bekannt.
Mit Blut gefüllt ein Ozean,
Wie nie zuvor ihn Menschen sahn,
Ward heroisch zum Glück gebannt.

Doch heute verbreitet durch alte Saat
Vom NATO-Verbrecherverein
Soll die Ukraine, selbst übelnd Verrat
An Volk wie Geschichte, auf dem Pfad
Des Untergangs gegen Rußland sein.

Der NATO nebst dem Kriegsgeschrei
Müssen Waffen des Friedens vereint
In einer Antikriegspartei,
Daß nie gehört mehr der Friede sei,
Sein ehern bekämpfend ein Feind.

E. Rasmus

Berichtigung

Im von Dr. Rolf Funda an den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Mützenich gerichteten Brief, den wir im März-RF (S. 3) abdruckten, muß es in Spalte 3, 1. Absatz, 4. Zeile von oben, richtig heißen: „Dazu kommen 125 000 Soldaten und schwere Technik auch in Gebieten, die laut OSZE dort verboten sind.“

Rechte „Helden“ der Ukraine

Hennadij Nadolenko, der Botschafter der Ukraine in Israel, war sichtlich verärgert. Was Joel Lion, Israels Botschafter in Kiew, da soeben geäußert habe, das sei „kontraproduktiv“, beschwerte er sich am 9. Januar 2020 bei einem Treffen im israelischen Außenministerium. Lion hatte Kritik daran geäußert, daß auf der Liste der „Helden der Ukraine“, derer in diesem Jahr mit offiziellen Feierlichkeiten gedacht werden soll, eine ganze Reihe NS-Kollaborateure zu finden sind, von denen einige sogar unmittelbar am Massenmord an den Jüdinnen und Juden im deutsch-okkupierten Europa beteiligt waren. Ob man nicht wenigstens die zehn schlimmsten NS-Verbrecher von der Liste der Helden entfernen könne, hatte Israels Botschafter gefragt. Nadolenko war empört. Das nationale Gedenken, ließ er verlauten, sei heute eine der Hauptprioritäten der ukrainischen Politik.

Das Erstarken der extremen Rechten in der Ukraine ist in den vergangenen Jahren wesentlich von der Politik der Regierung in Kiew begünstigt worden. Das hat, so merkwürdig es klingen mag, eine Menge mit der äußeren Orientierung des Landes zu tun. Die Verknüpfung von Außen- und Innenpolitik in der Ukraine und die Auswirkungen dieser Verknüpfung auf die Rechte lassen sich genau genommen seit den frühen 90er Jahren beobachten – also seit der Zeit, als die heutige Ukraine entstand.

Die ersten einschlägigen Organisationen der extremen Rechten wurden in der Ukraine bereits während der Loslösung aus der Sowjetunion in den Jahren 1990/1991 und kurz danach gegründet. Die Tradition der ukrainischen NS-Kollaborateure – der „Organisation Ukrainischer Nationalisten“ (OUN), ihres Anführers Stepan Bandera sowie ihres militärischen Flügels, der „Ukrainischen Aufstandsarmee“ (UPA) – war vor allem in der Westukraine, in Galizien, wo diese Bewegung ihre historischen Ursprünge hatte, nie völlig verschwunden.

Gegen Ende der 80er Jahre erstarkte sie wieder, vor allem im Umfeld der „Volksbewegung der Ukraine“ („Ruch“), die 1989 gegründet wurde und für die Abspaltung der Ukraine eintrat. Die „Ruch“ hatte einen militanten Arm, der ihr als Security diente: die ultrarechte „Wache der Bewegung“ („Warta Ruchu“). Deren Chef Jaroslaw Andruschkiw gründete, als die Abspaltung der Ukraine mit der Unabhängigkeitserklärung der „Werchowna Rada“ (Parlament der Ukraine) am 24. August 1991 feststand, am 13. Oktober 1991 im westukrainischen Lwiw die „Sozial-Nationale Partei der Ukraine“ (SNPU). Sie war eine der ersten wichtigen Parteien der extremen Rechten in dem nun eigenständigen Land. (...)

Eine wichtige Rolle für die extreme Rechte in der Ukraine hat von Anfang an das ukrainische Exil gespielt. Dieses entstand in seiner heutigen Prägung, als nach dem Zweiten Weltkrieg viele OUN- und UPA-Kämpfer aus der Sowjetunion flohen. In der Bundesrepublik, in den Vereinigten Staaten und in Kanada

bildeten sie nicht nur dichte soziokulturelle Netzwerke, sondern auch politische Strukturen, die im Kalten Krieg Rückendeckung seitens der westlichen Mächte bekamen. Eine aus diesen Strukturen war Jaroslawa Stezko, OUN-Kämpferin und UPA-Sanitäterin im Zweiten Weltkrieg, anschließend in München im Exil, wo sie Ende der 80er Jahre zur Chefin des „Antibolschewistischen Blocks der Nationen“ (ABN) und der Exil-OUN aufstieg. 1991 nach Lwiw zurückgekehrt, gründete sie am 18. Oktober 1992 den „Kongreß Ukrainischer Nationalisten“ (KUN), der sich als unmittelbare Nachfolgeorganisation der OUN verstand. (...)

Ein entscheidender Faktor für die Entwicklung der extremen Rechten in der Ukraine ist in den folgenden Jahren die außenpolitische Orientierung der Regierung in Kiew gewesen. Meistens war diese auf Ausgleich zwischen West und Ost bedacht: Wirtschaftskontakte wurden in die EU und dort vor allem nach Deutschland ausgebaut, ohne die überaus engen ökonomischen Bindungen an Rußland zu schädigen; die politischen Beziehungen zum Westen wurden gestärkt, diejenigen zu Moskau gewahrt. Diese Politik trug der Gesamtstimmung in der Bevölkerung Rechnung, in der es neben den Spektren mit starken Bindungen an Rußland andere gab – vor allem im Westen, aber auch in der Hauptstadt Kiew –, die für die Abkehr von Moskau und für die exklusive Kooperation mit der EU, teils auch mit der NATO eintraten.

Diejenigen im ukrainischen Polit-Establishment, die wie Wiktor Juschtschenko, ukrainischer Ministerpräsident von Dezember 1999 bis Mai 2001, für eine engere Westbindung des Landes und eine stärkere Ablösung von Rußland eintraten, stützten sich spätestens seit den frühen 2000er Jahren auf beinahe das gesamte Spektrum, das sie für ihr außenpolitisches Ziel einspannen konnten – darunter auch die äußerste antirussisch geprägte Rechte. SNPU-Mitgründer Oleh Tjahnybok etwa durfte bei der Parlamentswahl des Jahres 2002 auf der Juschtschenko-Liste „Unsere Ukraine“ neben KUN-Gründerin Stezko sowie anderen extrem Rechten kandidieren: Das Bestreben, die Bindungen an Rußland weitestgehend zu kappen, erwies sich als einigendes Band.

Dieses einigende Band hat auch bei Massenprotesten funktioniert. Als sich im Winter 2000/2001 nach dem staatlichen Mord an dem Journalisten Georgij Gongadse eine – prinzipiell prowestliche – Protestbewegung formierte und ihre Zelte auf dem Kiewer Maidan aufschlug, rekrutierte sie die Security für ihr Zeltlager aus den Reihen der UNA-UNSO, einer 1991 gegründeten extrem rechten Organisation, deren Aktivisten in der ersten Hälfte der 90er Jahre zum Teil Kampferfahrung in postsowjetischen Bürgerkriegen gesammelt hatten, in Tschetschenien etwa, in Georgien, in Transnistrien. Die UNA-UNSO, die damals eine aktive „Partnerschaft“ mit der NPD unterhielt, konnte in jenem Protestwinter auf dem Maidan jeden Tag bis zu zehn neue Mitglieder gewinnen.

Sie stellte erneut die Security, als im November 2004 wieder prowestliche Massen auf den Maidan strömten, um gegen massive Fälschungen bei der Präsidentenwahl zu protestieren, die Juschtschenko den Wahlsieg gekostet hatten. Die Bewegung, die in den Ländern des Westens als „Orangene Revolution“ gefeiert und politisch wie auch praktisch gefördert wurde, umfaßte, wie es im antirussischen Spektrum der Ukraine eben ist, auch eine extrem rechte Fraktion. Zu ihr zählte etwa einer ihrer Cheforganisatoren namens Andrij Parubij. Der Mann, der 1991 die SNPU mitgegründet hatte, aus ihr aber Anfang 2004 verärgert ausgetreten war, weil sein Kamerad Tjahnybok versuchte, ihr unter neuem Namen („Swoboda“) einen respektableren Anschein zu verpassen, betätigte sich zehn Jahre später als „Kommandant des Maidan“ und amtierte danach unter anderem von 2016 bis 2019 als Präsident der „Werchowna Rada“.

Präsident Juschtschenko trieb dann von Januar 2005 bis Februar 2010 die Westbindung der Ukraine voran, orientierte das Land unter dem Beifall der westlichen Staaten auf die Anbindung an EU und NATO und bediente innenpolitisch alle, die ihn bei der Abwendung von Rußland unterstützten, auch die äußerste Rechte. Er ernannte nicht nur den Ex-UPA-Befehlshaber Roman Schuchewytsch (2007) und den Ex-OUN-Führer Stepan Bandera (Anfang 2010) posthum zu „Helden der Ukraine“, was ihm lauten Beifall von rechts garantierte. Er schuf auch ein Netz geschichtspolitischer Institute, die – so hat es Rudling beschrieben – „als Verbindung zwischen nationalistischen Historikern aus dem Exil und einer neuen Generation von Ultrarechten“ dienten.

Das 2007 in Kiew eröffnete „Museum der sowjetischen Besatzung“ etwa stellte die Zeit der Sowjetunion, so drückte es Rudling aus, als „genozidales Besatzungsregime“ dar, das wild „entschlossen“ gewesen sei, „die Ukrainer auszulöschen“. Ein weiteres Beispiel: Im Oktober 2009 einigte sich die ukrainische Regierung auf eine Konzeption zur „national-patriotischen Erziehung der Jugend“, die die UPA zu einem Vorbild für den ukrainischen Nachwuchs erklärte. All dies war Wasser auf die Mühlen der extremen Rechten, und so war es kein Wunder, daß etwa Swoboda immer weiter erstarkte und beispielsweise bei der Parlamentswahl am 28. Oktober 2012 10,45 Prozent der Stimmen erzielen konnte. In der Westukraine kam sie auf gut ein Viertel der Stimmen; in einigen dortigen Städten, etwa in Ternopil, stellte sie den Bürgermeister. (...)

Als das prowestliche Spektrum der ukrainischen Bevölkerung im Winter 2013/14 erneut auf dem Maidan demonstrierte – diesmal, um die EU-Assoziierung des Landes durchzusetzen –, belief sich der Anteil der extremen Rechten unter den Demonstranten laut Schätzungen kundiger Beobachter bereits auf gut 30 Prozent. Bandera-Devotionalien waren verbreitet; Swoboda-Chef Tjahnybok gehörte neben Arsenij Jazenjuk und Witali Klitschko

zum Führungstrio der Proteste. Gewalttätige Protestaktionen gingen häufig auf das Konto von Mitgliedern neofaschistischer Organisationen; die Wolfsangeln, die man etwa auf den Armbinden militanter, mit Ketten und Molotow-Cocktails bewaffneter Aktivisten sehen konnte, wiesen deutlich darauf hin.

Betätigungsfeld der extremen Rechten wurde, die den Kampf gegen die „*jüdisch-moskowitzsche Mafia*“ nun mit der Waffe in der Hand aufnahm. (...)

Der Krieg in der Ostukraine hat die extreme Rechte noch weiter gestärkt. Das lag zunächst ganz praktisch daran, daß die anti-

Die antirussische Agitation in der Ukraine, die extreme Rechte und die staatliche Politik – sie griffen in den Jahren seit 2014 wie Zahnräder ineinander. Während der Kampf gegen alles Russische auf sämtlichen Ebenen forciert wurde – eines der prominentesten Beispiele ist das hartnäckige Vorgehen gegen



Faschistische Inszenierungen wie hier 2019, sind eines der wesentlichen Elemente des Asow-Regiments.

(Foto: Screenshot Telegram)

Ein Beispiel dafür, was sich (...) politisch auf dem Maidan tummelte, war der „Rechte Sektor“, eine Art Bündnisorganisation, die sich Ende November 2013 aus verschiedenen Zusammenschlüssen der extremen Rechten gebildet hatte. Ihr Anführer Dmytro Jarosch hatte einst geschrieben, alle ukrainischen Parlamentsparteien seien nur „*Segmente des Regimes der inneren Okkupation*“, das es durch die intensive „*Verbreitung nationalistischer Ideologie*“ zu bekämpfen gelte. „Innere Okkupation“? Gemeint war, was Swoboda-Chef Tjahnybok einst als „*jüdisch-moskowitzsche Mafia*“ bezeichnet hatte. Der Haß gegen Rußland, der die ukrainische extreme Rechte anschlussfähig für prowestliche Kreise machte, verband sich bruchlos mit offenem Antisemitismus.

Der Sturz der ukrainischen Regierung Ende Februar 2014 und die folgende Regierungsbildung aus dem gesamten antirussischen Protestspektrum heraus hat für einige Monate mehreren Swoboda-Aktivisten sogar Ministerposten eingebracht. Hohe Bedeutung für die weitere Entwicklung hatte dann aber vor allem, daß die rußland-orientierten Bevölkerungsteile auf der Krim und im Donbass ihre Wohngebiete abspalteten bzw. abzuspalten versuchten, um sich der Herrschaft des in Kiew an die Macht gelangten antirussischen Spektrums inklusive seiner neofaschistischen Elemente zu entziehen. In der Ostukraine führte das in den Bürgerkrieg, der bis heute andauert und bereits 2014 ein zentrales

russischen Hardliner (...) vor allem zu Beginn der Kämpfe im Donbass wegen ihrer militärischen Schlagkraft für die Regierung in Kiew unersetzlich waren. Bereits im Herbst 2014 operierten in der Ostukraine mehr als 10 000 Freischärler, die sich in über 30 Freikorps zusammengeschlossen hatten, darunter etwa ein Bataillon des „Rechten Sektors“ vom Maidan sowie das berüchtigte Bataillon Asow. Letzteres erregte schon 2014 international einige Aufmerksamkeit, weil es ganz offen mit Nazisymbolik auftrat – mit Wolfsangeln, SS-Runen, zum Teil mit Hakenkreuzen – und weil es auch Neonazis aus Westeuropa in seinen Reihen aufnahm.

Zwar verdient sich so mancher Freischärler ein kleines Zubrot nicht nur mit diversen Security-Dienstleistungen, sondern auch mit allerlei Auftragsverbrechen bis hin zum Mord; doch genießen die Freikorps dessen ungeachtet in der Bevölkerung einen vergleichsweise guten Ruf, weil sie an der ostukrainischen Front als harte, zuverlässige Kämpfer gelten. Im Juni 2018 zeigte eine repräsentative Umfrage, daß zwar nur 14 Prozent der ukrainischen Bevölkerung ihrer Regierung und sogar nur neun Prozent der Justiz vertrauten, rund 50 Prozent allerdings den ultrarechten Milizen. Die hohe Sympathie, die die Freikorps genossen, schlug sich auch in Wahlergebnissen nieder. So wurde Andrij Bilezkyi, Gründungskommandeur des „Bataillon Asow“, in einem Kiewer Wahlkreis mit 33,8 Prozent der Stimmen direkt in die „*Werchowna Rada*“ gewählt.

den Gebrauch der russischen Sprache –, werden die OUN, die UPA und OUN-Führer Bandera in der heutigen Ukraine staatlich geehrt. Seit 2019 wird zu Neujahr ganz offiziell des Geburtstags von Bandera am 1. Januar 1909 gedacht. Die alte Grußformel der OUN und der UPA – „*Slawa Ukraini, herojam slawa!*“ („*Ruhm der Ukraine, den Helden Ruhm!*“) –, die während der Maidan-Proteste neue Popularität gewann, ist seit 2018 offizielle Grußformel in Armee und Polizei. Bereits 2015 hat die ukrainische Regierung einen staatlichen „Tag der Verteidiger der Ukraine“ eingeführt; seitdem wird am 14. Oktober offiziell der Gründung der UPA gedacht, die an jenem Tag im Jahr 1942 vollzogen wurde. Und nicht nur das. Das Bildungsministerium in Kiew hat mittlerweile eine Direktive erlassen, derzufolge die UPA in den Schulen des Landes als „*Symbol für Patriotismus und Opfergeist*“ zu preisen ist. (...) Wenngleich Rechtsaußenparteien bei der jüngsten ukrainischen Parlamentswahl erfolglos blieben – dies übrigens auch, weil ihre politische Orientierung in mancherlei Hinsicht längst von den etablierten Großparteien adaptiert wurde: „*Die außerparlamentarische Macht der extremen ukrainischen Rechten*“, so bilanzierte es der ukrainische Soziologe Wolodymyr Ischtschenko schon 2018, „*ist von einer in ganz Europa einzigartigen Stärke.*“

Quelle: International | AIB 126 / 1.2020 | 6.7.2020

Redaktionell gekürzt

Die dritte Front

Als „dritte Front im Ukraine-Krieg“ hatte die britische Kulturministerin Nadine Dorries die Maßnahmen zum möglichst vollständigen Ausschluß russischer Sportler, Künstler sowie Schriftsteller aus der Öffentlichkeit bezeichnet, die die westlichen Staaten gegenwärtig weltweit durchzusetzen suchen. Anlaß waren Dorries' Bemühungen, möglichst viele Sportverbände und -organisationen zu veranlassen, russische Sportler ohne individuelle Begründung lediglich aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit zu diskriminieren und sie nicht an Sportveranstaltungen, darunter den Paralympics, teilnehmen zu lassen. (...) „Ich übe weiterhin Druck aus, daß Organisationen Putins Rußland aus ihren Reihen verbannen“, teilte Dorries mit: Es gehe darum, „die Macht des Sports“ zu nutzen, um „Putin zu Hause und im Ausland zu isolieren“. Den westlichen Mächten ist es inzwischen gelungen, zahlreiche prominente Ausschlüsse nicht nur von Sportlern und Teams durchzusetzen, die unter russische Flagge antreten, sondern auch von Einzelpersonen, denen lediglich vorgeworfen wird, Russen zu sein. Ausschlüsse haben neben den Paralympics etwa die Fußballverbände Fifa und Uefa sowie die International Tennis Federation beschlossen. Auf kulturellem Gebiet hat zum Beispiel die Europäische Filmakademie angekündigt, russische Filme würden bei den diesjährigen European Film Awards nicht zugelassen. Russische Filmtage wurden in mehreren deutschen Städten (Düsseldorf, Münster) abgesagt. Die Konzerne Disney und Warner boykottieren russische Kinos. Prominente russische Künstler wie der Dirigent Waleri Gergijew oder die Sängerin Anna Netrebko haben Aufträge oder gar ihre Arbeitsstelle verloren, weil ihnen – zutreffend oder nicht – unterstellt wird, sich nicht von der russischen Regierung zu distanzieren. In einem Fall wurde bereits eine Operette des russischen Komponisten Dmitri Schostakowitsch komplett vom Spielplan genommen. (...) Mittlerweile kommt der demonstrative Ausschluß russischer Waren aus Supermärkten hinzu. Ausgeschlossen wurden auch russische Bücher von der nächsten Frankfurter Buchmesse.

Die Buchmesse teilte mit, sie werde zumindest in diesem Jahr den russischen Nationalstand – anders als die Nationalstände aller sonstigen Staaten – nicht zulassen. Zur Begründung für ihr Verbot teilten die Organisatoren mit, in Rußland gerieten „die bislang noch verbliebenen Reste einer liberalen Öffentlichkeit ... massiv unter Druck“; deshalb sei es angemessen, auch in Deutschland repressiv vorzugehen. (...) Wie es in einem Aufruf von insgesamt vier ukrainischen Literaturorganisationen, darunter der PEN Ukraine, heißt, folgte die Buchmesse mit dem Verbot einer litauischen Initiative.

In dem Aufruf, der Anfang März vom Börsenblatt des Deutschen Buchhandels verbreitet wurde, fordern die ukrainischen Unterzeichner den weltweiten Boykott sämtlicher russischen Bücher und Verlage.[1] Konkret sollen keine Bücher russischer Autoren oder russischer Verlage mehr verkauft werden, weder offline noch online; außerdem sollen keine Rechte russischer Verlage mehr erworben werden. Stipendien für Übersetzungen russischer Werke in andere Sprachen müßten sofort eingestellt werden. Zur Begründung für den „totalen Boykott“ russischer Bücher heißt es, in sie sei „russische Propaganda“ eingewoben, die sie „zu Waffen und Vorwänden für den Krieg“ mache: „Von der russischen Propaganda im Bereich von Literatur und Verlagswesen angesteckt, verbreiten viele Autoren, Literaturagenten, Verleger und Distributoren aus aller Welt die Infektion unter immer mehr Lesern in ihren Ländern“. Daher gelte es nun, auch auf literarischem Gebiet „Rußland in vollem Umfang zu isolieren und es an weiterer Expansion mit den Mitteln kultureller Instrumente zu hindern“. Der Aufruf ist in Deutschland noch als zu weitgehend empfunden und kritisiert worden. Er ist mit der Parole „Ruhm der Ukraine!“ versehen, die inzwischen auch im Westen weithin verwendet wird. Dabei handelt es sich um die erste Hälfte der Grußformel der ukrainischen Faschisten aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs.

Zum weitreichenden Ausschluß alles Russischen aus Sport und Kultur kommen das Verbot russischer Medien sowie massive

Einschränkungen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit hinzu. Die EU hat in der vergangenen Woche die Verbreitung sämtlicher Inhalte der staatlichen russischen Sender RT und Sputnik verboten; das Verbot ist dabei so weitreichend formuliert, daß nach Auffassung von Fachleuten Internetanbieter im Prinzip Netzsperrern einrichten müßten.[2] Damit greift Brüssel erstmals zu offener Zensur. Längst ist auch die Wissenschaft von Ausschußmaßnahmen betroffen. Zuletzt hat – nach dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und anderen Wissenschaftsorganisationen – die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) alle deutsch-russischen Kooperationsprojekte auf Eis gelegt.[3] Zahlreiche Universitäten haben sich darüber hinaus in Eigeninitiative dem offiziellen Rußlandboykott angeschlossen. Dabei wird allerdings betont, man wolle Studierende aus Rußland nicht exmatrikulieren. Inzwischen melden die Innenministerien mehrerer Bundesländer und einige Polizeibehörden einen Anstieg physischer antirussischer Gewalt. So wurden zum Beispiel russische Geschäfte beschmiert und beschädigt; in den sozialen Netzwerken wird ein Drohbrief verbreitet, in dem es heißt: „Russenspack, haut endlich hier aus Deutschland ab“.[4] Laut einem Bericht von Report Mainz gehen verschiedene Innenministerien von einem weiteren Anstieg der Gewalt aus. So wird etwa eine Einschätzung aus Baden-Württemberg zitiert, „bei der Polizei seien weitere Fälle von Sachbeschädigungen, Vandalismus, verbale Provokationen und körperliche Auseinandersetzungen bereits einkalkuliert“.

[1] Totalboykott russischer Bücher gefordert. boersenblatt.de, 2.3.2022.

[2] Anna Biselli: EU verbietet Verbreitung von RT und Sputnik. netzpolitik.org, 2.3.2022.

[3] Zusammenarbeit ausgesetzt. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.3.2022.

[4] Erste Anfeindungen gegen russischsprachige Menschen in Deutschland. swr.de 3.3.2022.

Quelle: *german-foreign-policy.com*, 7.3.22

Russenhaß

Ein Lehrer in Berlin hat Fotos der Kinder an seiner Schule, die russischer Herkunft sind, an einem Aushang befestigt, um sie dem Haß der Mitschüler auszusetzen. Er begründete das mit seinem Haß auf Putin. Wenn ein Pädagoge, dem man Kinder im guten Glauben anvertraut, daß er deren Wohl im Sinne hat, zu solchem Handeln fähig ist, kann einem angst und bange werden. Unwillkürlich mußte ich an Anne Frank denken. Ich stellte mir vor, sie würde heute leben und wäre nicht Jüdin, sondern Russin. Sie müßte sich in diesem Deutschland wieder vor den Deutschen fürchten! Das ist ungeheuerlich, aber angesichts des hier entfachten geradezu hysterischen

Rußlandhasses gegenwärtige Praxis. Da werden Künstler russischer Herkunft entlassen, wenn sie sich nicht von Putin distanzieren. Mc Carthy ist wieder da! Andere Künstler bekommen Schwierigkeiten, weil sie Stücke von Tschaikowski aufführen wollen. Sportveranstaltungen mit russischen Sportlern werden abgesagt. Sogar russische Tiere sind verdächtig! Sie dürfen nicht mehr an internationalen Zuchtschauen teilnehmen. Russische Lebensmittel werden aus den Regalen verbannt. Wir haben eine mediale Meinungsdictatur übelster Art, die der Hetze des „Stürmers“ in nichts nachsteht, wenn es um Putin und die Russische Föderation geht. Haß auf Russen

als Staatsräson und auch wieder eine sich im Russenhaß vereint fühlende „deutsche Volksgemeinschaft“, ist das gewollte Szenario. Ich würde mich nicht wundern, wenn ich eines Morgens aufwache und höre, daß in diesem Land über Nacht russische Einrichtungen und Kirchen geschändet wurden, Bücher Puschkins, Tolstois oder Gorkis auf Scheiterhaufen verbrannt und daß an russischen Läden „Kauft nicht beim Russen“ geschmiert wurde. Und die einzige Partei im Bundestag, die ihre Stimme erheben könnte und müßte, hat sich im Mainstream eingerichtet.

Ulrich Guhl
Strausberg

„Rußland isolieren“

Die Versuche des Westens, Rußland wegen seines Überfalls auf die Ukraine weltweit zu isolieren, scheitern bislang – auf allen Kontinenten außer Europa und Nordamerika.

Die Bemühungen der westlichen Mächte, Rußland wegen seines Überfalls auf die Ukraine weltweit zu isolieren, führen nicht zum Erfolg. Außenministerin Annalena Baerbock hatte in der vergangenen Woche vor der UN-Generalversammlung alle Staaten der Welt aufgefordert, mit Blick auf den russischen Angriffskrieg „jetzt ... Partei [zu] ergreifen“. Zwar verurteilte die Generalversammlung den Krieg mit klarer Mehrheit; zugleich sind die meisten Staaten jenseits des Westens und seiner engsten Verbündeten um eine Fortsetzung ihrer Kooperation mit Rußland bemüht. Das gilt für China ebenso wie für Indien, das sich heftigem Druck aus den USA widersetzt. Auch die Staaten der Arabischen Halbinsel sind nicht zu einer Erhöhung ihrer Ölförderung zwecks Ermöglichung eines westlichen Ölembargos gegen Rußland bereit. Ähnliches ist aus Südafrika, Lateinamerika und Südostasien zu hören; zur Begründung heißt es unter anderem, der Irak-Krieg und andere westliche Waffengänge ließen die westlichen Proteste gegen den Ukraine-Krieg skurril erscheinen. Ein Durchbruch des Westens bleibt bislang auf ganzer Linie aus.

„Frei von Einmischung“

China hat die stetigen Bemühungen der westlichen Mächte abgewiesen, Rußlands Krieg gegen die Ukraine zu nutzen, um einen Keil zwischen Moskau und Beijing zu treiben. Immer wieder hatten westliche Politiker zuvor versucht, die Volksrepublik zu einer öffentlichen Distanzierung von Rußland zu veranlassen – im Wissen, daß China, strikt auf der Souveränität und der territorialen Integrität aller Staaten beharrend, den Überfall auf die Ukraine im Grundsatz scharf ablehnen muß. Beijing hat tatsächlich den russischen Einmarsch in die Ukraine nie verteidigt, sondern sich etwa in Abstimmungen der UNO stets enthalten. Allerdings hat es zugleich gewöhnlich darauf hingewiesen, daß der Westen den Konflikt nicht zuletzt mit der NATO-Osterweiterung systematisch zugespitzt hat, und konstatiert, der Krieg könne lediglich durch Verhandlungen beendet werden. Am 6.3. hat Außenminister Wang Yi ausdrücklich betont, die Beziehungen zwischen Rußland und China würden wegen ihrer „Unabhängigkeit“ geschätzt; beide Staaten seien „entschlossen, sie frei von Einmischung oder Zwietracht, durch Dritte gesät, zu halten“. Außerdem widersetzten Moskau und Beijing sich jeglichem Versuch, eine „Kalter-Kriegs-Gesinnung“ aufleben zu lassen. Die „Freundschaft“ zwischen ihnen sei „felsenfest“.

Kein Kurswechsel

Indien beharrt ebenfalls auf seiner Kooperation mit Rußland. Es hatte sich zunächst in einer Abstimmung des UN-Sicherheitsrats, dann in der Abstimmung der UN-Generalversammlung am 2. März, in denen es jeweils

um eine Verurteilung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ging, der Stimme enthalten. Am 3. März war New Delhi daraufhin auf einem Gipfeltreffen des gegen China



Chinas Außenminister Wang Yi

gerichteten Quad-Pakts (USA, Japan, Australien, Indien) erheblich unter Druck geraten, sich von Moskau zu distanzieren, vermißte das letztlich aber konsequent. Hintergrund ist nicht nur, daß Rußland Indiens wichtigster Waffenlieferant ist. Hinzu kommt, daß New Delhi auf einer unabhängigen Außenpolitik besteht und die Kooperation mit Rußland, einem Rivalen der USA, als eine Art Lackmustest dafür gelten kann. Washington droht nun zwar erneut, künftige indische Rüstungsgeschäfte mit Moskau mit harten Sanktionen zu bestrafen. Experten warnen allerdings, das könne nach hinten losgehen: Solche Strafmaßnahmen würden sich womöglich „als höchst schädlich für die USA“ erweisen, wird Harsh V. Pant, Forschungsdirektor der einflussreichen Observer Research Foundation (ORF), zitiert. Ein indischer Kurswechsel ist nicht in Sicht.

Der Stimme enthalten

Erfolglos geblieben sind bislang auch alle Versuche, Südafrika zu einer Positionierung gegen Rußland zu bewegen. Vor dem Votum der UN-Generalversammlung am 2. März hatten 24 europäische Botschafter die südafrikanische Regierung in einem Zeitungsbeitrag aufgefordert, sich auf die Seite des Westens zu schlagen und sich der Verurteilung Rußlands anzuschließen. „Was die Welt jetzt braucht“, sei ein klares Ergebnis in der Abstimmung, „um Rußland im Lichte seiner militärischen Aggression zu isolieren“. Pretoria verweigerte sich und enthielt sich der Stimme. Präsident Cyril Ramaphosa hat gestern bekräftigt, seine Regierung sei nicht bereit, gegen Moskau Position zu beziehen; man dringe vielmehr darauf, möglichst umfassende Verhandlungen zur Lösung des Konflikts zu führen. Ramaphosa erklärte, er sei enttäuscht, daß im Wortlaut der UN-Resolution ein Aufruf zur friedlichen Beendigung der Kämpfe „auf einen einzigen

Satz kurz vor dem Ende“ des Textes reduziert worden sei. Zum politischen Hintergrund gehört, daß in Südafrika die Unterstützung der USA sowie weiterer westlicher Staaten für das Apartheidregime ebenso unvergessen ist wie der US-geführte Überfall auf den Irak von 2003.

Kein zusätzliches Öl

Keinen Durchbruch erzielen konnten die westlichen Mächte bislang auch bei Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die Emirate hatten sich zunächst beim Votum des UN-Sicherheitsrats zur russischen Invasion der Stimme enthalten, dann jedoch in der UN-Generalversammlung – wie auch Saudi-Arabien – für die Verurteilung des Einmarschs in die Ukraine gestimmt. Mit einem politischen Kurswechsel gegenüber Moskau ist dies freilich nicht verbunden gewesen. Dies zeigte sich, als Washington massiv Druck auf Riad und Abu Dhabi ausübte, ihre Ölproduktion deutlich stärker als geplant zu steigern. Zur Zeit weiten die OPEC und einige mit ihr verbündete Staaten, darunter vor allem Rußland (OPEC+), ihre Ölförderung monatlich um 400 000 barrels per day aus. Washington hatte auf einer erheblich schnelleren Ausweitung bestanden, um ein Erdölembargo gegen Rußland durchsetzen zu können: Gibt es nicht ausreichend Alternativen zu russischem Öl – und nach aktuellem Stand ist dies nicht der Fall –, dann führt ein Embargo direkt in eine schwere globale Energiekrise. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, die jeweils enger mit Rußland zu kooperieren begonnen haben – sie wollen der alleinigen Abhängigkeit von Washington entkommen –, verweigern die schnellere Produktionssteigerung jedoch.

Vom Durchbruch weit entfernt

Auch in anderen Weltregionen stoßen die Bemühungen der westlichen Mächte, darunter Deutschland, Rußland zu isolieren, auf Widerstand. In Lateinamerika haben sich zuletzt unter anderem Argentinien, Brasilien und Mexiko deutlich gegen die Rußlandsanktionen ausgesprochen. In Südostasien ist Singapur mit seiner Beteiligung an den westlichen Sanktionen weitgehend isoliert. Kanzler Olaf Scholz telefonierte mit Indonesiens Ministerpräsident Joko Widodo, um sich über den deutschen G7- sowie den indonesischen G20-Vorsitz auszutauschen; Scholz sprach dabei auch den Krieg in der Ukraine sowie die vom Westen angestrebte Isolierung Rußlands an, der sich auch Jakarta nach wie vor verweigert. Selbst in Afrika reichte der Einfluß der westlichen Mächte gerade einmal aus, um etwa die Hälfte der Staaten des Kontinents in der UN-Generalversammlung zu einem Votum gegen den russischen Einmarsch in die Ukraine zu bewegen; die anderen enthielten sich oder nahmen an der Abstimmung nicht teil. Von einem Durchbruch beim Bestreben, Rußland weltweit zu isolieren, ist der Westen unverändert weit entfernt.

Quelle: *german-foreign-policy.com*, 8.3.22

Festtage für die Rüstungsindustrie

Berlins neues 100-Milliarden-Euro-Rüstungsprogramm sichert deutschen Waffenschmieden Rekordaufträge

Nach der Ankündigung von Bundeskanzler Olaf Scholz, nicht nur das deutsche Militärbudget auf mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, sondern auch ein 100 Milliarden Euro schweres Sondervermögen für die Aufrüstung der Bundeswehr bereitzustellen, schnellten die Börsenkurse diverser deutscher Rüstungskonzerne in die Höhe. So stiegen die Aktien der Düsseldorfer Waffenschmiede Rheinmetall zeitweise um über 50 Prozent und liegen aktuell noch um mehr als die Hälfte über ihrem Wert zu Jahresbeginn. Rheinmetall, der größte deutsche Waffenproduzent, konnte auf der SIPRI-Rangliste der größten Rüstungskonzerne weltweit bereits im Jahr 2020 von Platz 32 auf Platz 27 aufsteigen und wird nun aller Voraussicht nach noch weiter nach vorn rücken. Hensoldt, viertgrößter deutscher Rüstungskonzern und auf der SIPRI-Rangliste zuletzt von Platz 86 auf Platz 78 (2020) aufgestiegen, konnte ebenfalls einen gewaltigen Kurssprung verzeichnen: Seine Aktien stiegen seit Ende Februar um annähernd 100 Prozent. Auch Rüstungskonzerne in europäischen Ausland – etwa BAE Systems oder Thales – verzeichneten starke Gewinne, allerdings nicht ganz so hohe wie deutsche Produzenten von Kriegsgesetz.

Beschleunigte Beschaffungsverfahren

Berichten zufolge hat die Bundesregierung bereits erste Schritte eingeleitet, um die Vergabe neuer Rüstungsaufträge in die Wege zu leiten. Demnach hatte das Verteidigungsministerium Vertreter der größten deutschen Rüstungsunternehmen zu einem sogenannten Dringlichkeitsgespräch geladen. Konkrete Aufträge „kommen bald“, hieß es anschließend – in einem beschleunigten Beschaffungsverfahren. Im Gespräch ist unter anderem der Kauf neuer Militärhubschrauber bei Airbus, neuer Kriegsschiffe bei ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) und neuer Radarsysteme bei Hensoldt. Hensoldt befindet sich ohnehin auf Wachstumskurs; der Konzern, der zum Beispiel an der Herstellung von Flugabwehrsystemen beteiligt ist, konnte den Umsatz im Jahr 2021 um rund 22 Prozent auf rund 1,5 Milliarden Euro steigern und hat bereits angekündigt, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Staaten Europas und „zunehmend auch außerhalb Europas wachsen“ zu wollen. Neue Mittel könnten, wie es heißt, auch für mehr als 200 neue Schützenpanzer Puma und für den Kampffahrer der nächsten Generation (Future Combat Air System, FCAS) bereitgestellt werden, dessen Gesamtkosten inzwischen mit 350 bis 400 Milliarden Euro beziffert werden und der ab 2040 einsatzreif sein soll.

Leopard 2 gegen T-14 Armata

Als potenzieller Hauptprofiteur gilt die Düsseldorfer Waffenschmiede Rheinmetall.

Deren Vorstandsvorsitzender Armin Papperger wird mit der Äußerung zitiert, er habe Berlin schon ein Rüstungspaket vorgeschlagen, das sich über zwei Jahre erstrecken und 42 Milliarden Euro kosten soll. Das ist ein Vielfaches des Umsatzes von rund 3,7 Milliarden Euro, den die Rheinmetall-Militärsparte im Jahr 2020 erzielte. Papperger kündigte an: „In vielen Werken arbeiten wir im Einschichtbetrieb, wir können auch rund um die Uhr arbeiten“. So lasse sich unter anderem die Herstellung von Panzermunition von gegenwärtig 40 000 Stück pro Jahr auf 240 000 Stück ausweiten. Große Mengen an Munition könne man schon in sechs bis zwölf Monaten liefern, Radpanzer in 15 bis 18 Monaten, Kettenfahrzeuge in 24 bis 28 Monaten; dies sei möglich, obwohl man auch Anfragen aus anderen NATO-Staaten erhalten habe, insbesondere aus Osteuropa. Papperger habe geäußert, heißt es, es gebe unter anderem auch die Option, den Traditions-Kampfpanzer Leopard 2 zu „ertüchtigen“; damit werde er sogar in der Lage sein, es mit dem laut Branchenexperten gegenwärtig modernsten und kampfstärksten Kampfpanzer der Welt aufzunehmen: mit Rußlands T-14 Armata.

Der industriell-militärische Komplex

Zur Bewertung des beispiellosen neuen Aufrüstungsprogramms sagte Bundesfinanzminister Christian Lindner, es handle sich um „die größten und schnellsten Steigerungen der Verteidigungsausgaben“ in der gesamten „jüngeren Geschichte“ der Bundesrepublik. Der Dammbbruch, der die deutschen Waffenschmieden mit bisher nicht vorstellbaren Summen überschwemmt, werde die gesamte Unternehmenslandschaft in der Bundesrepublik „dramatisch umgestalten“, urteilt die britische *Financial Times*; ganz erheblich zunehmen wird dabei die künftige Bedeutung und damit zugleich der Einfluß der deutschen Rüstungsindustrie. Mit deren Hilfe soll Deutschland laut Lindner „im Laufe dieses Jahrzehnts eine der handlungsfähigsten, schlagkräftigsten Armeen in Europa bekommen“: „eine der am besten ausgerüsteten Armeen in Europa, weil das der Bedeutung Deutschlands ... entspricht“. Damit verschieben sich die wirtschaftlichen und politischen Koordinaten in Berlin in erheblichem Ausmaß hin zum Militär.

Allgemeine Dienstpflicht

Über eine begleitende gesellschaftliche Transformation wird bereits diskutiert. Nach einem Vorstoß des Präsidenten des Reservistenverbandes, Patrick Sensburg (CDU), die Wehrpflicht wieder einzuführen, hat eine Debatte darum begonnen, die quer durch alle Parteien geht und in der sich jetzt mit Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow auch ein Politiker der Linkspartei für die Rückkehr zum allgemeinen Militärdienst

ausgesprochen hat. Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Carsten Linnemann will den Wehrdienst zu einer allgemeinen Dienstpflicht ausweiten, die bei der Bundeswehr, aber auch beim THW, bei der Feuerwehr, in sozialen Diensten und in Hilfsorganisationen abgeleistet werden kann. Dem schließt sich unter anderem Johann Wadephul, stellvertretender Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, an. Kritik kommt ausgerechnet aus der Bundeswehr, und das aus technischen Gründen. So wies Bundeswehr-Generalinspekteur Eberhard Zorn darauf hin, daß das heutige Kriegshandwerk in wachsendem Maß spezialisierte Tätigkeiten erfordert, die nur von erfahrenen Berufssoldaten umgesetzt werden können: „Für den Kampf im Cyberspace“ etwa, erläuterte Zorn, „sind Wehrpflichtige absolut ungeeignet.“

Quelle: *german-foreign-policy.com*, 3.3.22

TRAUERFALL EUROPA

„Wochenend und Sonnenschein“
Hat sich wohl erledigt.
Das innerdeutsche Unwohlsein
Womöglich gar verewigt?

Vergeßlichkeit, der große Trumpf
Der Gegenwartsakteure.
Sie lieben den Gedächtnissumpf
Und nutzen die Malheure.

Finanzmacht West ist auf der Hut,
Merkt schnell das Für und Wider,
Genießt geschickt auch Übermut
Beim Ziehen am Weltmarktmieder.

Die krasse Zweiteilung der Welt,
Sie schien fast aufgehoben.
Leider nicht fürs Große Geld –
Da hat sich nichts verschoben.

Kriegsverdiener sind entzückt,
Es kommt nicht besser laufen,
Erklären Putin für verrückt,
Genießen aber stumm beglückt,
Wenn Staaten Waffen kaufen.

* Kurssprünge bei Rüstungskonzernen. Anleger katapultierten den Kurs der Rheinmetall-Aktie um 16,6 % nach oben auf €130.50 je Aktie (Stand nach Olaf-Scholz-Verkündigung zu Waffenlieferungen an die Ukraine).

Erste Folgeschäden

Deutsche Unternehmen stehen vor den ersten Folgeschäden der neuen westlichen Sanktionen gegen Rußland. Die Staaten Europas und Nordamerikas hatten diverse Strafmaßnahmen gegen Rußland wegen dessen Angriffskrieges gegen die Ukraine verhängt.

Ziel der Sanktionen ist es, der russischen Wirtschaft maximalen Schaden zuzufügen und die nicht vermeidbaren Folgeschäden für die westliche Wirtschaft möglichst gering zu halten. Dazu wurden neben den bereits zuvor verhängten Strafmaßnahmen nun diverse russische Banken vom Zahlungsdienstleister SWIFT ausgeschlossen – insgesamt rund 70 Prozent des russischen Bankenmarkts. Zudem wurden die Reserven der russischen Nationalbank im Wert von 630 Milliarden Euro, die laut Berichten zum großen Teil im Westen liegen, blockiert; damit sollen unter anderem Maßnahmen zur Stützung des Rubel verhindert werden. Sämtliche Maßnahmen zusammengefasst würden „Rußland ruinieren“, erklärt Außenministerin Annalena Baerbock. US-Politiker erklären offen, es gehe darum, die russische Bevölkerung zu treffen, um sie zum Sturz der Regierung zu veranlassen: Solange Putin in Moskau regiere, würden die Menschen in Rußland „nicht in der Lage sein, ihre Träume zu verwirklichen, sondern in Armut und Elend leben“, wird US-Senator Lindsey Graham zitiert. Die Bevölkerung müsse jetzt umgehend „diesen Typen loswerden“.

Um die Folgeschäden im Westen gering zu halten, ist der Erdöl- und Erdgassektor bei den Sanktionen weitgehend ausgespart worden; nur die gewinnbringende Weiterverarbeitung von Öl in Rußland wird durch ein Ausfuhrverbot für Raffinerietechnologie erschwert. Nicht mit Strafmaßnahmen belegt wird die Lieferung von Erdöl und Erdgas in westliche Länder; um die Bezahlung der Lieferungen zu ermöglichen, sind mehrere russische Banken vom SWIFT-Ausschluß ausgenommen worden. Der Erdgasimport aus Rußland gilt als Achillesferse der EU, die gut ein Drittel ihrer Einfuhr von dort bezieht; im Fall Deutschlands ist es sogar mehr als die Hälfte. Bislang setzt Berlin darauf, daß Moskau es sich nicht leisten kann, die Erdgaslieferungen einzustellen: Täte es dies, könnte dem Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW) zufolge die russische Wirtschaft in den kommenden vier bis fünf

Jahren um knapp drei Prozent einbrechen, die Wirtschaftsleistung der EU hingegen nur um 0,1 Prozent. Andere wie der Energiespezialist Georg Zachmann vom Brüsseler Think-Tank Bruegel weisen allerdings darauf hin, daß russisches Erdgas bei einem Totalembargo nicht vollständig durch Gas aus anderen Pipelines sowie Flüssiggas ersetzt werden kann: „Eine Lücke von 10 bis 20 Prozent“ werde in der EU bleiben.

Für einzelne Konzerne gilt die Energiebranche ebenfalls als sensibel, auch mit Blick auf etwaige russische Gegenmaßnahmen. Der Energieversorger Uniper etwa kauft nicht nur russisches Gas; er unterhält in Rußland eine Tochterfirma, die Gas- und Braunkohlekraftwerke betreibt und im vergangenen Jahr 230 Millionen Euro zum Konzerngewinn beitrug; das war mehr als ein Viertel des Gesamtgewinns von 906 Millionen Euro. Der Erdöl- und Erdgaskonzern Wintershall Dea ist gleichfalls auf das Rußlandgeschäft angewiesen; er ist unmittelbar in der Erdgasförderung tätig. Hinzu kommt, daß in dem Gemeinschaftsunternehmen Wintershall Dea nur zwei Drittel der Anteile beim ursprünglichen Wintershall-Mutterkonzern BASF liegen, ein Drittel aber bei LetterOne, einem Unternehmen, das dem russischen Oligarchen Michail Fridman gehört; daraus können sich unter den derzeitigen Rahmenbedingungen leicht Komplikationen ergeben. Schon jetzt befindet sich Wintershall Dea in einem Konflikt, weil BASF den Konzern an die Börse bringen will, was Fridman zu verhindern sucht – auch, weil unbekannte Investoren dann unmittelbar Einfluß auf russische Erdgasfelder erhalten könnten. Wintershall muß schon jetzt einen Verlust von rund 730 Millionen Euro befürchten, die es Nord Stream 2 zur Verfügung gestellt hat; bei Uniper sind es eine Milliarde Euro.

Konkrete Probleme werden auch aus anderen Branchen gemeldet – so etwa von deutschen Kfz-Konzernen. Volkswagen betreibt in Kaluga nahe Moskau und in Nischni Nowgorod zwei Werke, die im vergangenen Jahr rund 170 000 Fahrzeuge produzierten. Seit drei Jahren ist auch Mercedes mit einer Fabrik in Rußland präsent. Bei Mercedes heißt es bereits jetzt, zwar sei man von den Sanktionen nicht unmittelbar betroffen; dennoch habe man begonnen, die „geschäftlichen Aktivitäten“ in Rußland völlig

„neu zu bewerten“. Droht den deutschen Kfz-Konzernen damit der Verlust eines auf lange Sicht attraktiven Absatzmarktes, so stehen andere Branchen womöglich vor dem Verlust eines wichtigen Rohstofflieferanten auch jenseits von Öl und Gas. So ist die EU-Luft- und Raumfahrtindustrie auf Titan und Titan-Spezialprodukte aus Rußland angewiesen, die als schwer zu ersetzen gelten. Vor Schwierigkeiten ganz anderer Art steht schon jetzt die Luftfahrtbranche: In Reaktion auf die Sperrung des Luftraums zahlreicher westlicher Staaten, darunter auch die EU-Länder, für russische Fluggesellschaften hat Moskau jetzt im Gegenzug den russischen Luftraum für europäische Airlines geschlossen. Diese müssen nun für Flüge nach Süd-, Südost- und Ostasien auf längere Routen ausweichen, was die Kosten teils erheblich in die Höhe treibt.

Sanktionen gegen Rußland haben bislang die westlichen Staaten und einige ihrer engsten Verbündeten verhängt: die Staaten Europas und Nordamerikas, Australien, Japan, Taiwan sowie – unter massivem Druck des Westens – Südkorea. Nicht an den Strafmaßnahmen beteiligen sich China und Indien, einflußreiche Staaten Lateinamerikas wie Brasilien und Argentinien, die Türkei, arabische Golfstaaten wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate und auch die Länder Südostasiens. Dort schert nur Singapur aus und schränkt seine Lieferungen nach Rußland ein. Die arabischen Golfstaaten sind seit einiger Zeit mit Erfolg dabei, die Abhängigkeit von den USA durch den Ausbau von Beziehungen nach China und Rußland zu brechen. Indien wiederum ist ebenfalls nicht geneigt, sich vom Westen in seinen Außenbeziehungen einschränken zu lassen; in New Delhi werden bereits Pläne geschmiedet, den Ausschluß russischer Banken von SWIFT dadurch zu umgehen, daß in Rupien notierte Handelskonten eingerichtet werden, über die künftig der indisch-russische Handel finanziert werden kann. Alternative Zahlungssysteme sind ohnehin bereits in Rußland und China vorhanden. Ob die westlichen Sanktionen Rußland weitgehend isolieren oder aber zu einem neuen Netz an Wirtschaftsbeziehungen führen, ist längst nicht ausgemacht.

Quelle: *german-foreign-policy.com*, 1.3.2022
Redaktionell gekürzt

Schweiß- und Tränen-Sanktionen

Viele Bürger hatten es erwartet. Auch ich gehörte dazu. In einem unserer Regionalblätter verkündete man nur zwei Tage nach Putins Entscheidung bezüglich der Ukraine unter der Überschrift „Schweiß und Tränen“ folgende Prognose: „Wir hängen am russischen Gas, und das könnte bald spärlicher gen Westen fließen – mit Folgen für uns alle ... Freiheit ... gibt es nicht zum Nulltarif. Sie muß uns etwas Schweiß und sogar Tränen wert sein.“

Im Klartext: Das Gas wird teurer und Ihr Endverbraucher muß es bezahlen. Also, richtet Euch darauf ein. Das gleiche Blatt gab schon mal unter der Schlagzeile „Deutsche

Wirtschaft reagiert besorgt ...“ Verbandsvertreter sind beunruhigt“ bekannt, daß die Öl- und einige Rohstoffpreise „auf neue Höhen“ steigen werden. Brandenburgs Ministerpräsident Woidke erklärte: „Wir sind in der Energieversorgung von Rußland abhängig.“ Probleme auch im Export-Geschäft. Clemens Fuest zufolge, Chef des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung München, betragen die deutschen Exporte nach Rußland derzeit 20 Milliarden Euro, die Importe aus Rußland ebenfalls. Verschärfte Sanktionen werden, so Fuest, den „Handel zwischen beiden Ländern weiter belasten“. Wenn Oliver Hermes vom Ost-Ausschuß

der Deutschen Wirtschaft meinte: „Die breiten deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen sind seit Jahrzehnten ein stabiles Fundament unseres bilateralen Verhältnisses“, dann wird es das wohl bald nicht mehr geben. US- und NATO-Sanktionen gegen Rußland, deutschen eingeschlossen, sei's gedankt.

Aus der Kuba-Krise 1962 ist mir ein Satz in Erinnerung geblieben, auf den sich die damals politisch Mächtigen der USA und der UdSSR geeinigt hatten: „Ein schlechter Frieden ist hundertmal besser als ein sogenannter guter Krieg.“

Dr. Dieter Langer
Bernau

Habecks Kehrtwende

In den vergangenen Monaten sind die Energiepreise explodiert – vor allem für Öl und Gas, die zum Heizen genutzt werden. Dem Vergleichsportaal Verivox zufolge verteuerte sich Energie binnen eines Jahres um 35 Prozent. Die Medien verbreiteten, daß die Gasspeicher derzeit so gut wie leer seien, weil Putin nicht liefere. Der mit russischem Gas gefüllte größte Gasspeicher des Gazprom-Konzerns im niedersächsischen Rehden war mit einem Füllstand von nur noch ca. fünf Prozent praktisch leer. Ein historischer Tiefstand mitten im Winter. Es hieß auch, daß Deutschland abhängig von russischem Gas sei (nach Statista sind es ca. 55,2 Prozent). Das, obwohl auch Konzerne aus Norwegen (30,6 %) und den Niederlanden (12,7 %) Gasspeicher belieferten, die aber auch nur noch knapp zur Hälfte gefüllt waren. Rußland wurde wider besseren Wissens als unzuverlässiger Lieferant hingestellt, was schlicht eine Lüge war. Die Erdgasleitung Nord Stream 1 ist 2021 wie im Jahr zuvor nahezu unter Vollast gelaufen. Durch die vor zehn Jahren in Betrieb genommene Ostsee-Pipeline vom westrussischen Wyborg nach Lubmin bei Greifswald wurden 59,2 Milliarden Kubikmeter Erdgas transportiert. Der Betreiber, die Nord Stream AG (Zug/Schweiz) teilte mit, daß die gleiche Menge wie im bisherigen Rekordjahr 2020 durch den Strang geleitet wurde. Seit Inbetriebnahme Ende 2011 sind auf diesem Wege mehr als 441 Milliarden Kubikmeter russisches Erdgas nach Lubmin gelangt, wo es in das westeuropäische Versorgungsnetz eingespeist wurde. Man schwadronierte von einem möglichen erpresserischen Energiekrieg, bei dem die Energieknappheit als Waffe eingesetzt werde. Aber noch nie wurde durch Rußland der ominöse Gas- und Öl-Hahn zugekehrt. Die Wahrheit ist, daß man bei den Gaslieferungen schon vor längerer Zeit von Langzeitverträgen abgerückt und zum Handel an den Energiebörsen („CO₂-Emissionshandel“) übergegangen ist. Durch den Verzicht auf langfristige Lieferverträge für Pipelinegas gibt es nun Risiken, unter deren Folgen jetzt die europäische Industrie und Millionen privater Haushalte leiden. Man hat auf das freie Spiel von Angebot und Nachfrage gesetzt, das aber auch hier nicht alles regeln kann, da immer auch andere Faktoren aus der Umwelt einkalkuliert werden müssen. Eine paradoxe Situation, die jedoch nur ein Vorbote für die große Kontroverse der nächsten Jahre ist:

Der Marktanteil Rußlands an den Gasimporten der Europäischen Union betrug 2020 rund 37 Prozent, und die Gasförderung innerhalb der EU ist aufgrund der zu erreichenden Klimaziele stark rückläufig. Erdöl und Erdgas sind aber für die Energieversorgung nach wie vor unverzichtbar. Die EU ist derzeit noch der wichtigste Exportmarkt für russisches Gas, das kann sich aber angesichts des Konfrontationskurses

der EU gegen Rußland sehr schnell ändern. Heute bieten sich dem Land die gigantisch gewachsenen asiatischen Märkte als Alternative an. Rußlands größter Gaskonzern nahm schon im Mai 2020 die Planungs- und Erkundungsarbeiten für die Pipeline Power of Siberia 2 auf. Diese soll jährlich bis zu 50 Milliarden Kubikmeter Erdgas von der Jamal-Halbinsel über die Mongolei nach China liefern. Gazprom kann damit kurzfristig auf Nachfrageschwankungen reagieren. Bis 2030 steigt in China die Nachfrage auf 300 Milliarden bis 500 Milliarden Kubikmeter pro Jahr. Daneben plant Gazprom den Bau einer weiteren Gaspipeline mit einer Kapazität von 30 Milliarden Kubikmeter von den Feldern Westsibiriens nach China.

Nun hatte Bundeswirtschaftsminister Habeck eine geniale Idee. Die Presse meldete: „Habeck überrascht Freund und Feind! Er will Deutschland unabhängig vom russischen Gas machen.“ Vor den Bundestagswahlen hieß es noch, Deutschland wird für längere Zeit auf russisches Erdgas angewiesen sein ... Wie schnell sich doch die Sinne wandeln können ...

Drei Buchstaben sind die scheinbare Lösung: LNG (Liquified Natural Gas). Habeck setzt auf den Import von verflüssigtem Erdgas. Noch vor zwei Jahren hieß es, man bräuhete jährlich 4000 Megaschiffe, die das hochexplosive Flüssiggas aus den USA über den halben Globus verschiffen. Eine komplette Umstellung wäre daher nicht nur logistisch aufwendig, sondern würde auch noch die Umwelt durch längere Transportwege stärker belasten.

Die entscheidende Rolle für Habecks Kehrtwende spielt zweifellos die aktuelle Nord Stream 2-Problematik. Deutschland könnte sich durch diese Pipeline einen weiteren direkten Weg zu russischen Gasvorkommen sichern, die neue Ostsee-Pipeline steht für den Gastransport bereit. Es fehlte nur noch die hinausgezögerte Betriebsgenehmigung der deutschen Behörden. Die Bundesregierung hat diese jedoch gestoppt. Bis zu 55 Milliarden Kubikmeter Gas sollten künftig pro Jahr durch die neue Pipeline geleitet werden – ohne Umwege über Transitländer und über eine Strecke von rund 1230 km mit nun zwei parallelen Strängen auf dem Grund der Ostsee, vom russischen Ust-Luga bis zur Anlandestation in Lubmin bei Greifswald. Hinzu kommt das vorhandene Pipeline-System durch die Ukraine.

Bisher löste LNG selbst bei den Grünen nur Augenrollen aus, zu teuer und zu umständlich. Flüssiggas-Terminals wurden kritisch gesehen, weil das Gas, welches aktuell vorwiegend aus den USA kommt, dort durch Fracking generiert wird. Pro Kilowattstunde Gas hat man dann so hohe Emissionen wie hier von Kohle. Der Energieaufwand beim Verflüssigen und beim Zurückvergasen an speziellen LNG-Terminals drückt also kräftig auf die Ökobilanz und treibt die Preise in die Höhe, was wohl nun aber keine Rolle mehr spielt. Hinzu kommt, daß

das Gas durch Schiffe transportiert wird, die Diesel verbrennen. Nun klagt man, daß Deutschland bislang der einzige EU-Staat mit Meereszugang sei, der keinen eigenen LNG-Terminal hat. Dabei sind Planungen bereits in vollem Gange. Bis 2026 soll im Hafen von Stade der Hanseatic Energy Hub mit einem Kostenpunkt von insgesamt 800 Millionen Euro entstehen.

In ganz Europa gibt es derzeit gerade einmal 25 Terminals – zu wenig, um den Kontinent dauerhaft mit US-Gas zu versorgen: Bei voller Auslastung könnten alle LNG-Terminals nur die Hälfte des europäischen Gasbedarfs decken. Die USA sind weltgrößter Exporteur von LNG-Flüssiggas, Katar liegt (noch) an zweiter Stelle, das Emirat sitzt aber auf den größten unterseeischen Gasfeldern der Welt. 2020 haben mehr als eintausend Cargo-Schiffe mit flüssigem Erdgas die USA verlassen, die Hälfte davon ging nach Asien, ein Drittel nach Europa. Unter Experten herrscht große Uneinigkeit, ob die Amerikaner den Ausfall der Lieferungen aus Rußland schnell und vollständig kompensieren könnten. Daß man eine Abhängigkeit in eine andere tauscht, spielt offenbar keine Rolle. Auch wäre der Bedarf nicht völlig gedeckt, heißt es, und Europa wäre noch auf weitere Importe aus Katar und Nigeria angewiesen. Die angestrebte „Unabhängigkeit“ von Rußlands Gas ist aber nur ein (nicht billiger) Vorwand. Immer wieder stellen sich die USA als Alternative dar, denn durch Fracking fördern sie große Mengen an Erdgas, die exportiert werden sollen. Anders als andere Exporteure bieten sie es flexibel auf dem Markt an, und als Verbündeter sollte man natürlich Flüssig-Trecker-Gas kaufen. Können die Deutschen aber einfach das russische Pipeline-Produkt gegen Flüssiggas „Made in USA“ tauschen? Ganz so einfach ist es nicht, denn einerseits fehlt es an der entsprechenden Infrastruktur für den Import des US-Gases, andererseits würde das Flüssiggas auch gar nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken. Um das Gas transportfähig zu machen, wird es in LNG-Exportterminals auf minus 161 Grad Celsius herabgekühlt. Dadurch schrumpft das Volumen auf ein Sechshundertstel verglichen mit dem gasförmigen Zustand. Wenn der gesamte deutsche Gas-Bedarf mit Flüssiggas gedeckt werden müßte, würde sich eine regelrechte Flut an Megatankern auf den deutschen Gewässern bewegen. Das Flüssiggas wird in bis zu 350 Meter langen Tankern mit einem Fassungsvermögen von umgerechnet 105 Millionen Kubikmeter Erdgas transportiert, und am Anknüpfungshafen muß das flüssige Gas dann am Terminal wieder in seinen ursprünglichen Zustand umgewandelt werden.

Bei allen Unwägbarkeiten steht eines fest: Die Menschen hierzulande werden künftig für Energie, Strom, Benzin, Diesel, Gas und Heizöl tiefer in die Tasche greifen müssen.

Dr. Jens Möller
Rangsdorf

Die Lüge als Herrschaftsinstrument

Die gebräuchlichste und wirkungsvollste Waffe der Herrschenden zur Unterdrückung der Wahrheit ist die Lüge.

Nach dem 2. Weltkrieg hatten die USA die Truman-Doktrin, die sie am 12. März 1947 verkündeten, zur Grundlage ihrer Außenpolitik gemacht. Staaten, die den Antikommunismus auf ihr Schild hoben, bekamen viel Geld von den Freunden in Washington. Aus Mittelamerika hatte man mit Hilfe der amerikanischen „United Fruit Company“ einen Staatenbund von Vasallen geschaffen, die sogenannten Bananen-Republiken. Dort bestimmte die CIA, wer die Regierung führen durfte. Aus Kuba machten die USA mit Hilfe des Diktators Fulgencio Batista ein riesiges Bordell und Spielcasino, in denen die Superreichen und die Mafia ihre Gelder „waschen“ konnten, um keine Steuern zahlen zu müssen. Zum Jahreswechsel 1959/60 jedoch war Schluß damit. Die kubanischen Guerilla-Kämpfer unter Fidel Castro und Ernesto „Che“ Guevara jagten diese Parasiten aus dem Land. Da aber die USA die kleine Insel als US-Protectorat betrachteten, war es natürlich ein Verbrechen, als Castro alles, was die US-Amerikaner in Kuba gestohlen hatten und nicht mehr aus dem Land schaffen konnten, dem Volk zurückgab. Mit der Operation „Zapata“ am 15. April 1961 wollte die CIA auf persönlichen Befehl John F. Kennedy die neue Regierung stürzen und den alten Zustand wieder herstellen. In der „Schweinebucht“ endete der Überfall mit dem Tod oder der Gefangennahme der Invasoren. In den darauffolgenden Jahren gab es – stets angeordnet vom jeweiligen Chef der „größten Demokratie der Welt“ – hunderte von Mordversuchen an Kubas Präsidenten Fidel Castro. Ab 1959 hatte die NATO begonnen, atomare Mittelstreckenraketen vom Typ „Jupiter“ in Italien (Apulien) und dann in der Türkei, direkt an der Grenze zur Sowjetunion, aufzustellen. Daß sich die UdSSR bedroht fühlte, liegt auf der Hand. Also stationierte die Sowjetunion zum Schutz gegen einen atomaren US-Erstschatz auf Kuba ebenfalls Kurz- und Mittelstreckenraketen. Aber wie das so ist: Wenn Zwei das gleiche tun, ist es

noch lange nicht dasselbe. Und so griff man zum altbewährten Mittel der Lüge und erfand das Märchen von der angeblich durch die UdSSR verursachten „Kuba-Krise“. Doch es waren die USA, die die Welt an den Rand eines Atomkrieges brachten. Am 27. Oktober 1962 nahm Chruschtschow das Angebot Robert Kennedys an, die NATO-Atom-Raketen abzugeben, wenn die UdSSR das gleiche mit ihren Raketen auf Kuba tun würde. Und damit Kennedy nicht als Verlierer dastehen sollte, würde der US-Abzug still und heimlich erfolgen. Die Wahrheit erfuhr die Welt erst im Nachhinein.

Die NATO war, ist und bleibt ein aggressives imperialistisches Kriegsbündnis. Der Platz hier reicht nicht, um alle Regierungsumstürze, an denen sich die CIA als Handlanger, Mordbrenner oder Kriegstreiber – stets im Auftrag der jeweiligen US-Regierung – beteiligte oder Politiker mit Millionen kaufte, aufzuzählen. Zu erinnern ist aber an die Vernichtungskriege der USA in Korea und Vietnam, die durch ihre Napalm-Bombardierung von Nord- und Südvietnam auch gleich Laos und Kambodscha und damit ganz Südostasien in ein blutiges Chaos stürzten.

Oder schauen wir nach Chile, wo der frei gewählte Präsident Salvador Allende durch ein mit Hilfe der CIA an die Macht geputschtes Killer-Regime unter Augusto Pinochet ausgetauscht wurde. Oder in den Iran, wo Ministerpräsident Dr. Mohammed Mossadegh durch die Marionetten-Regierung des Schahs ersetzt wurde, nachdem er den Raub der Ölfelder durch die USA und Großbritannien rückgängig gemacht hatte. Unvergessen die Morde an Patrice Lumumba im Kongo, um in der Provinz Katanga an das Kupfer zu kommen und auch an Muammar Gaddafi, durch dessen Tod aus dem funktionierenden Staat Libyen ein Schlachthaus wurde.

Doch die absolute „Krönung“ für Mord, Raub und die Zerstörung eines Staates, dessen Soldaten man sich noch „bedient“ hatte, um den Stellvertreterkrieg gegen den Iran zu führen mit über zwei Millionen Toten auf beiden Seiten, war der Überfall auf den Irak.

Mit der Lüge, Saddam Hussein würde Massenvernichtungswaffen besitzen, was man mit Bildern beweisen wollte, ging es los. US-Außenminister Colin Powell gab sich dazu her, damit die ganze Welt zu belügen. So wie Hitler seinen Sender Gleiwitz hatte, um in Polen die Regierung zu stürzen, hatte Georg W. Bush seine Massenvernichtungswaffen. Die wurden zwar nie gefunden, aber das war ja auch gar nicht wichtig. Es war der Anlaß zu einer nie dagewesenen Mordaktion der US-Armee im Irak. Das Land machte man zu einer einzigen Trümmerwüste, fast 400 000 Menschen verloren ihr Leben. Eine Lüge für einen illegalen Raubkrieg! Die US-Regierung hat diese Lüge noch einmal getoppt. Im 1. Irakkrieg (Kuwait-Invasion) war die Welt erschrocken über die grausamen Folgen der Sanktionen gegen das Land. Unter anderem war die Einfuhr von Milch und Kindernahrung durch die USA unterbrochen worden. Wir erinnern uns an die Bilder: Mütter sind mit kleinen weißen Särgen durch Bagdad zu den Friedhöfen gefahren, um ihre verhungerten und verdursteten Kinder zu begraben. Um der Weltöffentlichkeit zu zeigen, daß die Sanktionen unbedingt nötig waren, holte die CIA eine Krankenschwester vor die Mikrophone und Fernsehkameras.

Das Mädchen schilderte – immer wieder von Weinkrämpfen unterbrochen –, wie sie mit ansehen mußte, daß irakische Soldaten in das Kinderkrankenhaus eindringen, auf der Frühchen-Station die Neugeborenen aus den Brutkästen rissen und auf den Boden warfen, um die Brutkästen zu stehlen.

Doch Reporter fanden heraus, daß dieses brave Mädchen in Wirklichkeit die Tochter des kuwaitischen Botschafters aus Washington war, eingeflogen mit einer Sondermaschine der CIA und gegen eine Zahlung von 100 000 Dollar, die zu dieser Lüge „überredet“ wurde. Der Tod vieler irakischer Soldaten, die von einem Mob gelyncht worden waren, gehen auf das Konto der Erfinder dieser Lüge.

Die Lüge ist die Waffe der Herrschenden. Die unsere heißt: Aufklärung!

Joachim Augustin

Drang nach Osten ungebrochen

Der Beitrag „Regenerativer Drang nach Osten“ im Januar-RF war Anlaß für mich, mich mit den Ursprüngen des Drangs historischer Regenten nach Osten zu befassen. Zu nennen sind hier die Kreuzzüge des Mittelalters, die mit dem Aufruf Urban II. 1099 eine neue Dimension erfuhren. Es ging der katholischen Kirche nicht um die Verbreitung des wahren Glaubens, sondern um Macht und Geld. Bis in die Gegenwart sind die Parolen von Glaubensfreiheit und Menschenrechten nichts weiter als der Deckmantel zur Versklavung ganzer Völker auf allen Kontinenten des Erdballs.

Oder denken wir an Karl den Großen, der heute als Schöpfer eines geeinten Europas auf den Thron gehoben wird. Dabei war er ein Massenmörder. 782 befahl er die als „Blutgericht zu Verden“ in die Geschichte eingegangene Vergeltungsmaßnahme, bei der er ca. 4500 sächsische Gefangene enthaupten ließ. Das hat den zu dieser Zeit amtierenden Papst Leo III. nicht gehindert, ihn 800 n.u.Z. zum Kaiser zu krönen. Sein Auftrag: Die Christianisierung der Heiden östlich des Rheins durchzusetzen, was er mit Kreuz und Knute erbarmungslos tat. Seitdem wird er als Lichtgestalt der europäischen Zivilisation gefeiert.

1812 war es Napoleon, der mit der Hilfe von Österreich und Preußen nach Rußland einmarschierte und trotz der Einnahme von Moskau, militärisch scheiterte.

Der Versuch des deutschen Imperialismus, mit dem 1. Weltkrieg Rußland zu erobern und sich seiner Reichtümer zu bemächtigen, endete mit der Entstehung des ersten sozialistischen Staates der Erde, der Sowjetunion. Der zweite Anlauf war der Überfall des deutschen Faschismus auf die Sowjetunion, der mit einer vernichtenden Niederlage endete. Russische Armeen standen nie am Rhein, die Deutschen aber an der Wolga.

Der britische Premier Winston Churchill – auch eine Ikone westlicher Demokratie – verkündete 1946: „Gentlemen, wir haben das falsche Schwein geschlachtet.“ Auf der Konferenz von Fulton/Missouri im März 1946 fügte er hinzu: „Wir müssen dem Ostblock ein System aufzwingen, das ihm nicht gestattet, seine sozialen Versprechungen gegenüber seinen Völkern zu verwirklichen.“ Das war fortan die Generallinie und das Konzept der Westmächte: Währungsreform von 1948, Gründung der NATO 1949, Einbindung der BRD in die NATO, vor allem die Politik der Stärke, der Wirtschaftssabotage, der atomaren Hochrüstung, der diplomatischen Isolation, der ideologischen Zersetzung und vieles andere mehr. Eine entscheidende Rolle in diesem Kampf der Systeme kam 1978 der Wahl des Kardinals von Krakau, Karel Woityla, zum Papst Johannes Paul II. zu.

Damit hatte man nicht nur nach 500 Jahren einen slawischen Oberhirten gefunden, sondern einen Russenhasser und glühenden Antikommunisten, der den Sturz des real existierenden Sozialismus mit fanatischer Energie betrieb. Gemeinsam mit dem damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan organisierte er

für Polen über die Vatikanbank das gewaschene Geld der Mafia für eine Gewerkschaftsbewegung, die in wenigen Jahren 11 Millionen Menschen erfaßte. Was dann begann und wie es endete, ist bekannt.

Schnell verbreitete man die Legende, der Kalte Krieg sei zu Ende, der Frieden sei ausgebrochen. KPdSU-Generalsekretär Michael Gorbatschow bekam den Friedensnobelpreis und die Menschen freuten sich auf die Schaffung des „gemeinsamen Hauses Europa“. Wir, die Sozialisten, hatten gesiegt, den Frieden erhalten und die weltumspannende Abrüstung eingeleitet, dachten wir.

Der Westen triumphierte. Was man in Jahrhunderten blutiger Kriege nicht erreicht hatte, fiel ihm unter der Flagge der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in den Schoß. Nicht Aggression von außen, sondern Konterrevolution von innen – das war die Erfolgsformel. Nach diesem Rezept wurden die kommunistischen Bewegungen in Europa zerschlagen.

Unter der Führung der USA, Gottes eigenem Land, wurde die Welt neu aufgeteilt. Mit ihren Abwürfen der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki hatten sie eine neue Kategorie

von Kriegsverbrechen geschaffen – die Zerstörung ungeschützter Städte aus der Luft. Das praktizierten die Vereinigten Staaten in Korea, in Vietnam, Jugoslawien, im Irak etc. ungestraft. Man sagt, sie haben durch ihre Eroberungspolitik nach 1945 ca. 40 Millionen Tote auf den Gewissen. Niemand hat sie dafür vor Gericht gestellt.

Heute besteht das Ziel darin, die ehemaligen Sowjetrepubliken am Rande Rußlands erst in die EU und dann in die NATO „wertebasiert“ zu manipulieren. Das Beispiel lieferte Osteuropa, das Baltikum, nun sind Belorußland, die Ukraine, Georgien, Moldawien und die Völker des Nordkavkasus im Visier.

Es gibt kaum ein Land, das nach 1945 diesem Modell in irgendeiner Form standgehalten hätte. Es verkleidete sich als „Arabischer Frühling“, „Blumige Revolution“ oder ganz allgemein als „Regime Change“.

Die Russen haben den Großen Vaterländischen Krieg mit mehr als 27 Millionen Toten nicht vergessen und sie sind eine Atommacht. Ihnen mit Krieg zu drohen, kommt einem Selbstmordversuch gleich.

Peter Pöschmann
Döbeln

Nicht in meinem Namen

Zu erinnern ist an den von Annalena Baerbock im Februar durchgeführten Besuch in der Ukraine, bei dem sie einen Kranz am Gedenkstein für den „Holodomor“ (Tötung durch Hunger) niederlegte. In den 30er Jahren verloren im Zuge der mehrjährigen Dürre und der überzogenen Kollektivierung der Landwirtschaft ca. drei Millionen Menschen ihr Leben. Dies war eine große Katastrophe. Die heutigen Geschichtsschreiber behaupten, es sei Absicht Stalins gewesen, die Ukrainer verhungern zu lassen. Und wenn Stalin genannt wird, sind auch die Russen schuld. Und wenn es gegen Rußland geht, ist die deutsche Außenministerin sofort zur Stelle.

Was sie bei den Gesprächen mit der Kiewer Führung mit keinem Wort erwähnte, waren die acht Millionen ukrainischen Kriegesopfer, davon fünf Millionen Zivilisten und 1,6 Millionen Juden, die im Krieg gegen die deutschen Faschisten ihr Leben lassen mußten. Ihrer gedachte die deutsche Außenministerin nicht mit einem Kranz. Offensichtlich war ihr nicht daran gelegen, an die Opfer zu erinnern, die durch Deutschlands Schuld ums Leben gekommen sind. Immerhin hat die Ukraine ein Viertel ihrer Bevölkerung im 2. Weltkrieg verloren.

Ist der deutsche Außenministerin nicht bewußt, wer heute in Kiew das Sagen hat?

Der rechte Sektor, der führend beim Putsch 2014 auf dem Maidan war, setzt sich aus Hauptkräften der Vereinigung „Dreizack



Parole Baerbock: „Rußland ruinieren.“ Foto: Die deutsche Außenministerin (m.) am 8. Februar an der Front in der Ukraine

namens Stephan Bandera“ zusammen. Bandera wird als Held gefeiert, und seine Verehrer sitzen in der Ukraine heute in Schlüsselpositionen.

Wer war dieser Bandera? Der USA-Historiker Timothy Snyder nannte ihn „einen faschistischen Helden“ und einen Anhänger der „Idee der faschistischen Ukraine“. Bereits 1940 verhandelte Bandera mit der faschistischen deutschen Wehrmacht und verpflichtete sich, zwei Bataillone ukrainischer Nationalisten im Kampf gegen die Rote Armee zu stellen.

Nach Kriegsbeginn 1941 tat er dies. Es waren die Bataillone „Roland“ und „Nachtigal“, die der SS beim Mordfeldzug halfen. Diese ukrainischen Faschisten waren oftmals äußerst brutal, was sich auch im Prozeß gegen Demjanjuk zeigte. Der lebte nach 1945 in den USA und wurde 2009 nach Deutschland überstellt und verurteilt. Warum nach Deutschland und nicht in sein Geburtsland Ukraine?

Viele DDR-Bürger haben, wie ich, in der Sowjetunion studiert, gearbeitet oder sich erholt. Sie wissen, daß die Menschen friedlich zusammenlebten und niemand fragte danach, ob sie Russen, Ukrainer oder Letten waren. Sie alle verständigten sich untereinander in russischer Sprache, die heute verboten ist. 40 Prozent der in der Ukraine lebenden Menschen sind Russen. Sie werden

nun gezwungen, ukrainisch zu sprechen. Hat die Außenministerin in Kiew dagegen protestiert, daß Russen ihre Muttersprache nicht sprechen dürfen? NATO-Truppen stehen an russischen Grenzen. Soll Rußland noch einmal zusehen, wie sein Untergang vorbereitet wird?

Die USA und die NATO sind es, die mit dem Feuer spielen. Und Deutschland macht mit. Nicht in meinem Namen, Frau Baerbock!

Dieter Winderlich
Papenburg

Die vergessene humanitäre Katastrophe

Eine internationale Kampagne fordert die westlichen Mächte, darunter Deutschland, zur Freigabe eingefrorener Gelder der afghanischen Zentralbank für den Kampf gegen die aktuelle Hungersnot in Afghanistan auf. Wie es in einem Offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz heißt, den die Kampagne United Against Inhumanity (UAI) Anfang März publiziert hat, soll Berlin den Teil der afghanischen Zentralbankreserven umgehend freigeben, der in Deutschland liegt.

Besatzungsökonomie ohne Besatzer

Die aktuelle Hungersnot in Afghanistan hat mehrere Ursachen. Zum einen leidet das Land unter einer der gravierendsten Dürreperioden seit Jahrzehnten. Zum anderen hat die Covid-19-Pandemie tiefe Spuren hinterlassen. Vor allem aber ist die afghanische Wirtschaft mit dem überstürzten Abzug der westlichen Mächte im August 2021 kollabiert. Dem Westen ist es in der fast 20-jährigen Besatzungszeit nicht gelungen, am Hindukusch eine eigenständige Ökonomie aufzubauen; Afghanistan blieb in hohem Maß von Zahlungen aus dem Ausland abhängig, die bestimmte Sektoren aufblähten – beispielsweise Dienstleistungen für die westlichen Truppen und für ziviles Personal aus dem Westen – und die darüber hinaus die Korruption begünstigten: typische Merkmale einer nicht tragfähigen Besatzungsökonomie. Während die auswärtigen Hilfsgelder im unmittelbaren Umfeld der westlichen Besatzer landeten oder von korrupten Funktionären ins Ausland transferiert wurden – oft etwa in die Vereinigten Arabischen Emirate –, verarmte die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Mit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 stellten die westlichen Staaten die Hilfszahlungen ein; dies entzog der afghanischen Besatzungsökonomie den Boden.

Fatale Sanktionen

Den endgültigen Todesstoß haben der afghanischen Wirtschaft allerdings die Sanktionen versetzt, die ursprünglich gegen die Taliban verhängt wurden, nach deren Machtübernahme nun aber faktisch den kompletten Staatsapparat treffen. Unter anderem ist Afghanistan vom Zahlungsdienstleister SWIFT und damit vom globalen Finanzsystem abgeschnitten – mit gravierenden Folgen nicht nur für allerlei privatwirtschaftliche Tätigkeiten, sondern insbesondere auch für Hilfsorganisationen, denen es nun nicht mehr möglich ist, Hilfsgelder auf dem üblichen Weg ins Land zu transferieren. So muß etwa die Welthungerhilfe, wie Thomas ten Boer, ihr Landesdirektor für Afghanistan, berichtet, „mit Bargeldvermittlern“ – einheimischen Geldwechslern und -kurieren – arbeiten: „ein großer Hemmschuh“, erläutert ten Boer, „denn wir müssen jeden einzelnen auf Verbindungen zu Geldwäsche oder zur Finanzierung von terroristischen Aktivitäten prüfen“. Dies sei wegen internationaler Richtlinien sogar dann unumgänglich, „wenn sämtliche Geldwechsler von der Regierung überprüft und offiziell zertifiziert und zuverlässig sind“. Die

Forderung, den Ausschluß Afghanistans von SWIFT aufzuheben, um reguläre Finanztransfers wieder zu ermöglichen, prallt bislang an den westlichen Mächten ab.

Eingefrorene Reserven

Hinzu kommt, daß die westlichen Staaten im Sommer 2021 die Reserven der afghanischen Zentralbank (Da Afghanistan Bank, DAB) eingefroren haben – 7 Milliarden US-Dollar in den USA, rund 2,1 Milliarden US-Dollar vor allem bei Banken in Europa, zum Teil auch in Deutschland. Die Folgen sind fatal. So hat die



Maßnahme, wie die internationale Kampagne United Against Inhumanity (UAI) schreibt, dazu geführt, daß die afghanische Zentralbank ihre Funktion nicht mehr angemessen ausüben kann. „Weitreichende (...) Störungen im Banken- und Handelssektor“ sind demnach die Folge; Afghanen, die etwa „im Gesundheits- und Bildungswesen beschäftigt“ sind, können keinen Lohn erhalten und haben zudem „keinen Zugang zu ihren Lebensersparnissen“ mehr. Die dramatische Liquiditätskrise steht jeglichem ökonomischen Wiederaufbau des Landes im Wege und verschärft die ohnehin verheerende Armut am Hindukusch. Mittlerweile sind nach Angaben der UNO bei einer Gesamtbevölkerung von knapp 42 Millionen Menschen fast 23 Millionen Afghanen von akutem Hunger bedroht; 13 Millionen Kinder sind auf humanitäre Hilfe angewiesen; knapp vier Millionen Kinder sind unterernährt. Die Vereinten Nationen warnen vor „einer der umfassendsten humanitären Krisen, die die Welt je sah“.

Kolonialer Diebstahl

Besondere Empörung hat hervorgerufen, daß US-Präsident Joe Biden mit einer Executive Order vom 11. Februar das in den Vereinigten Staaten liegende Vermögen der afghanischen Zentralbank beschlagnahmt hat. Die Hälfte davon soll genutzt werden, um Angehörigen der Terroranschläge vom 11. September 2001 Entschädigung zu zahlen. Faktisch wird damit Afghanistans Bevölkerung für ein Verbrechen haftbar gemacht, das andere – Jihadisten der Terrororganisation Al Qaida – begangen haben; dies zudem zu einer Zeit, in der das

Land in einer Hungersnot zu versinken droht. In Afghanistan hat die Maßnahme umgehend breite Protestdemonstrationen ausgelöst; der einstige afghanische Präsident Hamid Karzai hat sie „ungerecht und unfair und eine Gräueltat gegen die afghanische Bevölkerung“ genannt. Wie Shah Merabi, ein Vorstandsmitglied der afghanischen Zentralbank und Professor für Wirtschaftswissenschaft am Montgomery College im US-Bundesstaat Maryland, berichtet, stufen zahlreiche Afghanen den Schritt als ordinären „Diebstahl“ ein; manche kritisieren die Vereinigten Staaten

inzwischen völlig offen als „Kolonialmacht“, die „Diktate“ oktroyiert und darüber hinaus „die Rücklagen der Bevölkerung stiehlt“.

Vom Hungertod bedroht

Die UAI hat in der vergangenen Woche eine Kampagne gestartet, die das Ziel verfolgt, die Freigabe der Reserven der afghanischen Zentralbank zu erreichen – ein Schritt, der die westlichen Regierungen wenig kosten würde, für die afghanische Bevölkerung jedoch eine große Erleichterung wäre, weil er als Voraussetzung für den Wiederaufbau der afghanischen Wirtschaft gilt. Die Kampagne richtet sich ausdrücklich nicht nur an die US-Administration, sondern, weil ein Teil der afghanischen Zentralbankreserven in Deutschland liegt, auch an Bundeskanzler Olaf Scholz. Wie es in einem Offenen Brief an Scholz heißt, den die UAI Anfang März veröffentlicht hat, sind UN-Angaben zufolge „8,7 Millionen verarmte afghanische Bürger vom Hungertod bedroht; einer Million Kindern droht in diesem Winter der Tod“. Schiere Not treibe verzweifelte afghanische Familien inzwischen dazu, ihre Kinder, die sie nicht mehr ernähren können, „im Tausch gegen Lebensmittel“ zu verkaufen. Die UAI und diverse prominente Unterzeichner fordern Scholz auf: „Erlauben Sie der DAB, einer unabhängigen, erfahrenen und glaubwürdigen Zentralbank, Mittel aus den nationalen Reserven Afghanistans abzurufen, die bei Banken in Deutschland gehalten werden.“ Berlin ist der Forderung bislang nicht gefolgt.

Quelle: [german-foreign-policy.com](https://www.german-foreign-policy.com/), 15.3.2022

Fortschrittskräfte Lateinamerikas vor neuen Herausforderungen

Am 4. Februar 2015 hielt der Gründer und Direktor des führenden privaten US-amerikanischen Think Tank STRATFOR, George Friedman, einen Vortrag vor dem „The Chicago Council on Global Affairs“ über die geopolitischen Hintergründe der damaligen Ukraine-Krise. Dort sagte er: „Das Hauptziel der Vereinigten Staaten seit einem Jahrhundert war, das Bündnis zwischen Rußland und Deutschland zu verhindern ...“ In Europa haben die USA-Strategen ihr Ziel erreicht: Es wird vorerst kein Bündnis zwischen Rußland und Deutschland geben. Dafür sind Rußland und China eine Partnerschaft eingegangen, die den USA große Sorgen bereitet.

Die drastische Antwort Moskaus auf die Pläne der USA und Westeuropas in bezug auf die Ukraine und die Osterweiterung der NATO, trifft nicht nur Europa, sie trifft auch Lateinamerika, das Washington seit 1832 für sich beansprucht. Putin telefonierte vor dem Eingriff in der Ukraine mit den Präsidenten Kubas, Venezuelas und Nicaraguas. Auf dem lateinamerikanischen Kontinent verfolgen die fortschrittlichen sozialen und politischen Bewegungen sehr aufmerksam die Entwicklungen in Europa, die zu Kriegen in Jugoslawien und jetzt in der Ukraine führten. Sie sind gegen Invasionen, denn das Imperium des Nordens bedroht sie damit ständig. Andererseits verstehen sie, wenn Rußland seine Souveränität und die der Republiken von Lubansk und Donezk schützen will. Sie wissen, daß die Ukraine seit Jahren Krieg gegen die unabhängigen Republiken des Donbass führt. Die Fortschrittskräfte Lateinamerikas und der Karibik kennen die Doppelmoral der USA und Europas. Als sie in den Wahlkämpfen der letzten Jahrzehnte zulegten, schlugen die einheimischen Oligarchien und das Imperium aus dem Norden, die in wilder Ehe miteinander leben, zurück. Die CIA entwarf das reaktionäre Konzept „Lawfare“, das auch den Einsatz des Gesetzes als Waffe vorsieht, um die Wahlsiege der Fortschrittskräfte zu unterminieren. Das letzte Mittel ist der Militärputsch. „Lawfare“ wurde das erste Mal 2009 beim Militärputsch gegen den Präsidenten von Honduras Manuel Zelaya angewandt. „Lawfare“ brachte in Argentinien Cristina Fernández und in Ecuador Rafael Correa zu Fall. Beide gehörten zur Präsidentengruppe, die zusammen mit Fidel Castro und Hugo Chávez 2004 ALBA und 2010 CELAC gründete. „Lawfare“ stand Pate, als sich im Januar 2019 Juan Guaidó zum Interimspräsidenten Venezuelas erklärte. Die USA, 54 abendländische Verbündete und das Generalsekretariat der OAS erkannten ihn sofort an. Die Reaktionäre Boliviens raubten im Herbst 2019 unter Anwendung von „Lawfare“ Evo Morales den Wahlsieg.

In Brasilien, im größten Land Lateinamerikas und sechstgrößten Land der Welt, entstand 1984 die „Bewegung der Landarbeiter

ohne Boden“ (MST). Diese inzwischen kraftvoll gewordene Bauernorganisation mit marxistischer Orientierung unterstützte Arbeiterführer Luiz Inácio „Lula“ da Silva, Gründungsmitglied der Arbeiterpartei (PT), damit er 2002 und 2006 die Wahlen gewinnt. Präsident „Lula“ setzte das soziale Projekt „Null Hunger“ in Gang, mit dem Ziel, mehr als 20 Millionen Menschen aus der extremen Armut zu holen. In dieser Zeit wurde die soziale Ungleichheit wie nie zuvor in der Geschichte Brasiliens bekämpft. Das alles war für die



einheimische Reaktion zu viel des Guten. 2016 putschten die Rechten im Kongreß mit Hilfe falscher Anschuldigungen, die „Hausstandsordnung verletzt zu haben“, gegen Präsidentin Dilma Rousseff. Zwei Jahre später konstruierte Richter Sergio Moro einen „kriminellen Fall“, um „Lula“ zu verurteilen und einzusperren. Das gleiche Gericht, das „Lula“ verurteilte, hob dieses Urteil wieder auf. „Lula“ brachte 19 Monate im Gefängnis zu. „Lawfare“ hatte den Weg zur Präsidentschaft für Diktator Jair Bolsonaro freigemacht.

In den vergangenen vier Jahren erzielten die Fortschrittsbewegungen in Mexico, Argentinien, Bolivien, Peru, Honduras und Chile bemerkenswerte Wahlsiege. Es gelang ihnen, breite Bündnisse zu schaffen, die von der durch die neoliberale Welle verarmten Bevölkerung massiv unterstützt wurden. Sie traten mit Wahlprogrammen auf, die ihre Prioritäten im Frieden, in der nationalen Souveränität und im demokratischen Sozialismus als die bessere Alternative für die Bevölkerung sehen. Die Rechten antworteten. Sie versuchten, die Operation „Lawfare“ bei der Auflösung der politisch gespaltenen Kongresse in Bolivien, Peru und Honduras anzuwenden. Die neuen Regierungen konnten zusammen mit den politischen und sozialen Bewegungen ihrer Länder die Angriffe abwehren. Vieles weist darauf hin, dass im kommenden Mai in Kolumbien der Ex-Guerrillero und Universitätsdozent für Wirtschaft Gustavo Petro für die starke Koalition „Historischer Pakt“ die Präsidentschaftswahlen gewinnen könnte. Gleiches könnte „Lula“ im September in Brasilien schaffen. Beide Länder sind von strategischer Bedeutung für Lateinamerika und die Karibik. Sollten die Prognosen zutreffen, würde ab September 2022 die Mehrheit der lateinamerikanischen Nationen von

Koalitionen der Hoffnung regiert. Mit Kolumbien würde Washington seine treueste Bastion in Südamerika verlieren.

Anfang Januar 2022 tagten in Buenos Aires die Außenminister der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC). Argentinien übernahm von Mexico den turnusmäßigen Vorsitz für die Periode 2022/2023. Der Wechsel garantiert die Kontinuität dieser geopolitisch bedeutsamen Gemeinschaft. CELAC ist eine kräftigere Gruppierung als die gescheitert Lima-Gruppe oder ProSur, die den Putsch in Venezuela unterstützen wollten. Als sicher gilt, dass der antiimperialistische Kampf Kubas, Venezuelas und Nicaraguas weitergehen wird.

Das ermutigende politische Panorama Lateinamerikas nervt die Ultrarechten der Region und ihre Herren im Norden. Die Fortschrittskräfte Lateinamerikas und der Karibik wissen, daß sie wachsam sein müssen. Die Operation „Lawfare“, dieser neoliberale und faschistische Ansturm, ist zunächst gescheitert. Die

Fortschrittskräfte sind gewarnt. Sie sind bereit, ihre Errungenschaften zu verteidigen. Sie wollen auf den Straßen und Plätzen eine massive Antwort geben und alle Methoden des Kampfes für ihre Sache nutzen. Sie wissen, daß sie die Selbstverteidigung der politischen und sozialen Fronten in den Griff bekommen müssen und daß es ihnen gelingen muß, nach der Regierungsübernahme die Streitkräfte zu gewinnen. Das ist nicht einfach, denn die Kommandos befinden sich in den meisten Ländern in den Händen der Söhne der Oligarchen und bürgerlicher Kräfte. Die mörderische Alternative der militärischen Intervention und des Putsches wird von den reaktionärsten Kreisen bereits erwogen. In Chile lassen die extremen Rechten auf öffentlichen Foren ihre revanchistischen Absichten erkennen. Sie beginnen, den Wahlsieg des früheren Studentenführers Gabriel Boric mit dem von Salvador Allende zu vergleichen. Sie reden von der „Unausweichlichkeit“ eines Putsches á la Pinochet. Der Triumph der Fortschrittskräfte bereitete ihnen eine schmerzhaft Niederlage und machte sie hysterisch. José (Papo) Coss, Historiker und Sozialaktivist, schätzte auf teleSUR ein: „Die Fortschrittskräfte Lateinamerikas und der Karibik kennen die gefährliche Option ‚Lawfare‘. Sie mobilisieren die arbeitenden Massen, um die erreichten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften zu verteidigen. Sie wissen, daß sie nicht nachlässig sein dürfen, denn die ultrarechten Kreise verweilen nicht mit verschränkten Armen. ‚Lawfare‘ zu zerschlagen ist eine kontinentale Aufgabe. Der neoliberale und faschistische Mob ist bereit, seine letzte Reserve, den Militärputsch, einzusetzen.“

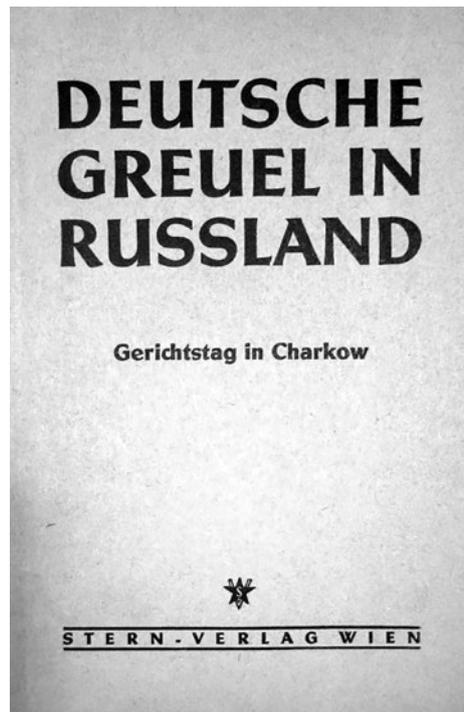
Wolfgang Herrmann
Dreesch

Aus dem Leben des ukrainisch-jüdischen Flüchtlings Leo Stern

Der in Woloka geborene Leo (Jonas Leib) Stern (1901–1982) hat als Gymnasiast der vierten Klasse am deutschen Gymnasium in Czernowitz die Kehrseite der österreichischen Gemütlichkeit in der habsburgischen Bukowina kennengelernt. Joseph Roth (1894–1939) schildert, wie die dort stationierte k. u. k. Armee ihre Militärjustiz im Sommer 1914 zu Beginn des imperialistischen Weltkrieges eingesetzt hat: „Tagelang hingen die echten und die vermeintlichen Verräter an den Bäumen auf den Kirchplätzen, zur Abschreckung der Lebendigen“. Die jüdische Familie Stern flüchtete zu Beginn des Sommers 1916 wegen der von den zaristischen Truppen befürchteten Pogrome nach Österreich, wo sie zuerst im Salzburger Flüchtlingslager Grödig Unterkunft fand. Leo Stern konnte das Gymnasium in Salzburg besuchen. Die drei letzten Gymnasialklassen absolvierte er in Czernowitz, das jetzt zu Rumänien gehört (Cernăuți). Das Universitätsstudium nahm Leo Stern mit dem Wintersemester 1921/22 an der Wiener rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät auf und beendete es unter Vorlage einer Dissertation über den universalistischen Gedanken im Merkantilismus als 23-jähriger mit dem Doktorat der Staatswissenschaften. (...)

Leo Stern beteiligte sich als Referent der Wiener Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und als Kursleiter in der Volkshochschule Ottakring an den Perspektiven eines demokratischen Österreichs. Die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung wollte sich aber doch lieber mit den faschistischen Kräften arrangieren, wobei die Meinungsmanipulation durch die Massenmedien schon damals einen verheerenden Einfluß ausübte. Nach den Februarkämpfen 1934 mußte Leo Stern, der am Kampf der Arbeiter in Wien teilgenommen hatte, aus Österreich fliehen und gelangte über die Tschechoslowakei (1935) in die Sowjetunion, die ihn als österreichischen Asylwerber anerkannte. 1937 meldete sich Leo Stern wie viele Österreicher zu den gegen den Faschismus in

Spanien kämpfenden internationalen Brigaden. In deren Reihen kämpften auch seine Brüder Manfred Stern (1896–1954), der mit dem Namen „General Kleber“ als Verteidiger von Madrid berühmt wurde, und Wolf Stern (1897–1961). Ab April 1938 war Leo



Stern wieder in Moskau. Nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion kam er mit anderen Mitgliedern der Kommunistischen Internationale vom bedrohten Moskau in die östlich gelegene baschkirische Stadt Ufa. Dort wurde er mit anderen schriftstellerisch begabten Genossen wie Erich Weinert (1890–1953) oder Johannes R. Becher (1891–1958) beauftragt, für die deutschen Soldaten an der Front Aufklärungsschriften verschiedenster Art über die Hintergründe der deutschen Offensive im Osten zu schreiben. Als einer der ersten von dieser Gruppe wurde Leo Stern im Sommer 1942 an der Front eingesetzt. (...) Stern kam als Offizier der Roten Armee an die Südwestfront und blieb mit seiner Einheit bei Charkow zuerst stecken. Von Charkow, das erst im Sommer 1943 befreit wurde, über Stalingrad, dann über die Ukraine, Rumänien und Ungarn, zuletzt im Range eines Obersten der Roten Armee, ist Stern nach Wien gelangt. Überall sind ihm die von Adolf Hitler (1889–1945) früh propagierten und von der deutschen Wehrmacht und ihren Knechten praktizierten Werte deutsch-europäischer Kultur begegnet. (...) Im befreiten Wien hat Leo Stern 1945 die Broschüre „Deutsche Gräuel in Rußland. Gerichtstag in Charkow“ herausgegeben und verbreiten lassen. An diese muß erinnert

werden, wenn heute mit Zuschauern der Mitgliedsländer der Europäischen Union an den Bäumen der Ukraine wieder Russen hängen sollen. Charkow steht am Anfang einer ganzen Kette von entsetzlichen Verbrechen, die die deutsche Wehrmacht gegenüber der russischen und ukrainischen Zivilbevölkerung begangen hat. Am 15. Dezember 1943 hat in Charkow ein dreitägiger Prozeß vor einem sowjetischen Kriegsgericht der 4. Ukrainischen Front gegen drei Wehrmachtangehörige und einen russischen Mittäter stattgefunden, der im Grunde Vorbild für die Nürnberger Prozesse (1945–1949) wurde. Das mit der Stern-Broschüre veröffentlichte stenographische Protokoll dieses Prozesses dokumentiert mit Belegen und Zeugenaussagen die Ungeheuerlichkeiten deutscher Besatzung. Erstmals verwendeten die Deutschen große geschlossene Kraftfahrzeuge, in die sowjetische Bürger hineingetrieben und durch Einleitung von Kohlenoxyd vergiftet wurden. Während der deutschen Besetzung von Charkow und seines Gebietes sind mehr als 30 000 friedliche sowjetische Bürgerinnen und Bürger mit Kindern erschossen, gehängt, lebendig verbrannt oder durch Kohlenoxyd vergiftet worden. (...)

Der Stern-Verlag Wien hat seine Charkow-Broschüre in deutscher Sprache veröffentlicht, weil er der Meinung war, er würde so einen Beitrag zum Frieden leisten: „Wer in Österreich Soldaten oder Offizieren der Roten Armee begegnet und diese Menschen, deren Heldennut auch unser Land seine Errettung und Befreiung zu verdanken hat, verstehen will, der möge daran denken, daß diese Männer Angehörige jener Frauen und Kinder, jener alten gebeugten Mütter und Väter sind, die zu Hunderttausenden von den deutsch-faschistischen Schergen in den Städten und Dörfern Rußlands und der Ukraine viehisch abgeschlachtet wurden. Und auch darauf möge niemand in Österreich vergessen, daß unser österreichisches Volk nicht frei von Mitschuld ist an den grausamen Mordtaten, die auf deutsches Kommando an der sowjetischen Zivilbevölkerung verübt wurden.“ (Vorwort, S. 2).

Der ukrainische Kommunist Leo Stern konnte sich nicht besonders viel Hoffnung auf einen angemessenen Wirkungskreis in Österreich machen. 1951 nahm er die Möglichkeit wahr, in die Deutsche Demokratische Republik zu übersiedeln, um dort als marxistischer Historiker für die Erhaltung des Friedens zu wirken. Leo Stern hat mit seiner Biografie einen solidarischen Ausweg aus der barbarischen Welt des Kapitalismus mit ihren Eigentumsverhältnissen vorgelebt. Sich an solche historischen Wahrheiten zu erinnern, sollte gerade in Kriegzeiten wie diesen nützlich sein.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Wir berichtigen das im März-RF, S. 27, von Walter Victor wiedergegebene Zitat:

Das letzte Wort

Einen Menschen lieben heißt wünschen und alles dazu tun, daß er glücklich sei. Wie und durch wen immer. Alles andere ist keine Liebe, sondern Ichsucht, Besitzgier. Freude dem anderen ist wahres Eigentum.

Walther Victor

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Die russische Revolution von 1905 bis 1907

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

8. September 1977

Das Manuskript zu diesem Beitrag habe ich wenige Tage nach meiner Rückkehr von einer Studienreise in die Sowjetunion niedergeschrieben. Ich war an der Lenin-Universität in Minsk, mit der wir seit vielen Jahren durch einen Freundschaftsvertrag verbunden sind. Das hat mir diese Stadt und ihre Menschen besonders vertraut gemacht.

Zu den Stätten, die ich in Minsk besonders gern aufsuche, zählt ein kleines Holzhaus, das diejenigen von Ihnen, die schon einmal in der Hauptstadt der Belorussischen SSR waren, sicherlich ebenfalls kennen. Es gehörte dem sozialdemokratischen Eisenbahner P. W. Rumjanzew und war 1898 der geheime Tagungsort für den I. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Jedesmal, wenn ich den kleinen Seitenraum betrachte, in dem sich damals neun Personen zusammenfanden, um die SDAPR zu gründen, wird mir bewußt, wie unscheinbar Prozesse in der Geschichte einsetzen können, die bereits wenig später eine weltweite Wirkung haben.

Die revolutionäre Bewegung im zaristischen Rußland fand um die Jahrhundertwende zwar eine große internationale Beachtung und Sympathie; aber es gab nicht wenige führende Sozialdemokraten in Deutschland und in anderen westeuropäischen Ländern, die sie hinsichtlich ihrer Bedeutung völlig unterschätzten und ihren Lehren jede Allgemeingültigkeit absprachen. Als der Bolschewik M. N. Ljadow 1903 in Berlin den „Vorwärts“, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, aufsuchte und dem leitenden Redakteur regelmäßig Korrespondenzen über die Arbeiterbewegung in Rußland und die Auseinandersetzungen in der SDAPR zur Verfügung stellen wollte, beschied ihm dieser, daß das nicht sehr oft geschehen könnte! „Der ‚Vorwärts‘ kann der ausländischen Bewegung nicht sehr viel Platz widmen, insbesondere nicht der russischen, die noch sehr jung ist und der reifen deutschen Bewegung so wenig zu geben vermag. Denn, sehen Sie doch selbst, teurer Genosse, alles das existiert doch mehr in Ihrer Einbildung als in der Wirklichkeit. Kann man denn im Ernst von einer sozialdemokratischen Bewegung bei Ihnen in Rußland sprechen?“

Tatsächlich war es aber so, daß man damals nicht nur davon sprechen konnte, sondern sprechen mußte; denn das zaristische Rußland war zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Brennpunkt aller Widersprüche des

Imperialismus geworden. Auf dem Volk lastete hier ein besonders schweres Joch. Seine Lage wurde durch die rücksichtslose Ausbeutung und die antinationale Unterdrückungspolitik des Zarismus sowie durch die von westlichen Imperialisten betriebene Ausplünderung immer unerträglicher. Streiks, politische Demonstrationen, Bauernunruhen, revolutionäre Bewegungen der Studenten und anderer Teile des Volkes kündeten davon, daß sich Rußland am Vorabend einer Volksrevolution befand und daß sich das Zentrum der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung von Deutschland nach Rußland verlagert hatte.

In der Arbeiterklasse, in den Bauernmassen und den anderen werktätigen Schichten fand die Losung „Nieder mit der zaristischen Selbstherrschaft!“ einen großen Widerhall. Er verstärkte sich, als Anfang 1904 der Russisch-Japanische Krieg ausbrach. Die wirtschaftliche Lage des Volkes verschlechterte sich noch mehr; zugleich wurde sichtbar, wie durch und durch verrottet die gesamte zaristische Staatsordnung war. Dieser Krieg trug entscheidend dazu bei, daß sich die Situation in Rußland zu einer revolutionären Krise zuspitzte. Das führte schließlich zur Revolution. Sie begann am 9. Januar 1905 in Petersburg, als über 140 000 Menschen mit Kirchenfahnen, Heiligen- und Zarenbildern zum Winterpalais zogen. Sie wollten dem Zaren eine Bittschrift über ihre Nöte überreichen. Ihr naiver Glaube an dessen „Güte“ und „Gnade“ wurde jedoch auf furchtbare Weise enttäuscht. Die Zarenregierung ließ auf den unbewaffneten Menschenzug schießen – die Folge war ein entsetzliches Blutbad.

Der Petersburger „Blutsonntag“ wurde zum Fanal einer Revolution, die ihrem Charakter und ihren Aufgaben nach eine bürgerlich-demokratische war. Vor ihr stand die Aufgabe, die zaristische Selbstherrschaft zu stürzen, den gutsherrlichen Grundbesitz und andere Überreste des Feudalismus zu beseitigen und eine demokratische Republik zu errichten.

Die russische Revolution von 1905 bis 1907 unterschied sich grundlegend von den bürgerlichen Revolutionen im 18. und 19. Jahrhundert, die in der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus durchgeführt wurden, in einer Zeit also, da die Bourgeoisie noch eine revolutionäre Klasse war. Die russische Revolution fand dagegen unter ganz anderen historischen Bedingungen statt: Die Epoche des Imperialismus hatte begonnen, der Klassenkampf

war wesentlich entwickelter, und während die Bourgeoisie konterrevolutionär geworden war, hatte sich das Proletariat zu einer selbständigen politischen Kraft formiert, die sich an die Spitze des Kampfes gegen den Zarismus zu stellen vermochte.

In seiner 1905 geschriebenen Arbeit „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ begründete Lenin, weshalb die notwendigen Umgestaltungen nicht auf reformistische, sondern auf revolutionäre Art und Weise erfolgen müssen. Je vollständiger und entschiedener, je konsequenter das Proletariat die bürgerliche Revolution vorantreibt, betonte Lenin, um so gesicherter würde sein Kampf für den Sozialismus sein.¹ Die bürgerlich-demokratische Revolution sei für das Proletariat im höchsten Grade vorteilhaft, weil sie günstige Bedingungen für seine raschere Entfaltung schafft.

Von großer Bedeutung für den revolutionären Kampf war ein enges, vom Proletariat geführtes Bündnis mit der Bauernschaft, die zutiefst an der Lösung der Agrarfrage interessiert war, d. h. an der völligen Vernichtung des gutsherrlichen Grundbesitzes. Nur ein Sieg der Revolution konnte es ihr ermöglichen, sich aus dem Schlamm der halben Leibeigenschaft und der Knechtschaft zu erheben. Aus einer Reserve der Bourgeoisie mußten die Bauern zu Bündnispartnern des Proletariats werden.

Es ist das historische Verdienst Lenins, daß er die marxistische Revolutionstheorie den neuen Bedingungen des Klassenkampfes entsprechend weiterentwickelte. Ein hervorragendes Beispiel hierfür ist das schon genannte Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, in dem Lenin

Vor kurzem 80 geworden, verstarb am 11. März nach einer schweren Operation unser Genosse

Peter Wozniak

Vorsitzender der „RotFuchs“-Regionalgruppe Halle.

Uns erfüllt diese Nachricht mit Schmerz und Trauer. Peter gehörte von Beginn an zu den engagierten und verlässlichen Mitstreitern der „RotFuchs“-Familie. Wir drücken seiner Frau und seiner Familie unser Mitgefühl aus und ehren sein Andenken.

so entscheidende, seitdem für den Kampf der Völker in der ganzen Welt äußerst aktuelle politische und theoretische Fragen ausarbeitete wie die Besonderheiten einer bürgerlich-demokratischen Revolution in der Epoche des Imperialismus, die Triebkräfte und Perspektiven dieser Revolution, die Bedingungen ihres Hinüberwachsens in die sozialistische.

„Bis jetzt“, schrieb Lenin im November 1905 über die große historische Bewährungsprobe seit dem Petersburger „Blutsonntag“, „hat die Revolution alle theoretischen Grundsätze des Marxismus, alle wesentlichen Losungen der Sozialdemokratie stets und ständig gerechtfertigt. Und die Revolution hat auch unsere, die sozialdemokratische Arbeit gerechtfertigt, hat unsere Hoffnung auf den wahrhaft revolutionären Geist des Proletariats und unseren Glauben an ihn gerechtfertigt.“²

Zu dieser Zeit befand sich die Revolution noch in der Phase ihres Aufschwungs, der dann wenig später im bewaffneten Dezemberaufstand in Moskau und in anderen Industriezentren seinen Höhepunkt fand. In dieser Periode prägte sich besonders deutlich ihr Charakter als der ersten Volksrevolution in der Epoche des Imperialismus aus. War sie ihrem sozialen Gehalt nach, wie ich bereits sagte, eine bürgerlich-demokratische, so war sie zugleich hinsichtlich der führenden Rolle der Arbeiterklasse und solcher Kampfmittel wie dem politischen Massenstreik und dem bewaffneten Aufstand eine proletarische Revolution. Erlauben Sie mir die folgenden Zahlenangaben, die sich auf Streiks in Industriebetrieben beziehen, um Ihnen einen Eindruck von den Kämpfen der Arbeiterklasse in der Revolution zu vermitteln: In dem Jahrzehnt vor der Revolution, also von 1895 bis 1904, hatte es hier insgesamt 1765 Streiks mit rund 430 000 Streikenden gegeben. Allein im Jahre 1905 waren dagegen weit über 2,8 Millionen Arbeiter an fast 14 000 Streiks beteiligt; weit mehr als die Hälfte waren politische Streiks.

Zu diesen Kämpfen der Arbeiterklasse kamen zahlreiche Aktionen revolutionärer Bauern und eine Reihe bewaffneter Aufstände in der Roten Flotte und in der Armee. Zu erinnern ist hier vor allem an den Matrosenaufstand auf dem Panzerkreuzer „Potemkin“ im Juni 1905. Mancher von Ihnen wird den berühmten Film

Eisensteins gesehen haben, der diese kühne Tat mit großer Ausdruckskraft und Dramatik schilderte.

Der Moskauer Aufstand vom Dezember 1905 scheiterte, vor allem deshalb, weil die Arbeiter es nicht vermochten, die schwankenden Truppenteile für sich zu gewinnen. Danach nahm die Revolution eine rückläufige Entwicklung. Gegen den sich verstärkenden Ansturm der Reaktion mußten sich die Revolutionäre in heftigen Kämpfen Schritt für Schritt zurückziehen. Während die zunächst verbündete liberale Bourgeoisie nach rechts abschwankte, blieb die Arbeiterklasse Rußlands standhaft. Die von den Bolschewiki geführten Kampfaktionen gegen die Konterrevolution zeigten die gewaltige revolutionäre Energie, die weiterhin im russischen Proletariat vorhanden war. Es widerstand noch anderthalb Jahre sowohl dem brutalen Terror als auch den scheinliberalen Beschwichtigungsmanövern der zaristischen Herrschaft.

Die Revolution endete schließlich mit einer Niederlage. Und dennoch leitete sie eine neue Etappe in der internationalen Arbeiterbewegung ein: Erstmals in der Geschichte war das Proletariat in einer bürgerlich-demokratischen Revolution als Hegemon, als Führer, als entscheidende Triebkraft aufgetreten. Im Unterschied zu allen vorangegangenen Erhebungen hatten Arbeiter und Bauern damit begonnen, gemeinsam vorzugehen. Aber dieses Bündnis – und darin lag der Hauptgrund für die Niederlage der Revolution – dieses Bündnis war spontan zustande gekommen; die revolutionären Kräfte waren zu sehr voneinander isoliert, hatten sich nicht zu einem einheitlichen Strom zusammenfinden können. Zudem war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands gespalten. Wenn die Arbeiterklasse ihrer Rolle als Hegemon der Revolution nicht in vollem Umfange gerecht zu werden vermochte, dann lag das hauptsächlich an der desorganisierenden, versöhnlerischen Taktik der Rechten in der Partei, der Menschewiki. Dennoch vermittelten die Kämpfe 1905 bis 1907 der revolutionären Bewegung in Rußland und in der ganzen Welt eine Reihe entscheidender historischer Erfahrungen, von denen ich hier nur drei andeuten möchte: Sie lehrten erstens, daß es nur durch den

revolutionären Massenkampf möglich ist, die Lage der Arbeiter ernsthaft zu verbessern und in der Verwaltung des Staates wirksame Veränderungen herbeizuführen. Sie bewiesen zweitens, daß es nicht ausreichte, die Macht des Zarismus einzuschränken. Sie mußte vernichtet werden. Und sie zeigten drittens, wie die verschiedenen Klassen des russischen Volkes handelten, d. h. sie zeigten deren wahres Gesicht sowohl hinsichtlich der Triebkräfte der Revolution als auch in bezug auf die ihr feindlichen Kräfte.

Das Proletariat und die Bauernmassen sammelten reiche Erfahrungen. Rückblickend schrieb Lenin: „Jeder Monat dieser Periode kam, was die Unterweisung der Massen wie der Führer, der Klassen wie der Parteien in den Grundkenntnissen der politischen Wissenschaft betrifft, einem Jahr ‚friedlicher‘, ‚konstitutioneller‘ Entwicklung gleich.“³

Der heroische Kampf der Arbeiter und Bauern Rußlands von 1905 bis 1907 löste in der ganzen Welt eine mächtige Welle leidenschaftlicher Sympathie und brüderlicher Solidarität aus. Er gab den Anstoß zu einem neuen Aufschwung der revolutionären Bewegung in Europa und förderte auch entscheidend den nationalen Befreiungskampf der Völker Asiens.

Wenn wir uns auf den 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vorbereiten, uns deren aktuelle Lehren noch umfassender zu eigen machen, dann sollten wir dabei auch die Erfahrungen aus der ersten russischen Revolution berücksichtigen. Nicht zufällig bezeichnete Lenin diese Revolution als „Generalprobe“, ohne die – wie er anderthalb Jahre nach dem Roten Oktober schrieb – „1917 sowohl die bürgerliche Februarrevolution als auch die proletarische Oktoberrevolution unmöglich“ gewesen wären.⁴

Anmerkungen

- 1) Vgl. W. I. Lenin: Werke, Bd. 9, S. 37
- 2) W. I. Lenin, Über die Reorganisation in der Partei; in: Werke, Bd. 10, S. 16
- 3) W. I. Lenin, Der „linke Radikalismus“ ...; in: Werke, Bd. 31, S. 12
- 4) W. I. Lenin, Die Dritte Internationale ...; in: Werke, Bd. 29, S. 299

Am 25. April 1945 begegneten sich sowjetische und US-amerikanische Armeeeinheiten bei Torgau und besiegelten symbolisch das Ende des Zweiten Weltkrieges und die Zerschlagung des Faschismus.

Aus diesem Anlaß findet am **23. April eine Kundgebung um 12.00 Uhr am Brückenkopf/Ostufer Torgau** statt. Anschließend erfolgt eine Demonstration über die Elbbrücke zum Torgauer Markt bis zum Denkmal der Begegnung an der Elbe.

Der Weltfrieden ist heute in höchster Gefahr. Die aggressiven Kräfte in USA und NATO sind dabei, nach Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Syrien, Jemen, Mali wieder einen Weltkrieg herbeizureden und zu planen. Das widerspricht dem Wunsch der Soldaten 1945 an der Elbe: „Die Völker der Erde mögen ihre Differenzen in Zukunft nur mit friedlichen Mitteln austragen.“

Im Schwur von Buchenwald heißt es: „Nie wieder Krieg!“ Die Gründungskonferenz der Vereinten Nationen fand am 25. April

1945 statt. Ihre Charta wurde von 193 Staaten ratifiziert. Darin ist das Ziel des ‚negativen‘ Friedens – die Abwesenheit von militärischer Gewalt – sowie des positiven Friedens festgeschrieben, freundschaftliche Beziehungen auf den Gebieten der Menschenrechte, Wirtschaft und Kultur zu fördern.

Alle, die ein Zeichen für Frieden und Entspannung setzen wollen, sind eingeladen, sich an der Manifestation am 23. April in Torgau zu beteiligen.

Elke und Gerd Brucks, Torgau

Die „RotFuchs“-Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau hat beschlossen, an der Kundgebung am 23. April an der Elbbrücke Torgau teilzunehmen und mit der Niederlegung eines Blumengebüdes an historischer Stätte daran zu erinnern, daß allein Frieden ein unersetzliches Gut ist.

Ronald Wandel, Oberlungwitz

Auf frühen braunen Pfaden

„Staatsschutz“ in der jungen Bundesrepublik

Die wissenschaftliche Untersuchung der NS-Vergangenheit von Bundeseinrichtungen wird seit etwa 15 Jahren verstärkt betrieben. Das Auswärtige Amt gehörte zu den ersten Behörden, über die 2010 eine Studie vorgelegt wurde, die sich mit den Kontinuitäten im Bereich der Diplomaten während der Nazizeit und in den frühen Jahren der Bundesrepublik beschäftigte. Was damals noch mancher als einen Paukenschlag empfand, hat sich inzwischen auch bei der Beschäftigung mit der Geschichte weiterer Einrichtungen auf Bundesebene bestätigt. Dies betrifft unter anderem das Bundesjustizministerium („Die Akte Rosenberg“, 2016), die Studie über das Bundesinnenministerium („Hüter der Ordnung“, 2018) und die Ende vergangenen Jahres veröffentlichte Aufarbeitung der Geschichte der Bundesanwaltschaft. Sie beleuchtet den Staatsschutz im Kalten Krieg und die Rolle, welche „die Bundesanwaltschaft zwischen NS-Vergangenheit, Spiegel-Affäre und RAF“ spielte. Dabei war die Klärung der Frage bedeutsam, „wie es gelingen konnte, das liberale Grundgesetz als Gegenentwurf zum Nationalsozialismus mit demokratischem Leben zu füllen, angesichts der schweren Hypothek, daß die Funktionselementen, nicht zuletzt die juristische, tief in den Nationalsozialismus verstrickt waren“. Auf der einen Seite wurden zahlreiche, auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlichem Belastungsgrad vorhandene ehemalige Nazijuristen in den Dienst der Behörde übernommen, auf der anderen Seite das alte Feindbild wiederbelebt. Diese Situation prägte die oberste Strafverfolgungsbehörde bei ihrer Gründung. Der Kommunismus und die Angst vor einem Umsturz oder einer Unterwanderung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch kommunistisch organisierte Kräfte prägten die Zeit, die Gesetzgebung und Rechtsprechung. An alledem hatte auch die Bundesanwaltschaft ihren Anteil. Sie wirkte mit, als es darum ging, zahlreiche Kommunisten und andere demokratische Kräfte zu kriminalisieren, sie des Hochverrats oder der „Geheimbündelei“ zu beschuldigen und nach dem Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht zu verfolgen und selbst für eine Arbeit in der Partei zu bestrafen, die sie vor dem Verbot ausübten. Dabei wurde dem damaligen 3. (politischen) Strafsenat des Bundesgerichtshofes zugearbeitet. Das berichtigte 1. Strafrechtsänderungsgesetz von 1951, welches als „Blitzgesetz“ in die Geschichte der BRD einging, bot dafür die juristische Handhabe. Die Autoren Kiesling und Safferling untersuchten zunächst die Rolle der Reichsanwaltschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik sowie den Staatsschutz im Dritten Reich. Erst dann wenden Sie sich in einem zweiten Teil dem Aufbau und der Entwicklung der Bundesanwaltschaft ab dessen Gründung im Jahr 1950 bis 1974 zu. Bei der Prüfung der zahlenmäßigen NS-Belastungen in der Bundesanwaltschaft war zunächst zu

berücksichtigen, daß die Behörde in den Anfangsjahren relativ klein war und die Anzahl der dort beschäftigten Beamten überschaubar. Die Autoren stellen fest, daß sich Erfahrungen, die sich bei der Untersuchung anderer Bundesbehörden gezeigt haben, auch hier bestätigten. „Im Zentrum der Personalauswahl stand die vermutete fachliche Eignung. Fragen der politischen Haltung blieben sekundär.



Eine gezielte Suche nach unbelasteten Kandidaten oder gar emigrierten Kollegen läßt sich nicht feststellen.“ Bei den oberen Justizbehörden sollten die beschäftigten Beamten auch über eine gewisse Berufserfahrung verfügen, was mit Blick auf den erst fünf Jahre zuvor zerschlagenen faschistischen Staat einige Probleme mit sich brachte. So wundert es nicht, daß die Autoren für den Zeitraum von 1950 bis 1954 einen „Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder im höheren Dienst bei der Bundesanwaltschaft bei immerhin einem guten Drittel oder 36 %“ feststellen mußten. „Im Gründungsjahr der Bundesanwaltschaft lag der Anteil der ehemaligen Parteimitglieder im höheren Dienst bei 60 % und stieg in den Folgejahren wie bei den meisten anderen Behörden rasch an. Zwischen 1953 und 1959 pendelte der Wert um 75 %, wobei er 1954 und 1956 mit 78 % am höchsten war.“ Erstaunlich ist, daß diese Zahl in den Folgejahren keineswegs kontinuierlich abnahm. Statt dessen kommen die Autoren zu der Feststellung, daß „die höchste Beschäftigungsquote an ehemaligen NSDAP-Mitgliedern entsprechend im Jahr 1966 bei 91 %“ lag. Das bedeutete, daß zehn von elf Bundesanwälten zu dieser Zeit belastet waren. Erst dann setzte bis zum Ende des Untersuchungszeitraums 1974 nach und nach ein Rückgang ein. Bei den Oberstaatsanwälten lag die Belastung 1955/56 bei 92 %. Bei Gründung der Bundesanwaltschaft waren alle Oberstaatsanwälte frühere Mitglieder der Nazi-Partei. 23 Beamte gehörten zusätzlich ehemals der SA an.

Auch Tätigkeiten an Sondergerichten und in der Politischen Justiz der Jahre 1933 bis

1945 sind ebenso Gegenstand der Untersuchung wie die ehemaliger Kriegsrichter. Ein besonderes Kapitel ist dem Werdegang von Wolfgang Fränkel gewidmet, dessen deutliche faschistische Gesinnung in seiner Amtsausübung während der Nazizeit unter anderem dadurch zutage trat, daß er auch für Bagatelldelikte Todesstrafen beantragte. Bereits 1947 war er wieder Amtsgerichtsrat und wurde 1951 Bundesanwalt. Im März 1962 wurde Fränkel Nachfolger von Generalbundesanwalt Max Güde. Nachdem in der DDR die Broschüre „Von der Reichsanwaltschaft zur Bundesanwaltschaft“ erschienen war, die Fränkels Rolle bei der Verhängung von Todesstrafen dokumentierte, mußte er bereits im Juli 1962 in den Ruhestand versetzt werden. Die Autoren verweisen darauf, daß diese Veröffentlichung „auch von ihrem Umfang und ihrer Unanfechtbarkeit her einzigartig“ war. „Um Fränkel vorzuführen, benötigte die DDR nicht einmal einen besonders scharfen Tonfall. Es genügte eine nüchterne Aufzählung der Fakten, unterlegt durch entsprechende Kopien aus den Akten.“ Er kam nicht umhin, die Echtheit der Dokumente zu bestätigen und man sprach ihm „die Eignung zum Generalbundesanwalt“ ab, wobei der Zusatz „auch wenn ihm für seine Zeit in der Reichsanwaltschaft keine Amts- oder Dienstverfehlungen vorzuwerfen seien“ wohl eher als zynisch aufgefaßt werden muß. Aufgrund von Anzeigen eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen Fränkel führten nicht zur Erhebung einer Anklage und wurden statt dessen eingestellt. Bei dem Vorwurf des Anstellungsbetruges wegen des Verschweigens seiner Haltung zur Todesstrafe war es nicht anders, ebenso betraf das ein gegen ihn geführtes erstes Disziplinarverfahren. Ein im Juli 1963 eingeleitetes neues Disziplinarverfahren, weil er nicht die Wahrheit über seine faschistische Vergangenheit mitgeteilt hatte, führte zwar zu einer Anschuldungsschrift und späterer Hauptverhandlung, die aber im Juli 1965 mit Freispruch endete. Vorsitzender Richter war dabei der damalige Senatspräsident Paulheinz Baldus, auf dessen eigene faschistische Vergangenheit Friedrich Karl Kaul („horizont“ 1971, Nr. 16, S. 28 f.) aufmerksam machte. Trotz alledem erwies sich Fränkel als uneinsichtig und rechtfertigte sein früheres Verhalten auch noch in jenen Jahren. Die Autoren kommen zu dem Fazit: „Der Fall Wolfgang Fränkel ist ein erschreckendes Zeugnis dafür, daß die deutschen Juristen in der frühen Bundesrepublik mehrheitlich in die Unrechtsjustiz des Hitlerregimes verstrickt und auch deshalb unfähig waren, die Verbrechen aufzuarbeiten.“ Am Rande sei angemerkt, daß Fränkel über 40 Jahre eine beachtliche monatliche Pension bis zu seinem Tod im November 2010 bezogen hat.

RA Ralph Dobrawa

Friedrich Kiesling / Christoph Safferling
„Staatsschutz im Kalten Krieg“, dtv Verlag
München 2021, 607 S., 34 Euro

Keine Spur von schlechtem Gewissen

Unterlassene Anmerkungen zu einem Urteil

Der Koblenzer OLG-Staatsschutzsenat verurteilte am 13. Januar einen syrischen Ex-Offizier wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, 27fachen Mordes, gefährlicher Körperverletzung in 25 Fällen, besonders schwerer Vergewaltigung, sexueller Nötigung, Freiheitsberaubung, Geiselnahme und sexuellen Mißbrauchs von Gefangenen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die Verteidigung hat Revision eingelegt, weil sie eine persönliche Schuld des Angeklagten nicht sehe. Es wird mithin noch genügend Wasser den Rhein hinunterfließen, bis das Urteil wegen Menschlichkeitsverbrechen rechtskräftig sein wird. Dennoch wird es bereits heute vielerorts umjubelt und als „historisches Urteil“ apostrophiert. Der Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland forderte, daß nunmehr weitere Prozesse in Deutschland und anderen Staaten folgen müßten. Die *Süddeutsche Zeitung* titelte am Tag der Urteilsverkündung: „Folterknechte, fürchtet euch!“, räumte aber zugleich ein, daß wohl gegen Folterer in amerikanischen Gefangenenlagern im Nahen und Mittleren Osten oder in Guantanamo keine juristische „Pionierarbeit“ zu erwarten ist, um dem Weltrechtsprinzip bei Menschlichkeits- und Kriegsverbrechen Geltung zu verschaffen. Schwamm drüber, Hauptsache dieses Urteil paßt in den Mainstream und ist – wie andere Urteile auch – geeignet, außen- und innenpolitische Schützenhilfe zu leisten. Der Rechtsexperte der *Süddeutschen Zeitung* Ronen Steinke, der mit einer völkerrechtlichen Studie über die politische Funktion von Kriegsverbrechertribunalen promoviert wurde, schrieb im Kommentar zum Urteil, daß „das sogenannte Weltrechtsprinzip – eine in der Rechtsgeschichte, zugegeben, noch junge Idee“ sei und „das Prinzip in Deutschland erst 2002 (!) in die Paragraphen des Völkerstrafgesetzbuches gegossen worden“ sei. Daß die DDR dabei keines Gedankens wert ist, gilt offensichtlich als selbstverständlich. Selbstkritische Reflexionen auf die eigene, also bundesdeutsche Vergangenheit könnte man zumindest erwarten, wenn, wie Steinke berichtet, die Deutschen dem Syrer einen Vortrag über das weltweit geltende Völkerstrafrecht gehalten haben, ihm erklärten, was er in seinem eigenen Lande zu tun und zu lassen gehabt habe. Spätestens an dieser Stelle hätte die Liste der Selbstkritik ansetzen müssen. So hätten die Richter einräumen müssen, daß sich die BRD 40 Jahre lang geweigert hat, die Nürnberger Prinzipien anzuerkennen und das darauf beruhende Völkerstrafrecht zur Grundlage von Judikatur und Gesetzgebung in ihrem Lande zu machen. Die Tatbestände des Verbrechens gegen die Menschlichkeit und den Frieden sowie Kriegsverbrechen fanden erst 2002 in die bundesdeutsche Gesetzgebung Eingang. Sie hätte eingestehen müssen, daß die bundesdeutsche Justiz es vorgezogen hat, Massenmörder und Folterknechte zu schützen, statt

als sie zu bestrafen; daß statt dessen Strafrevereitelung und Resozialisierung der Täter beherrschend waren. All das hätte man sagen können. Und auf die Frage – vielleicht des Angeklagten –, warum das so gewesen sei, hätte man dann ehrlich eingestehen müssen: Das lag daran, daß die Eliten des faschistischen Terrorstaates, der wegen seiner industriellen Massenmorde und Blutjustiz mit Ihrem Lande, Herr Angeklagter, nicht vergleichbar ist, in der hiesigen Justiz, in der Bundeswehr, in der Polizei, im Geheimdienst, in der Wissenschaft, in den Medien die Gesckicke der Nachkriegs-BRD bestimmten. Sie, Angeklagter, standen also 108 Tage vor einem Gericht eines Staates mit einer solchen Vergangenheit, mit einer solchen Geschichte. Vielleicht kommen Sie, Herr Angeklagter, jetzt, nachdem Sie so viel Selbstkritik von uns gehört haben, auf den Gedanken, daß wir gar nicht so richtig für ein solches Verfahren legitimiert sind, daß wir aus Gewissensgründen oder historischer Befangenheit die Eröffnung hätten ablehnen müssen, um uns nicht dem Vorwurf auszusetzen, wir würden uns als „Weltrichter“, gar als „Jüngstes Gericht“, aufspielen. Wir können nicht verhehlen, daß sich bei dem einen oder anderen ein solcher Eindruck aufdrängen dürfte. Wir haben allerdings ein Hilfsargument, welches uns – zwar nicht ganz redlich, aber immerhin – eine sekundäre Legitimation verschafft. Wie bekannt, erfolgte am 3.10.1990 der Beitritt der DDR zur BRD. Die DDR-Justiz hat sich von Anfang an auf das Völkerstrafrecht, und zwar unmittelbar auf die Tatbestände des Londoner Statuts und dem damit verbundenen Kontrollratsgesetz Nr. 10, gestützt. Sicher war, auch das ein Eingeständnis, die Ausgangslage für die Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen in allen Besatzungszonen und Sektoren Berlins gleich: Die Alliierten hatten sich noch während des II. Weltkrieges darauf verständigt, die Hauptschuldigen des NS-Regimes an den Menschlichkeits- und Kriegsverbrechen zur Verantwortung zu ziehen, wobei sie sich zunächst aus nachvollziehbaren Gründen die Zuständigkeit über die Ahndung massenhafter Menschheitsverbrechen des NS-Regimes vorbehalten haben. Wenn auch die Besatzungsmächte der deutschen Gerichtsbarkeit in unterschiedlicher Weise dazu Ermächtigungen erteilten, hätten aber ab Gründung der beiden deutschen Staaten das Londoner Statut und das Kontrollratsgesetz Nr. 10 ein stabiles Fundament – auch im Hinblick auf eine Übernahme ins innerstaatliche Recht – bei der Verfolgung der staatlich geplanten, organisierten und durch Rechtsnormen scheinlegalisierten Massenmorde an Andersdenkenden und Andersrassigen in Deutschland und in den okkupierten Ländern sein können. Die Nürnberger Prinzipien, das Urteil im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß und damit der Antifaschismus wären dann zur Staatsräson nicht nur in der DDR erhoben worden. Der BGH in der BRD hat dann

aber – dieser Staatsräson Hohn sprechend – in mehreren Entscheidungen die Weichen anders gestellt. Zutreffend führte DDR-Staatsanwalt Carlos Foth aus: „Der entscheidende spezifisch-juristische Ausgangspunkt für diese nach wie vor andauernde Mißachtung des Völkerrechts ... ist im Karlsruher Bundesgerichtshof durch das Revisionsurteil im Fall des früheren SS-Oberscharführers im Konzentrationslager Buchenwald Otto Hopp am 20.12.1951 gesetzt worden, in dem es, von den ehemaligen Reichsanwälten Hörcher und Martin formuliert, dazu heißt: „Die Verurteilung wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit kann nicht bestehen bleiben ... Die den Gegenstand des Verfahrens bildenden strafbaren Handlungen des Angeklagten sind daher ausschließlich nach deutschem Recht zu beurteilen“. Hörcher und Martin – wie viele andere Mordgesellen der Nazizeit – wußten natürlich, daß ihnen wegen ihrer Menschlichkeits- und Kriegsverbrechen in der Hitler-Zeit bei Anwendung des Völkerstrafrechts in der BRD lebenslängliche Freiheitsstrafe drohte, so daß sie Rechtsprechung und Gesetzgebung „rechtsstaatlich“ zu steuern vermochten, um ihre gut dotierten Stellen mit üppigen Pensionserwartungen zu behalten. Wen wundert es, daß das Völkerstrafrechtsgesetzbuch in der BRD dann erst im Juni 2002 in Kraft getreten ist, nachdem die Kriegsplaner, die Schreibtischmörder vom RSHA, die Blutjuristen und andere Spießgesellen ihre Ruhe in der Gruft gefunden haben. In der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR wurden das IMT-Statut und das Urteil von Nürnberg nicht als Siegerjustiz verunglimpft, sondern vielmehr als Meilenstein des Völkerstrafrechts gepriesen. Beides bestimmte Judikatur und Gesetzgebung. Von Art. 135 Abs. 3 Verfassung der DDR vom 7.10.1949, über das Gesetz zum Schutze des Friedens vom 15.12.1950, über Art. 8 Abs.1 und Art. 91 Verfassung der DDR vom 6.4.1968 bis zu den Tatbeständen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, faschistischer Propaganda, Völker- und Rassenhetze sowie Kriegsverbrechen im StGB vom 12. Januar 1968 war das Völkerstrafrecht immanenter Bestandteil von DDR-Recht und Rechtsprechung. Im späten Frühjahr 1990 bedankten sich der Direktor des USA-Justizministeriums und der Leiter des Büros des Office of Special Investigation (OSI) – der Behörde, die sich mit der Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen befaßt, – beim Generalstaatsanwalt der DDR für die bisher geleistete Rechtshilfe der DDR. Zugleich brachten beide die Hoffnung zum Ausdruck, daß auch nach dem bevorstehenden Beitritt der DDR zur BRD die Ahndung von Naziverbrechen „nach den in Ostdeutschland geltenden völkerstrafrechtlichen Normen gewährleistet sein möge“. Es dauerte dann noch einmal 12 Jahre, bis die entsprechenden Normen in das BRD-Recht transformiert wurden, um sich dann mit politisch motivierten Prozessen zweifelhaften Ruhm zu verschaffen.

Dr. Hans-Jürgen Joseph

Die Ampelkoalition – Modernisierung des deutschen Imperialismus

Am 8. Dezember 2021 wurde Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewählt. Damit bildete sich die erste Ampelkoalition auf Bundesebene aus SPD, Grünen und FDP. Die bürgerliche Presse war voll des Lobes. Aber auch Linkspartei und DGB applaudierten. Der Koalitionsvertrag von 2021 trägt den vielsagenden Titel „Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“. Diese Wortblase erinnert an den Titel des Koalitionsvertrages von 1998 „Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert“. Damals kam es unter Schröder zur ersten rot-grünen Koalition. Wir erinnern uns, was folgte: der erste „out of area“-Einsatz einer deutschen Armee nach 1945, der Angriff auf Jugoslawien 1999 und die Einführung des Hartz-IV-Systems 2005. Vielen Beobachtern war klar, daß nur sogenannte linke

Parteien, wie die SPD und die Grünen, solche eine asoziale und militaristische Politik hatten durchsetzen können.

Heute wie damals wurde Rückschritt als Fortschritt verkauft und der Orwell'sche „Neusprech“ feierte und feiert fröhliche Urstände, geht es doch nicht um sozialen Fortschritt, sondern um die Modernisierung des deutschen Imperialismus. Ein Blick auf das Personal der Koalition erklärt einiges.

Olaf Scholz gehört dem rechten Flügel der SPD an und personifiziert – wie kaum ein anderer – die asoziale und militaristische Politik der vergangenen Jahre.

Als er Finanzminister war, wurde der Militärhaushalt erhöht, im Rahmen der sogenannten Corona-Notpakete warf man hunderte Milliarden den Superreichen, den Großunternehmen und den Banken in den Rachen. Als SPD-Generalsekretär spielte

Scholz eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung der Hartz-IV-Politik innerhalb der SPD. Als Arbeitsminister setzte er die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre durch. Als Bürgermeister von Hamburg steht er für den größten Polizeiaufmarsch in der Nachkriegsgeschichte und das brutale Vorgehen gegen die Demonstranten der G20-Proteste 2017.

Die Ampelkoalition wird die in sie gesetzten Erwartungen der herrschenden Klasse erfüllen. In ihrem Koalitionsvertrag hat sich die Ampel verpflichtet, „die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu erhöhen“ und die Schuldenbremse zu reaktivieren.

Henning Mächerle

Aus: Gießener Echo, Zeitung der DKP Gießen, Februar 2022

Jeden Freitag: Friedenskundgebung in Bremen

Die Initiative „Nordbremer Bürger gegen den Krieg“ führte am 4. März ihre ein-tausendste (!) Friedenskundgebung mit dem Gründungsmitglied Pastor Volker Keller in der Fußgängerzone Vegesack vor dem Kaufhaus Leffers durch. Es wurden Spenden für medico International gesammelt, die der medizinischen Basisgrundversorgung von Men-

„Ritual“: Rede, Gedicht, offenes Mikrofon, Spendensammlung, ein abschließendes Friedenslied. Danach geht es an die „Nachbereitung“ im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus oder jetzt pandemiebedingt in der Evangelisch-Methodistischen Christuskirche Vegesack. Nicht eine Kundgebung fiel aus, auch nicht wegen Corona.

fast einem Jahr versammeln sich Menschen dienstags zu Friedensmahnwachen in der Fußgängerzone Vegesack. Auf ihren Plakaten ist zu lesen: „Verflucht sei der Krieg!“, „Völkerfreundschaft und weltweite Abrüstung sofort!“, „Frieden mit Rußland und China!“ und „Gegen die Diener des Todes“. Schließlich sei noch erwähnt, daß wir uns freitags treffen, um die beiden Wege der entthroneten Bremer kommunistischen Widerstandskämpfer Leo Drabent und Hans Neumann in der KZ-Gedenkstätte Bahr'splate in Blumenthal zu reinigen.

Gerd-Rolf Rosenberger
Bremen



Demonstration der Nordbremer zum 20. Jahrestag ihrer Initiative 2021

schon im Gazastreifen zugute kommen. Am 30. Oktober 2001 ist die Initiative aus Protest gegen den Krieg in Afghanistan gegründet worden. Zu Beginn waren es nur neun Aktivisten, die mitmachten: zwei Mitglieder der SPD, drei Mitglieder der DKP, ein Grüner, ein Anarchist, zwei Pastoren. Unsere erste Kundgebung fand dann bereits am 9. November 2001 statt. Es folgten viele weitere. Inzwischen zählen wir 1000 bei Wind und Wetter durchgeführte Aktionen. Jeden Freitag um 17.00 Uhr immer das gleiche

Menschen unterschiedlichster weltanschaulicher und politischer Überzeugung haben sich den weltweiten Friedenserhalt und die Völkerfreundschaft auf ihre Fahnen geschrieben. Für die internationale Solidarität kamen seit 2001 über 50 000 Euro zusammen. Zweieinhalb Jahre sammelten Friedensaktivisten 1500 Unterschriften für den Friedensappell „Abrüsten statt Aufrüsten“, 400 Unterschriften für die Verlegung von zwei Stolpersteinen. Es werden aber nicht nur die wöchentlichen Friedenskundgebungen durchgeführt. Seit

Berichtigung zum Beitrag
„Vom Rechtsverständnis der BRD-Justiz“
im März-Heft 2022, S. 29

Durch ein Versehen wurde dem gegenwärtigen Justizminister Marco Buschmann zugeschrieben, er habe seiner Klassenjustiz den Auftrag erteilt, die DDR zu delegitimieren. Dies war jedoch Dr. Klaus Kinkel, der jahrzehntelang als Staatssekretär die BRD-Delegation in den Rechtshilfeverhandlungen mit der DDR leitete. Der langjährige Verhandlungsleiter auf Seiten der DDR war Dr. Hans Ranke, der unter anderem als Präsident des Landgerichts Berlin den Vorsitz in der Hauptverhandlung gegen 32 SA-Leute wegen Menschlichkeitsverbrechen während der „Köpenicker Blutwoche“ innehatte.

Ein Sender für die Informationsfreiheit

Am 3. Dezember 2021 stellte der russische Sender *RT DE* in Serbien bei der Regulierungsbehörde für die elektronischen Massenmedien (REM) einen Antrag auf Erteilung einer Lizenz zur Ausstrahlung des russischen TV-Senders RT auf deutscher Sprache. Die Lizenz wurde rechtmäßig erteilt, informierte die Vorsitzende der Behörde Olivera Zekić. Die Sendelizenzerteilung erfolgte in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung und den Bestimmungen des europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen. Wie aber nun bekannt wurde, darf RT DE in Deutschland nicht mehr senden. Die serbische Regulierungsbehörde teilte mit: „Am 22. Dezember hatte die deutsche Medienaufsichtsbehörde (MABB) den europäischen Satellitenbetreiber Eutelsat 9B gezwungen, den neuen deutschsprachigen Fernsehsender, der aus den Studios in Moskau ausstrahlte, von seiner Plattform zu entfernen.“¹ Es wird behauptet, RT DE würde von Deutschland aus senden, was bedeute, daß die deutsche Medienaufsicht über Zulassung oder Nichtzulassung entscheide. Außerdem würde der RT DE durch einen ausländischen Staat finanziert.

Eva Flecken, Direktorin der zuständigen Medienanstalt Berlin-Brandenburg, sagte: „Wir gehen davon aus, daß die deutsche GmbH, die RT DE Productions GmbH, die Veranstalterin ist. Die sitzt in Berlin. Deswegen ist die MABB auch originär zuständig dafür.“

Natürlich gab es ein Vorspiel. RT DE hatte bereits im Juni 2021 einen offiziellen Antrag auf Sendelizenz in Luxemburg gestellt. Der Tagesspiegel berichtete, daß ein Informationsaustausch zwischen luxemburgischen und deutschen Behörden stattfand.² Im Au-

gust 2021 verweigerte Luxemburg die Genehmigung des Antrags. Die Süddeutsche Zeitung berichtete von einem vertraulichen Treffen Ende Mai, bei dem deutsche und luxemburgische Beamte zusammengekommen waren und die Angelegenheit besprochen haben sollen. Dem Beitrag zufolge „saß die luxemburgische Medienaufsicht bei dem Treffen ebenso mit am Tisch wie Diplomaten aus beiden Ländern und ein Vertreter der im Bundeskanzleramt angesiedelten Beauftragten für Kultur und Medien“. Der vertraulichen Runde sollen „sogar Vertreter des deutschen Verfassungsschutzes und des luxemburgischen Geheimdienstes SREL“ beigewohnt haben.³ In diesem Zusammenhang erscheint die Äußerung der ehemaligen deutschen Kanzlerin wie ein schlechter Witz: „Was RT anbelangt, so hat Deutschland – das haben wir Ihnen auch schon des öfteren gesagt – keinerlei Druck auf Luxemburg ausgeübt, und auch die Entscheidung über die Zulassung in Deutschland wird unabhängig von der Regierung und schon gar von der Bundesregierung, aber auch von den Landesregierungen geführt.“⁴

Nachdem am 2. Februar 2022 die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) die Verbreitung des TV-Programmes von RT DE untersagte, verbot die russische Regierung die Arbeit des Senders Deutsche Welle (DW) in Moskau. Die DW mußte ihr Büro in Rußland schließen. Ihren Korrespondenten wurden die Akkreditierungen entzogen.

Die russische Regierung hat sich mehrmals bemüht, mit der Regierung der BRD über die Sendeerlaubnis des TV-Kanals von RT DE zu verhandeln. Die deutsche Außenministerin, Annalena Baerbock, weigerte sich bei ihrem Antrittsbesuch in Moskau, über das Thema zu reden. Die Konsequenzen muß die Bundesregierung tragen, zumal die Blockierung

des TV-Senders RT DE einen wesentlichen Eingriff in die Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit darstellt. Die Politik schlachtet gerade ihre heiligen Kühe der Demokratie – und das öffentlich für die internationale Gemeinschaft. Natürlich wissen wir, daß es sie in einer gleichgeschalteten Medienlandschaft schon lange nicht mehr gibt.

Das Hauptargument gegen eine Zulassung von TV-RT DE ist die Ansicht, daß RT DE vom russischen Staat finanziert würde und deshalb eine Staatsnähe vorausgesetzt wird. Die Fälle DW und RT DE wären somit nicht vergleichbar, wird behauptet. Tatsächlich verhält es sich mit der Deutschen Welle nicht anders:

„Die DW wird aus Zuweisungen des Bundes – also aus Steuermitteln – finanziert.“ Das bestätigt der Sender in einer Selbstdarstellung im Internet.⁵ Somit trifft des Volkes Weisheit voll zu: „Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe.“ Noch verwirrender ist die rechtliche Konstruktion. Die offiziell staatsfinanzierte Deutsche Welle gehört zur ARD. ARD und ZDF sind Medienanstalten, die nur existieren, weil sie mit einer Art Steuer bzw. Zwangsabgabe (Rundfunkbeitrag) den Bürgern und Firmen etc. tief in die Tasche greifen.

Die Deutsche Welle ist eine von vielen westlichen Staatspropagandamedien, deren Aufgabe nicht darin besteht, den russischen Männergesang zu fördern oder Rußlands Jungfrauen vor der Sünde zu bewahren. Sie arbeitet im gleichgeschalteten Chor westlicher Medien auf der Grundlage von Halbwahrheiten, Unwahrheiten und dem Weglassen von Wahrheiten. Sie bietet mit Sicherheit keinen ausgewogenen Journalismus. Ihr Hauptziel besteht in der politischen Einflußnahme und Manipulation von Menschen in den Zielregionen.

Dr. Ulrich Sommerfeld

1 <https://de.rt.com/inland/129128-serbische-regulierungsbehorde-lizenz-zur-ausstrahlung/>

2 <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/bericht-ein-njet-aus-luxemburg-fuer-rt-de-keine-lizenz-fuer-deutschen-ableger-des-kreml-senders/27511828.html>

3 <https://de.rt.com/russland/122855-merkel-zur-verweigerung-rt-sendelizenz/>

4 <https://de.rt.com/russland/122855-merkel-zur-verweigerung-rt-sendelizenz/>

5 <https://www.dw.com/de/wer-finanziert-die-deutsche-welle/a-279073>

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats April!

Zum 95. Geburtstag

Heinz Blauert (Berlin) am 13. April

Zum 94. Geburtstag

Brigitte Marx (Zörbig) am 4. April

Zum 93. Geburtstag

Ursula Münch (Strausberg) am 11. April

Zum 92. Geburtstag

Dr. Werner Irmeler (Wandlitz) am 15. April

Zum 91. Geburtstag

Karl Halbritter (Ascherleben) am 12. April

Zum 90. Geburtstag

Gerd Ziemann (Berlin) am 6. April

Zum 85. Geburtstag

Axel Müller (Bautzen) am 5. April

Werner Schleese (Frankfurt/Oder) am 5. April

Wolfgang Schumann (Dresden) am 5. April

Hildegard Jacob (Wismar) am 8. April

Gerd Hommel (Dresden) am 10. April

Marie-Louise Hänzel (Elmenhorst-Lichtenhagen) am 20. April

Dr. Gerd Scharfenberg (Berlin) am 21. April

Reiner Köhler (Berlin) am 24. April

Dr. Helene Hauke (Schkopau, OT Ermlitz) am 27. April

Zum 80. Geburtstag

Manfred Judeck (Bad Harzburg) am 26. April

Zum 75. Geburtstag

Erhard Irmer (Berlin) am 3. April

Hans-Werner Fähring (Bitterfeld/Wolfen) am 10. April

Klaus-Dieter Höppner (Neubrandenburg) am 11. April

Dieter Kramp (Grevesmühlen) am 12. April

Ingo Götze (Saalfeld) am 12. April

Klaus-Peter Schloßhauer (Gutow/Badendiek) am 13. April

Günter Hecker (Ballenstedt) am 20. April

Zum 70. Geburtstag

Bärbel Umlauf (Berlin) am 15. April

Hans-Dietmar Beyer (Dresden) am 18. April

Dr. Walter Lambrecht (Ostseebad Zingst) am 19. April

Hans-Jürgen Janke (Forst) am 28. April

Zum 65. Geburtstag

Wolf Gursinski (Hamburg) am 26. April

Zum 60. Geburtstag

Jörg Willeke (Berlin) am 19. April

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.

Das NÖS – die demokratische Planwirtschaft?

Den Artikel von Ekkehard Lieberam im Februar-, RotFuchs“ „Demokratie als eigenständige Frage marxistischer Programmatik“ würde ich als grundlegend betrachten. Es geht in ihm u.a. um die Frage, ob das Neue Ökonomische System (NÖS) die demokratische(re) Form der Planwirtschaft gewesen wäre. Nun, das NÖS hat bis heute viele Bekennende und Anhänger. Das „Lager“ der Ablehnenden dagegen ist vergleichsweise klein, was daran liegen könnte, daß es nie praktische Realität wurde. Eine Auseinandersetzung mit ihm wäre also eine rein theoretische.



Walter Ulbricht spricht 1963 auf dem 6. FDGB-Kongreß

Was mich betrifft, so bin ich wohl insofern eine Ausnahme, als ich Kritiker des NÖS von Anfang an war.

Ekkehard Lieberam schreibt: „Von grundsätzlicher Bedeutung für die Demokratiefrage in der DDR waren die Veränderungen der Eigentumsverhältnisse. Mit der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel erweiterten sich deutlich die Wirkungsmöglichkeiten von Demokratie im Sinne einer tatsächlichen ‚individuellen und kollektiven Selbstbestimmung‘“. In diesem Zitat finden sich gleich zwei Aussagen. Zum einen: Von „grundsätzlicher Bedeutung für die Demokratiefrage“ (in der DDR, im Sozialismus) sind die „Veränderungen der Eigentumsverhältnisse“, die „in der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel“ bestehen. Zum anderen: Wodurch „sich deutlich die Wirkungsmöglichkeiten von Demokratie im Sinne einer tatsächlichen ‚individuellen und kollektiven Selbstbestimmung‘ (erweitern)“.

Die Vergesellschaftung (der Produktionsmittel) „erweitert die Wirkungsmöglichkeiten der Demokratie“, gemeint ist: im Sinne der „individuellen und kollektiven Selbstbestimmung“. Einmal ist das Gemeinsame hervorgehoben, das andere Mal das Individuelle behauptet. Ersterer Aussage stimme ich zu, mit der zweiten habe ich ein Problem.

Warum erweitert mit der Veränderung im Eigentumsverhältnis (gesellschaftliches Eigentum ist quasi Aufhebung privater, individueller oder besonderer Verhältnisse zur Arbeit) die Demokratiefrage nicht zu einer gesellschaftlichen, gesamten Möglichkeit (in Bezug auf die Arbeit/Produktion)? Warum soll sie nur

zu einer „individuellen und kollektiven“ Möglichkeit werden? Das eine ist eine Erweiterung der ökonomischen Basis für alle Möglichkeiten – oder Freiheiten – im Bereich der subjektiven Rechte (Menschen sind jetzt Eigentümer des Ganzen an Arbeit), aber geltend gemacht oder nachgewiesen werden soll das laut Ekkehard Lieberam „selbstbestimmt“, und „selbstbestimmt“ ist erklärt mit Betriebe und Kommunen im Besonderen.

Warum? Der Autor protegiert natürlich einen anderen Eigentumsbegriff resp. ein anderes Eigentumsverhältnis für den Sozialismus. Und

den Ansatz zu diesem anderen Verhältnis zum Eigentum im Sozialismus sieht er erst in der von Walter Ulbricht initiierten NÖS-Reform gegeben (nachdem also längst die Aufhebung privaten/besonderen Eigentum gegeben war): „Mit dem Projekt eines Neuen Ökonomischen Systems unter Walter Ulbricht in den 60er Jahren wurde deutlich, daß das reale Maß an Mitbestimmung hin zur ‚Selbstregierung der Produzenten‘ (stand dieser Begriff wirklich so im NÖS?, J.) entscheidend von der Eigenständigkeit der Betriebe im ökonomischen System des Sozialismus abhängt“.

Und weiter:

„Die Beseitigung der Defizite an sozialistischer Demokratie war als Ergänzung dieser ökonomischen Strategie gedacht. ... Er (Walter Ulbricht, J.) verfolgte dabei drei Wege: ... Drittens: Entwicklung der Betriebe und Kommunen (Kommunen auch?, J.) zu eigenverantwortlichen Gemeinschaften in der Wirtschaft und im politischen Leben.“¹ Und wie definieren wir „Eigenständigkeit der Betriebe“, „Eigenverantwortlichkeit der Gemeinschaften in der Wirtschaft und im politischen Leben“? Alles „von unten“, „aus dem Eigenen heraus“ regeln, regulieren. Erzeugt das wirklich „die

1 Ob das, was man heute in das NÖS hineinliest, wirklich von Walter Ulbricht auch so gewollt war, wage ich zu bezweifeln. Bei soviel Eigenverantwortlichkeit an der Basis – was wäre denn dann noch in die Hoheit der leitenden Organe der Gesellschaft gefallen, was in die Bezirke, die Regierung der DDR, die Staatliche Plankommission, das ZK der SED, das Politbüro des ZK, ja ... in die Hoheit von Walter Ulbricht persönlich?

Initiative der Menschen“? Oder führt das nicht eher zu ihrer Differenzierung im Leben? Gleichheit aller ist doch heute nur noch vom gleichen Zugriff auf das Ganze möglich, denn auf das Ganze (an Arbeit/Produktion) wird doch aus dem Individuellen heraus an sich zugegriffen. Dem Verhältnis nach liegt im Sozialismus eine Verwirklichungsform aus dem Gemeinsamen (an Arbeit/Produktion) in das Einzelne/Individuelle vor. Das Individuelle/ Einzelne gegen das Gesellschaftliche/Allgemeine noch immer zu verselbstständigen, ist noch immer eine Anleihe an bisherige Verhältnisse, also bürgerliches Denken, das aber mit einer gesellschaftlichen Realität des Sozialismus nichts mehr zu tun hatte.

Richtig wäre aus meiner Sicht gewesen, nach dem Demokratismus *im Gemeinsamen* zu fragen, hierauf mehr Gedanken zu richten. Im Sozialismus, nach Aufhebung privater Verhältnisse des Eigentums/der Aneignung, nicht noch mal eine Debatte um wieder das Besondere, Nichtallgemeine, sondern umgekehrt: Eine Debatte um das *Demokratische des Ganzen*, um die *Demokratisierung des sogenannten Zentralismus* (an Macht, an Eigentum). Teilhabe am neuen Verhältnis, was hat das für Formen? Beispielsweise Beraterforen in (möglichst) allen Gremien, also Räten, Ministerien, im ZK und Politbüro. Freierer Zugang zu Presseorganen aller Art durch Menschen, die sich *auch* Gedanken über die Gesellschaft machen etc. Da blieb einiges, was machbar gewesen wäre, offen – und wäre bis heute zu überlegen. Daß es hier ein Defizit gab, rechtfertigt aber nicht, das Gesellschaftliche, Ganze, Gemeinsame wieder zu Gunsten des bloß Individuellen, Besonderen abzubauen. Das hieße ja, die große Errungenschaft des Sozialismus wieder aufzugeben.

Hermann Jacobs
Berlin

Unser Genosse

Heinz Pocher

aus Strausberg ist am 3. Februar im Alter von 89 Jahren nach langer, schwerer Krankheit verstorben. Heinz, der in der DDR im Ministerium für Nationale Verteidigung tätig war, haben wir als einen überzeugten, engagierten Marxisten-Leninisten kennengelernt, der seine ganze Kraft dem Kampf gegen Neofaschismus und Krieg widmete. Er fand früh zum „RotFuchs“ und stand bis zum Schluß fest an unserer Seite. Als Journalist und Autor schrieb er für unsere Zeitschrift mehr als 60 Beiträge und diktierte noch im Krankenbett seinem Sohn Jörg die letzten Texte.

Wir verlieren mit Heinz einen liebenswerten, aufrechten und kämpferischen Menschen. Seiner Familie gilt unser aufrichtiges Mitgefühl.

Zur Erinnerung an Maria Ilva Biolcati

Der Name der 1939 im norditalienischen Goro geborenen Maria Ilva Biolcati wird inzwischen mit denen anderer berühmter Weltstars in einem Atemzug genannt. Ihre stimmgewaltige Bühnenpräsenz dieser Ausnahmekünstlerin ist bis heute allen, die sie erlebten, unvergessen. Dabei war die mit dem Spitznamen „La Rossa“ so trefflich bezeichnete Interpretin viel mehr als nur die einfache Schlager- oder Chansonsängerin. „La Rossa“ – „Die Rote“, das stand längst nicht nur für die Haarfarbe der Biolcati. Ebenso war dieser internationale Star bekennende Sozialistin, die Solidarität und Antifaschismus, und letzteren weit über Mussolinis Tod hinaus, als unabdingbare Lebensideale ansah. Biolcati verstand unter Sozialismus immer den Volksaufstand, insbesondere gegen

die katholische Kirche. Sicher auch ihr ausgeprägtes italienisches Temperament ließ die Überzeugung in ihr reifen, daß der Sozialismus den Menschen gewähren müsse, Freiheit zu atmen, sich ohne Beschränkungen zu äußern und zu empören.

Die Biolcati stammte aus einfachen Verhältnissen, ihr Vater war Fischer, ihre Mutter Schneiderin. Als die Familie ihren kleinen Besitz verlor, mußte die junge Maria Ilva früh mit für den Lebensunterhalt sorgen. Auch diese Jahre haben die Biolcati geprägt, und sie hat diese Zeit nie vergessen, auch nicht in erfolgsverwöhnten und finanziell mehr als abgesicherten Abschnitten ihres Lebens nicht.

Den Weg in den deutschsprachigen Raum ebnete ihr einst ein Tango-Album. Die Biolcati

reifte zur gefragten Brecht-Interpretin. Ihre Alltagssongs gingen stets mit der Zeit, ohne dabei jemals in primitiven Mitgröl-Schlagern abzudriften. Daß ihr letzter Fernsehauftritt in der BRD ausgerechnet im „Musikantenstadl“ über die Bühne ging, ist oft und hinreichend kritisiert worden. Da bot der Große Saal im Palast der Republik bei den Konzerten Ende Oktober 1988 dem dunklen Timbre ihrer Stimme wohl den weitaus passenderen Rahmen.

Maria Ilva Biolcati ist im vergangenen Frühjahr im Alter von 81 Jahren in Mailand verstorben. Am 23. April jährt sich der Todestag jener Frau, die Millionen von Fans wohl viel besser unter ihrem Künstlernamen Milva kennen, zum ersten Mal.

Rico Jalowitzki

Gendern oder nicht gendern – ist das wirklich die Frage?

Auf die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, die am 26. August 1789 kurz nach Beginn der Französischen Revolution verkündet worden war, verfaßte die Schriftstellerin Olympe de Gouges 1791 die Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin. Sie forderte darin die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung der Frauen.

Clara Zetkin und Rosa Luxemburg griffen diese erste universale Erklärung von Menschenrechten, die einen allgemeingültigen Anspruch für Männer und Frauen erhebt, auf. Sie wurden zu Leitfiguren der proletarischen Frauenbewegung.

Clara Zetkin schrieb in der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift *Die Gleichheit*: „Die Gleichheit“ geht von der Überzeugung aus, daß der letzte Grund der jahrtausendealten niedrigen gesellschaftlichen Stellung des weiblichen Geschlechts *nicht* in der jeweils von Männern gemachten Gesetzgebung, sondern in den durch wirtschaftliche Zustände bedingten Eigentumsverhältnissen zu suchen ist. Mag man heute unsere gesamte Gesetzgebung dahin abändern, daß das weibliche Geschlecht rechtlich auf gleichen Fuß mit dem männlichen gestellt wird, so bleibt nichtsdestoweniger für die große Masse der Frauen (...) die gesellschaftliche Versklavung in härtester Form weiterbestehen: ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von ihren Ausbeutern.“

In der Bundesrepublik ist das Prinzip der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Bürger im Grundgesetz Artikel 3, Absatz 3 verfassungsmäßig festgeschrieben: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen

Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Hier sei daran erinnert, daß es vor allem den vier im Parlamentarischen Rat vertretenen Frauen zu danken ist, daß es gelang, den 61 männlichen Mitgliedern des Rates diesen Artikel 3 abzurufen.

In der DDR wurde die Frage der Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann bereits in der ersten Verfassung 1949 verankert. Von den erreichten diesbezüglichen Fortschritten in der DDR ist heute nicht viel übrig geblieben.

In vielen Familien lebt die alte traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau weiter, gibt es keine Chancengleichheit im Berufsleben, werden Frauen, trotz der 1994 eingefügten Ergänzungsklausel Artikel 3 GG in vielen Bereichen benachteiligt und sogar diskriminiert. Im Text heißt es: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Warum? Die Antwort haben Marx und Engels in ihrer 1845 herausgegebenen gemeinsamen Schrift „Die deutsche Ideologie“ postuliert: „Auch die Nebelbildungen im Gehirn der Menschen sind notwendige Sublimat ihres materiellen, empirisch konstatierbaren und an materielle Voraussetzungen geknüpften Lebensprozesses. Die Moral, Religion, Metaphysik und sonstige Ideologie und die ihnen entsprechenden Bewußtseinsformen behalten hiermit nicht länger den Schein der Selbständigkeit. Sie haben keine Geschichte, sie haben keine Entwicklung, sondern die ihre materielle Produktion und ihren materiellen Verkehr entwickelnden Menschen

ändern mit dieser ihrer Wirklichkeit auch ihr Denken und die Produkte ihres Denkens. Nicht das Bewußtsein bestimmt das Leben, sondern das Leben bestimmt das Bewußtsein.“

Bezogen auf die heutige Situation heißt das: Wollen wir eine reelle Gleichstellung aller Geschlechter, eine Aufhebung der Benachteiligung und Diskriminierung aller Mitglieder der Gesellschaft erreichen, muß zuallererst die materielle gesellschaftliche Basis dafür geschaffen werden.

Wenn aber die privatkapitalistische Gesellschaftsstruktur bleibt wie sie ist, wird es nicht genügen, allein die Änderung der Alltagsprache einzufordern oder gar anzuordnen und dann zu hoffen, daß sich auch in der Bewußtseinsentwicklung und damit in der Geschlechterfrage etwas ändert.

In seinem Werk „Lingua Tertii Imperii“ (LTI, 1947) arbeitet der jüdische Romanist und Philologe Viktor Klemperer heraus, daß Sprache immer der Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Basis der Gesellschaft folgt, sie sozusagen abbildet.

Diese Erkenntnis sollte in der Auseinandersetzung um die soziale Gleichstellung der Geschlechter, ethnischen Gruppen, sozialen Lebensformen und Chancengleichheit für alle nicht vergessen werden. Sich nur für die Reflexion der unterschiedlichen Identitäten in der Sprache einzusetzen, reicht nicht und endet im besten Falle allein in verbalen Kompromissen, wie die Erfahrung zeigt.

Gelingt es, den gesellschaftlichen Alltag gleichberechtigt und chancengleich zu gestalten, wird die Sprache, in welcher Form auch immer, dem folgen.

Uwe Stöhr
Berlin

Einladung zur Mitgliederversammlung

Der Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. lädt die Mitglieder für **Dienstag, den 7. Juni 2022**, zur Mitgliederversammlung in den Münzenberg-Saal des Bürogebäudes, Franz-Mehring-Platz 1, (ND-Gebäude), 10243 Berlin, herzlich ein.

Tagesordnung:

- Berichte des Vorstandes, des Schatzmeisters und der Revisionskommission
- Aussprache
- Beschlußfassung über eine Änderung der Satzung
- Neuwahl des Vorstandes und der Revisionskommission

Die Mitgliederversammlung beginnt um 11 Uhr und dauert bis gegen 15 Uhr.

Bitte die geltenden Hygienevorschriften beachten

Vorschlag zur Satzungsänderung/Ergänzung

bisher:

§ 12 Haftung

Schadenersatzansprüche für Schäden, die Dritten nachweislich durch die Vereinstätigkeit entstehen, richten sich gegen den Verein und sein Vermögen, nicht gegen die Mitglieder. Der Verein haftet nicht für die Verbindlichkeiten seiner Mitglieder. Mitglieder des Vorstandes und der Regionalgruppen, die ihre Befugnisse überschreiten, sind dem Verein gegenüber für einen dadurch entstandenen Schaden verantwortlich.

neu:

§ 12 Haftung

Schadenersatzansprüche für Schäden, die Dritten nachweislich durch die Vereinstätigkeit entstehen, richten sich gegen den Verein und sein Vermögen, nicht gegen seine Mitglieder.

Von der persönlichen Haftung sind ausdrücklich ausgenommen die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes und der Redaktion. Ausnahmen stellen nur vorsätzliches oder grob fahrlässiges Handeln dar, wenn dieses zu einem Schaden führt.

Der Verein haftet nicht für die Verbindlichkeiten seiner Mitglieder. Mitglieder des Vorstandes und der Regionalgruppen, die ihre Befugnisse überschreiten, sind dem Verein gegenüber für den dadurch entstandenen Schaden verantwortlich.

„RotFuchs“-Veranstaltungen im April

■ Regionalgruppe Cottbus

Am 2. April um 10 Uhr spricht Dr.

Uwe Markus (Buchautor) zum Thema:

**Kriegs- und Ukraine – Aufmarschgebiet
Baltikum – Die Rettung der Krim vor dem
Zugriff der NATO?**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“,
Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Schwerin

Am 7. April um 16 Uhr spricht der

Rechtsanwalt und Vorsitzender der GRH
Hans Bauer zum Thema: **Osterweiterung
der NATO – Konfrontationspolitik?**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität
„Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-
Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Uecker-Randow

Am 7. April um 18 Uhr spricht Dr. Uwe

Markus (Buchautor) zum Thema: **Warum ist
der Einsatz für Frieden und Entspannung
lebenswichtig?**

Ort: Volkssolidarität Pasewalk, Am Markt
8, 17309 Pasewalk

■ Regionalgruppe Dresden

Am 9. April um 10 Uhr spricht Wolfgang

Dockhorn, stellv. Vorsitzender des
„RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema:
**Die Verantwortung des „RotFuchs“-
Fördervereins in den politischen
Kämpfen unserer Zeit**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26,
01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am 13. April um 15 Uhr –

Gedankenaustausch zu den aktuellen
politischen Fragen; Wahl des neuen
Regionalgruppenvorstandes

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“,
Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn- Hellersdorf

Am 19. April um 18 Uhr –

Diskussionsveranstaltung mit Dr. Gerhard
Giese zum Thema: **Welche Chancen
hat der Frieden aus aktueller Sicht in
Osteuropa und darüber hinaus?**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte,
Marzahn Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Harz

Am 20. April um 14.30 Uhr – **Buchlesung**

Gustav-Adolf Schur zu seinem Buch „Was
mir wichtig ist“ – Gemeinsame Veranstaltung
mit ISOR

Ort: Clubgaststätte „Kantine“ in der
Sporthalle „Völkerfreundschaft“, Paulsplan
5, 38820 Halberstadt

■ „RotFuchs“-Gruppe Plauen

Am 20. April um 17 Uhr – **Gemeinsame**

Beratung mit Vertretern der Partei Die Linke

und der DKP zu Schlußfolgerungen aus den
Bundestagswahlen

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität,
Karlstraße 14, 08523 Plauen

■ Regionalgruppe Berlin-Treptow- Köpenick

Am 21. April um 17 Uhr –

Diskussionsabend zum aktuellen
politischen Geschehen – Manipulation und
Irreführung durch die bürgerlichen Medien

Ort: Wahlkreisbüro der Partei Die Linke,
Brückenstraße 28, 12439 Berlin

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 22. April um 15 Uhr spricht

Wolfgang Herrmann, früherer Berater der
Sandinistischen Front der Nationalen
Befreiung in Nicaragua, zum Thema: **Der
Kampf der Völker Lateinamerikas und der
Karibik für eine bessere Zukunft**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstr. 1,
15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 23. April um 10 Uhr spricht Dr. Uwe
Behrens zum Thema: **„Feindbild China –
was wir alles nicht über die Volksrepublik
wissen“**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro
e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

Es gelten die jeweiligen Hygienevorschriften.



Ich denke, man sollte in der Geschichte suchen, um die derzeitigen Ereignisse in der Ukraine besser verstehen zu können. Der in der „Zentralstelle für Auslandsdienst“ im deutschen Auswärtigen Amt tätige Mitarbeiter Paul Rohrbach schrieb in seinem „Politischen Wanderbuch“ von 1916 bezüglich der deutschen Beziehungen zu Rußland u.a.: „... Alles große Leben in Rußland muß versiegen, wenn ein Feind die Ukraine packt. Wenn aber der Tag kommt, wo Rußland das Schicksal herausfordert, und dann hat zufällig dort, wo bei uns die Entscheidungen getroffen werden, jemand so viel Kenntnis von den Dingen und so viel Entschlossenheit, daß er die ukrainische Bewegung richtig loszubinden weiß – dann, ja dann könnte Rußland zertrümmert werden. Wer Kiew hat, kann Rußland zwingen!“

Wie wir sehen, hat jetzt, nach so vielen Jahren, jemand den „Mut“ gefunden, die ukrainische Bewegung „loszubinden“. Die Ziele des deutschen Imperialismus von damals wurden also erreicht. 1914 war es Karl Liebknecht, der als einziger im Deutschen Parlament aufstand und gegen die Bewilligung der Kriegskredite stimmte. 2022, am 27. Februar, hat der Bundestag in einer Sonder-sitzung Waffenlieferungen an die Ukraine gebilligt, ebenso die Bereitstellung von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr. Keiner der Abgeordneten ist aufgestanden und hat sich gegen die fortschreitende Militarisierung Deutschlands und die De-facto-Beteiligung Deutschlands am Ukraine-krieg gewandt. Das Morden und gegenseitige Abschlagen muß offensichtlich weitergehen, um den deutschen Rüstungskonzernen maximalste Profite zu sichern. Deren Börsenwerte steigen gegenwärtig in ungeahnte Höhen. Und wer zahlt? Wie immer das Volk und damit auch wieder die Arbeiter in den Rüstungskonzernen. Ein Blick in die Geschichte genügt. **Dietmar Hänel, Flöha**

Jeder Krieg ist furchtbar, gleich ob er als Krieg oder militärische Auseinandersetzung bezeichnet wird. Er kostet Menschenleben, zerstört materielle Güter und schadet dem Klima.

Nun wird über Sanktionen entschieden, man äußert sich jedoch nicht zu den wirklichen Ursachen, die zur gegenwärtigen Situation führten. Apropos Sanktionen: Ich kann mich nicht erinnern, daß die Europäische Union jemals über Sanktionen gegen den Aggressor USA nachgedacht hat, als er den Irak, Afghanistan oder Syrien überfiel. Nein. Die Bundesrepublik Deutschland schickte sogar eigene Soldaten nach Afghanistan um, wie der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler sagte, deutsche Interessen und Rohstoffe dort zu sichern. Seit 2014 brennt es in der Ukraine. Mit dem Maidan-Putsch siegten die antirussische, westlich

ausgerichtete Machtgruppierung, die Ausrottung des „russischen Bolschewismus“ und die Glorifizierung der faschistischen Vergangenheit, die Rehabilitation der Kollaboration mit Nazideutschland und der Bandera-Banden. Das führte zur Bildung der unabhängigen Republiken Donezk und Lugansk. Rußland bemühte sich mit dem Minsker Übereinkommen um eine Lösung. Kiew, durch die westliche Welt bestärkt und mit Milliarden gestützt, weigerte sich, zu einer solchen beizutragen. Dabei wäre es einfach gewesen: Verbleib der Republiken in der Ukraine durch Anerkennung eines Sonderstatus (wie Südtirol in der Republik Italien). Es hätte auch eine andere Lösung gegeben, die des Kosovo zum Beispiel. Kosovo gehörte zu Serbien, wurde abgespalten und international anerkannt. Warum so etwas nicht auch im Osten Europas?

Zur gegenwärtigen Situation führte auch die ständige Osterweiterung der NATO-Einflußsphäre. Die Regierung des Maidan kam dem Westen mit seinen Wünschen entgegen, der Ring um Rußland wäre geschlossen. Inzwischen ist belegt, daß es Gespräche und Vereinbarungen 1990/91 gab, den NATO-Einzugsbereich nicht über die Elbe auszudehnen. Den I-Punkt jedoch setzten der ukrainische Botschafter in der BRD und der ukrainische Präsident, als sie drohten: Wenn die Ukraine nicht NATO-Mitglied wird, dann werden wir eigene Atomwaffen entwickeln. Kann es eine größere Bedrohung des friedlichen Miteinanders geben?

Horst Hommel, Berlin

Was haben US-Raketen an Rußlands Türschwelle zu suchen? Meinem journalistischen Berufskollegen, dem MOZ-Leitartikler Stefan Kegel, möchte ich zustimmen, wenn er schreibt: „Man male sich aus, wie Europa dastehen würde, wenn EU und NATO vor 20 Jahren die ausgestreckte Hand Wladimir Putins ergriffen hätten und das große Land im Osten als befreundete Nation bezeichnen könnten. Der Siegestaumel des Westens verhinderte damals ernsthafte Gedanken in diese Richtung, bis es zu spät dafür war.“ Wie die Würfel gefallen sind, ist bekannt.

Trumps Amtsvorgänger hielt es für angebracht, Rußland als „Regionalmacht“ zu bezeichnen und damit die Russen zu demütigen. Jetzt hat Putin sie eines besseren belehrt.

Der russische Präsident erwartet zurecht, auf Augenhöhe von den NATO-Spitzen behandelt zu werden. Sein Land möchte verlässliche Sicherheitsgarantien auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz und der Schlußakte von Helsinki. Das ist auch die Meinung eines Neunzigjährigen, der hofft, daß er die „Gnadenhochzeit“ (70 Jahre) mit seiner Gerdi im Mai diesen Jahres im Frieden erleben kann.

Dr. Dieter Langer, Bernau

Sicher seid Ihr ebenso überrascht worden wie ich, als Präsident Putin den Befehl zum Einmarsch in die Ukraine gegeben hat. Aber das Überraschtsein dauerte nur wenige Sekunden, denn mir wurde klar, daß sich Putin bis zum allerletzten Moment geduldet hat, daß der Westen der schlichten Forderung, die Ukraine nicht zum NATO-Mitglied zu machen, entspricht.

Wenn man sich überlegt, daß ein kurzes Schreiben genügt hätte, Putin dies zuzusichern, und nur die anmaßende Arroganz Bidens und seiner Vasallen das verhindert hat, ist man fassungslos.

Nun ist Krieg in Europa und die Medien überschlagen sich geradezu vor Freude über immer

neue Sanktionen gegen die „bösen Russen“. Alle Welt übertrumpft einander, Waffen über Waffen in die Ukraine zu schicken, damit der Krieg auch ja eskaliert, um dies den Russen in die Schuhe schieben zu können. Und Deutschland steht an vorderster Front. Die Bundeswehr verteidigt die Freiheit der Bundesrepublik nunmehr in Litauen und Rumänien, nachdem Afghanistan zu diesem Zweck nicht mehr zur Verfügung steht.

Selenskyj scheint ganz vernarrt in deutsche Waffen zu sein, denn auf seinem Wunschzettel stehen Kampfpanzer, Kriegsschiffe, Hubschrauber, Schützenpanzer und U-Boote, als hole er Weihnachten nach. Bezahlen will er all das anscheinend aus den von der Weltbank zugesicherten sieben Milliarden Dollar.

Die Herren Blinken und Stoltenberg outen sich einmal mehr als schamlose Lügner, als sie verkündeten, die NATO sei ein defensives Bündnis. Aber Prime Minister Johnson setzte noch eins drauf, indem er, ohne rot zu werden, festlegte: „Die NATO steht für Frieden.“

Die Teilnehmer der Demo am 27. Februar in Berlin, zu der sich, wie gemeldet wurde, eine Millionen Bürger zwischen Brandenburger Tor und Sieges-säule versammelt hatten, müssen sich fragen lassen: Wo wart Ihr, als die NATO-Staaten den Irak zerschlugen, als die NATO Libyen überfiel, Krieg in Afghanistan und Syrien führten?

Es ist nicht zu ertragen, was sich seit Beginn des Einmarsches russischer Soldaten in die Ukraine in den Medien, und zwar weltweit, abspielt! Aber es zeigt auch, in welch unglaublichem Maße die Menschen sowohl in den Vereinigten Staaten als auch im „vereinten“ Europa durch die Medien verdrummt worden sind.

Norbert Jarisch, Olbernhau/Erzgebirge

Bei den Präsidentschaftswahlen in Rußland 1991 haben alle NATO-Länder Boris Jelzin direkt unterstützt und sich in die Wahlen eingemischt, um den Kandidaten der KPRF, Gennadi Sjaganow, zu verhindern, was auch gelang. Der nächste Schritt war dann 1999 der NATO-Angriff gegen Jugoslawien, in dessen Folge das Land buchstäblich zerlegt wurde.

2001 hat Wladimir Putin im Bundestag eine auf Frieden und Zusammenarbeit mit Deutschland und der gesamten NATO orientierte Rede gehalten und Vorschläge für eine gesamteuropäische Friedensordnung unterbreitet. Sein Anliegen haben alle im Bundestag anwesenden Abgeordneten über Parteigrenzen hinaus begrüßt, aber ernstgenommen hat man ihn nicht. Das Forum der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 nutzte Putin dann, die Politik der USA und NATO gegenüber Rußland scharf zu kritisieren. Man hat ihm mit Erstaunen zugehört, aber ernstgenommen wurde er wiederum nicht.

Wo und wann immer es eine Chance gab, wurde sie von den Westmächten genutzt, um Rußland zu desavouieren und zu demütigen.

In der Geschichte der Diplomatie ist es einmalig, daß Botschafter in einem Gastland gegen die Regierung dieses Gastlandes demonstrieren. Dies haben westliche Botschafter in der Ukraine gemacht, als sie in vorderster Reihe mit ukrainischen Faschisten gegen die Regierung von Wiktor Janukowytsch 2014 marschierten, was dann das Präludium und die Overtüre zum Putsch auf dem Maidan war.

Nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien wurde der indische Ministerpräsident Atal Behari Vajpayee von einem Spiegel-Reporter gefragt, warum sein

Land Atombomben gebaut habe. „Glauben Sie, wenn Jugoslawien die Atombombe hätte, wäre das Land von der NATO angegriffen worden?“, antwortete der indische Politiker. Ich bin davon überzeugt, wenn die Russische Föderation nicht im Besitz von Atomwaffen wäre, hätte die NATO sie schon längst in Dutzende Teile zerlegt, so wie sie es mit Jugoslawien gemacht haben. Der Tschetschenien-Konflikt im Oktober 1999 war der Beginn einer Zerlegungsstrategie des Westens gegen die Russische Föderation.

Da Rußland von der NATO umzingelt ist, hat sich die russische Regierung mit einem Schreiben an die US-Administration gewandt und um Sicherheitsgarantien gebeten. Diese Bitte wurde in Washington ohne Begründung abgelehnt. Wenn die USA keine bösen Absichten haben, warum verweigerten sie eine solche Garantie? Also muß es doch ein begründetes Mißtrauen Rußlands gegenüber den USA und der NATO geben. Als die NATO-Mitgliedschaft der Moldau, Georgiens und der Ukraine aktuell wurde, war endgültig die „rote Linie“ für Rußland überschritten.

Wer all diese Vorgänge nicht berücksichtigt, kann er auch den Krieg nicht verstehen.

Dr. Matin Baraki, Marburg

Immer wieder vertiefe ich mich in Gedanken unserer Klassiker, die mich bereits ein Leben lang begleiten und die mir helfen, den richtigen Kurs beizubehalten. Aber auch die Lebenserfahrungen und Weisheiten bedeutender Humanisten, Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler sind für mich von bleibendem Wert. Wenn Gorki meint, „Lernen bedeutet nicht, irgendetwas nachzuahmen – es bedeutet, sich die Methoden der Meisterschaft anzueignen“, dann heißt das für mich in erster Linie, seinen Kopf zum eigenen Denken zu benutzen und sich nicht von anderen manipulieren zu lassen, wie es gerade heute in der Auseinandersetzung mit Rußland von den bürgerlichen Massenmedien betrieben wird. **Karlheinz Oehme, Döbeln**

Helmuth Hellge, den viele als Autor des „RotFuchs“ kennen, steht kurz vor Vollendung seines 100. Lebensjahres. Er schrieb aus großer Sorge an den RF:

Als alter Friedenskämpfer, der immerhin sechs Jahre Krieg erlebt hat, bewegt mich, wie viele andere auch, was sich in diesen Tagen in der Ukraine abspielt.

Vor einigen Jahren las ich in einer großen Berliner Tageszeitung einen Satz, der mich seither nicht mehr losläßt: „Du weißt nicht, was küssen ist, bevor du es selbst tust. Du weißt nicht, was sterben ist, bevor du stirbst, und du weißt nicht, was Krieg ist, bevor du selbst drinsteckst.“

Dieses Zitat scheint in sich stimmig zu sein und doch meldet sich bei mir entschiedener Widerspruch. Küssen und Sterben sind für mich so eine Art „Naturgesetz“, dem man nicht ausweichen kann, und was ersteres betrifft, wohl auch nicht will. Bezieht man die Aussage auf den Krieg, hieße die Logik: Es muß erst jeder Mensch den Krieg erleben, um aus eigener Betroffenheit mitreden zu können. Das ist, um es salopp auszudrücken, hochgradig unsinnig. Wenn mir gesagt wird, daß Gift schädlich ist, dann muß ich das nicht erst ausprobieren, um zu sehen, ob das auch stimmt.

Ich denke an Bertolt Brecht, der nicht müde wurde, vor der heraufziehenden Gefahr eines 3. Weltkrieges mit eindringlichen Worten zu warnen:

„Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.“

Sind sie vergessen? Wir müssen jene beim Namen nennen, die sich anschicken, die Welt in einen Feuerball zu verwandeln. Wer NATO-Truppen an Rußlands Grenzen stationiert, hat anderes im Sinn, als den Frieden. **Helmuth Hellge, Berlin**

Als Gysi seinerzeit Hausfriedensbruch beging, um sich demonstrierend an die Seite von Entrechteten zu stellen, wußte er dies noch klar zu begründen, genauer – zu rechtfertigen, nämlich mit der durch ihn erfolgten Güterabwägung zwischen konkurrierenden Rechten. Er wurde trotzdem, sehr wohl rechtswidrig, dafür verurteilt und wehrte sich wohl auch vergeblich, wenn ich mich richtig entsinne. Nun steht eine parallele Situation zu beurteilen: Rußland hat reale Bedrohung und massive Gewalt vor Augen. Völkerrechtswidrige Bedrohung durch die an seine Grenzen auch in der Ukraine herankriechende NATO, unter Mitführung von gefährlichen Atomwaffen und durch extrem verkürzte Vorwarnzeiten; sowie die völkerrechtswidrige Gewalt gegen die Völker der Ostukraine im Donbass und in Lugansk durch ein völkerrechtswidrig an die Macht gekommenes Regime in Kiew.

Auch hier fand eine Güterabwägung statt, wie Putin (und nicht nur er) klargestellt hat: Mehr als acht Jahre lang wurde versucht, diese Gefahren zu beenden, was trotz Minsker Vereinbarungen und der Normandie-Verhandlungen nicht zum Ziel führte, sich sogar verschlimmerte und sich zu manifestieren drohte. Und dies hatte allein seine Ursache im durch einen Putsch an die Macht gekommenen und vom Westen gestützten Kiewer Regime.

Das Ergebnis dieser Abwägung haben wir jetzt alle vor Augen, einen Völkerrechtsbruch gegen die anderen und noch neue Verbrechen gegen die Menschlichkeit seitens des Kiewer Regimes. Welche Ziele mit dem einen Völkerrechtsbruch und welche mit den anderen Völkerrechtsbrüchen verbunden sind, liegt offen zu Tage.

Wenn sich jetzt sogar Die Linke mit der NATO und dem Kiewer Regime einig gegen Putin ist ... 27 Millionen sowjetische Opfer, auch unzählige Ukrainer darunter, drehen sich im Grabe um.

Renato Lorenz, Berlin

Wir alle sollten angesichts der dramatischen und fragilen Sicherheitslage in Europa einen kühlen Kopf bewahren. Bei einem waffenstarrten und atomar aufgerüsteten Europa müssen die politischen Entscheidungsträger auf allen Ebenen angemessen und beharrlich um akzeptable Lösungen im Interesse aller Konfliktparteien ringen.

Emotionen, so sehr sie verständlich sein mögen, haben in der Politik nichts zu suchen. Leidenschaft ist allein in der Suche nach einer diplomatischen Lösung für eine Beendigung der militärischen Auseinandersetzung zwischen Rußland und der Ukraine gefordert. Hier müssen EU und NATO geeignete Ideen und auch Kompromißbereitschaft entwickeln. Aber auch wir können unseren Beitrag für die Erhaltung und Förderung guter Beziehungen mit allen Menschen unterschiedlicher Herkunft in der Kommune leisten. Gerade davon lebt unser friedliches Miteinander. Völlig inakzeptabel ist es, nunmehr alles infrage zu stellen oder zu verdammen, was einen sowjetischen bzw. russischen Ursprung hat. Menschen allein wegen ihrer Nationalität zu diffamieren, muß entschieden zurückgewiesen

werden. Es geht in gegenseitiger vorurteilsfreier Achtung nur miteinander und nicht gegeneinander!

Raimon Brete, Chemnitz

Schon einmal gab es in Deutschland einen Propaganda-Minister, der ein ganzes Volk verführte und ins Verderben stürzte. Noch sind mir die Trümmer und Toten des 2. Weltkrieges vor Augen. Die größten Opfer brachte das sowjetische Volk. Rußland ist das größte Land der Erde mit riesigen Reichtümern, da gibt es Begehrlichkeiten, heute wie damals. Deutschlands Politiker schüren wieder die Angst. Vor Rußland. Krieg und Tote schrecken die USA nicht, es geht um die Durchsetzung ihrer geopolitischen Ziele. Mehr Droh-Kulissee gegenüber Rußland geht nicht. Darauf hat Putin mit der völkerrechtlichen Anerkennung von Donezk und Lugansk reagiert. Der deutsche Bundeskanzler Scholz handelt nicht staatstragend, wenn er aus Protest die Gastrasse auf Eis legt. Für die Konzerne kein Problem, die höheren Gaspreise zahlt das Volk.

Jetzt ist Krieg. Hat Putin die Notbremse gezogen oder ist er ein Aggressor? Sein Land ist, für alle Welt sichtbar, von US- und NATO-Truppen umzingelt. Deutschland macht mobil, kann in zwei Stunden an Rußlands Grenze sein. Die Anliegerstaaten kennen von Anfang an nur eine Richtung, mit der NATO gegen Rußland. Sicherheitsgarantien, die Putin immer wieder gefordert hat, wurden ausgeschlagen. Geblieben ist eine brandgefährliche Situation, die nicht Rußland zu verantworten hat. Wie soll Rußland mit dem Nachbarn in Frieden leben, wenn es dem Nachbarn nicht gefällt?

Ernst Jäger, Panketal

Im Februar nahmen wir in Berlin am Brandenburger Tor an einer Protestkundgebung des Freidenkerverbandes Berlin gegen die Aggressionspolitik der NATO gegenüber Rußland teil. Friedensfreunde aller Richtungen hatten sich versammelt. Es waren auch Gespräche am Rande, die uns zu denken gaben. Ein junger Türke, Mitglied der Türkischen Kommunistischen Partei, fragte mich: „Warum steht Ihr nicht endlich gegen die Kriegstreiberei auf? Warum dürfen die Amerikaner in Eurem eigenen Land tun, was sie wollen? Warum greift der Westen nicht nach der ausgestreckten Hand der Russen?“ Beeindruckt hat mich auch die Begegnung mit einer Legende der Friedensbewegung, Laura von Wimmersperg, die uns mahnte, in unserem Kampf um den Frieden nicht nachzulassen. Die hochbetagte Genossin stand bei widrigem Wetter, im Regenumhang am Protesttransparent.

Es wird hohe Zeit, der Kriegstreiberei der USA und der NATO ein Ende zu setzen. Warum lassen wir zu, daß sich die Amerikaner in Deutschland wie in einem Hinterhof bewegen? Aus unserem Land heraus steuern sie ihren internationalen Drohnenkrieg. Hier lagern sie ihre Atomwaffen!

Wann endlich wird die Linke wach? Man kann nicht alljährlich im Januar zu den Gräbern von Rosa und Karl schreiten und vergessen, Friedenspartei zu sein. Statt um Regierungsbeteiligung zu buhlen, sollten wir mit dem Finger auf die Kriegstreiber zeigen. Da erwarten auch unsere Wähler oder solche die es sein könnten.

Norbert Staffa, Großobersdorf

Durch die politische Unabhängigkeit der Ukraine nach dem Zerfall der UdSSR erstarkte die politische Opposition. Kräfte wie die Banderra-Anhänger, Leute vom rechten Sektor und das Asow-Bataillon organisierten mit Hilfe amerikanischer Dollars den

Maidan, um an die Macht zu kommen und stürzten den rechtmäßigen Präsidenten Janukowitsch. Schnell war der Oligarch Poroschenko auf den Thron gesetzt. Nun ging es den Geldgebern aus Übersee und der NATO darum, auch die strategisch wichtige Krim in ihrem Einflußbereich zu bringen. Doch Lugansk und Donbass entzogen sich dieser Absicht, machten ihr verbrieftes Völkerrecht geltend und erklärten sich für unabhängig. Der „Wertewesten“ sah sich in der Verwirklichung seiner Grundabsichten bedroht. USA und NATO bewaffneten verstärkt die Ukraine, schickten Berater und Ausbilder (wozu eigentlich?). Die neuen Machthaber in der Ukraine setzten diese Waffen acht Jahre lang gegen die Bevölkerung in Lugansk und im Donbass ein. Bis Februar 2022 starben mehr als 14 000 unschuldige Menschen. Deutschland, Frankreich, die Ukraine und Rußland schlossen ein Abkommen, in dessen Mittelpunkt der Waffenstillstand das Primat bildete. In den letzten acht Jahren hat sich die Ukraine nicht einen Tag an die Abmachungen von Minsk gehalten, die Waffenstillstandsvereinbarungen wurden fast täglich von Seiten der Ukraine gebrochen. Zerstörte Häuser und ermordete Frauen und Kinder wurden zum gewohnten Bild. Um dem ein Ende zu setzen, bürgerte Rußland durch Ausgabe von Personalpapieren tausende Lugansker und Donbass-Bürger in Rußland ein. Diese Maßnahme zeigte wenig Wirkung und das russische Parlament beschloß, die Volksrepubliken als Staaten anzuerkennen. Gleichzeitig wurde mit dessen Anerkennung ein Beistandsvertrag geschlossen. Diese Vertragsbindung wurde von der Ukraine unbeachtet gelassen. Sie beschloß weiterhin die von Rußland anerkannten Staaten. Rußland reagierte nun auf der Grundlage des Beistandsvertrages mit militärische Maßnahmen gegen die ukrainischen Angreifer.

Gerhard Perlick, Bützow

Die am 27. Februar in Berlin stattgefundene antirusische und proukrainische Antikriegsdemonstration hatte eine nicht zu übersehende Zahl von Menschen unterschiedlichster ideologischer Positionen unter der einseitigen Losung vereint: „Hände weg von der Ukraine“.

Mit Reden, Plakaten und Sprechchören wurde gegen Rußland skandiert, dessen Armee am 24. Februar 2022 eine „militärische Spezialaktion“ gegen militärische Ziele der von der USA und der NATO fernbefehligen Stellungen der ukrainischen Armee an den Grenzen Rußlands und der Volksrepubliken Donezk und Lugansk begonnen hatte. Der Westen interpretierte diese offensive Schutzaktion als „Aggression Rußlands gegen die Ukraine“ und die militärischen Maßnahmen Rußlands als „ersten Krieg in Europa seit dem Ende des 2. Weltkrieges“, schamlos ihren eigenen völkerrechtswidrigen Krieg 1999 gegen Jugoslawien verdeckend.

Ohne Zweifel wurden ehrliche Kriegsgegner, Friedensaktivisten, selbst linke Parteien und ihre Mitglieder mit dieser antirusischen Propaganda zu Protesten auf die Straße gelockt. Rußland ist aber nicht der Aggressor gegen die Ukraine. Die Ukraine wurde seit dem Putsch des Maidan 2014 von der NATO als militärisches Rollfeld gegen Rußland massiv aufgerüstet. Seit acht Jahren führt die faschistoid durchgesetzte Führung der Ukraine einen aggressiven Krieg gegen die Donbass-Volksrepubliken Donezk und Lugansk mit bislang mehr als 14 000 Toten und schrecklichen Zerstörungen von Städten, Dörfern und Betrieben. Nun haben die beiden Republiken, die sich 2014 dem faschistischen Putsch vom Maidan entzogen

und ihre Selbstständigkeit erklärt hatten, Rußland um Hilfe gerufen.

Ja, Rußland läßt nun auch Waffen sprechen gegen Waffen, die in einer Stärke von über 130 000 Mann gegen die Volksrepubliken Donezk und Lugansk unmittelbar an deren Grenzen auf einer Länge von nur rund 400 Kilometer in Stellung gebracht wurden. Das ist fast die gesamte Truppenstärke der Ukraine. Diese Tatsache wurde in der Berichterstattung hiesiger Mainstream-Medien geflissentlich übersehen, während russische Truppenstationierungen von ca. 150 000 Mann auf russischen Territorium verteilt entlang seiner über 2000 Kilometer langen Grenze zur Ukraine als Bedrohung der Ukraine hochgepuscht wurden.

Ich wäre jeder Demonstration gefolgt, die für die Beendigung des durch die USA und der NATO provozierten Bruderkrieges zwischen Russen und Ukrainern unter der Losung „NATO- und EU – Hände weg von der Ukraine“ stattfände, wenn laut und deutlich gerufen würde: „Sicherheit für Rußland und damit Sicherheit für Europa und die Welt!“ Natürlich ist Krieg in keiner Form die Lösung von Konflikten. Aber diese „Barrikaden“ müssen vor allem gegen diejenigen errichtet werden, die den Ausbruch eines Krieges tatsächlich zu verantworten haben. Und das ist nicht einseitig Rußland. Die eigentlichen Kriegstreiber sitzen in Washington und Brüssel und jetzt wieder in Berlin. Sie haben Rußland mit ihrer NATO-Osterweiterung und wirtschaftlichen Sanktionspolitik seit Jahrzehnten dazu getrieben, sich mit einer „militärischen Spezialaktion“ auf ukrainischem Territorium zur Wehr zu setzen.

Ist der militärische Streit ausgebrochen, entsteht für alle Beteiligten aber sogleich auch die menschlichkeitserhaltende Pflicht und Verantwortung, unabhängig von juristischen Vereinbarungen auf internationaler Ebene, auf den Stillstand der Waffen hinzuwirken, miteinander zu verhandeln, zur Diplomatie zurückzukehren und gegenseitige, gleichberechtigte Sicherheiten zu schaffen. Deshalb ist die Initiative Rußlands für die seit dem 27. Februar stattfindenden Waffenstillstandsverhandlungen mit der Hoffnung auf einen schnellen Erfolg zu begrüßen und zu unterstützen.

Manfred Wild, Berlin

Ich sehe die Ursachen für die äußerst gefährliche Zuspitzung der Lage vor allem darin, daß den USA sowohl auf politischem, wirtschaftlichem und auch militärischem Gebiet langsam die Felle davonschwimmen. Sie verlieren zunehmend ihre Vormachtstellung in der Welt, im Land selbst gibt es die höchste Inflationsrate seit 40 Jahren. Leider sieht es so aus, als wollte man den Abgang von der Führungsbühne in der Weltpolitik nicht so geräuschlos vollziehen. Daß man dabei auch andere mit in den Strudel hineinziehen könnte, spielt offenbar keine Rolle.

Ralf Kaestner, Bützow

Zum Schlimmsten, was die Menschheit bisher erleben mußte, zähle ich den deutschen Faschismus. Er hat in den 12 Jahren von 1933 bis 1945 sechs Millionen jüdische Menschen fabrikmäßig umgebracht, sechs Millionen polnische Menschen getötet, mehr als sechs Millionen Sowjetbürger ermordet und weitere Millionen Menschen aus vielen Nationen in den Tod befördert. Die Täter dieser Verbrechen waren Mitglieder der faschistischen Partei NSDAP, Angehörige der SS, SA, der

Geheimdienste, der Wehrmacht und der Polizei. Die Quelle des deutschen Faschismus sind der Kapitalismus, preußischer Militarismus und Kolonialismus in Verbindung mit Nationalismus, Rassismus und Antikommunismus.

Ihm ist es gelungen, bis an die Wolga und vor Moskau und Leningrad zu marschieren, wo er mit Mord, Brandstiftung und Terror furchtbare Spuren hinterlassen hat.

Die Völker der Sowjetunion und die Rote Armee schlugen diese Aggressoren bis Berlin unter großen Opfern zurück. Sie hatten den größten Anteil am Sieg über den deutschen Faschismus, sie brachten uns Deutschen den Frieden. Ein halbes Jahrhundert garantierten sie in Europa den Frieden.

Nun ist es der US-Imperialismus, der die Gefahr der Menschheitsvernichtung heraufbeschwört. Nur dieser hat bisher zweimal in der Geschichte Massenmorde durch den Einsatz der Atombombe in Hiroshima und Nagasaki zu verantworten. In unzähligen völkerrechtswidrigen Kriegen – in Korea, Vietnam, Irak, Afghanistan, Syrien, Jugoslawien, Jemen, Somalia, Libyen, Granada ... brachte er Millionen Menschen den Tod. Derselbe US-Imperialismus hat Konterrevolutionen (Regime Change) auf mehreren Kontinenten finanziert, organisiert und gesteuert (Chile, Portugal, Bolivien, Kolumbien, Brasilien, Ukraine, Jugoslawien ...).

Er ist die Hauptgefahr für den Weltfrieden, für den Fortbestand der Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit.

Horst Jäkel, Potsdam

Die „RotFuchs“-Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau hat beschlossen, an der Kundgebung am 23. April, um 11.30 Uhr, an der Elbbrücke Torgau teilzunehmen und mit der Niederlegung eines Blumengebindes an historischer Stätte daran zu erinnern, daß allein Frieden ein unersetzliches Gut ist.

Ronald Wandel, Oberlungwitz

Mit Interesse habe ich unter anderem im Februar-Heft den Artikel „Eine bemerkenswerte Korrespondenz ...“ zwischen Emil Fuchs und Hugo Kramer gelesen. Ergänzend möchte ich bemerken, daß Emil Fuchs der Vater von Klaus Fuchs ist, welcher wesentlich dazu beigetragen hat, das Atombombenmonopol der USA zu brechen. Stark durch die Erziehung des Vaters beeinflusst, hat Klaus Fuchs als überzeugter Kommunist in England über Ursula Kuczynski, uns mehr als Ruth Werner bekannt, wesentliche Forschungsergebnisse an die Sowjetunion weiterleiten können. Und nach langer Haft dafür in England ging er anschließend nicht in die BRD, wie ihm angeboten wurde, sondern in die DDR. Hier war seine weltanschauliche Heimat. Und hier konnte er seine wissenschaftlichen Arbeiten fortsetzen, die hoch anerkannt wurden.

Durch den Ruth-Werner-Verein in Carwitz bei Feldberg wird auch die Erinnerung an ihn in Ehren gehalten und den Besuchern vermittelt.

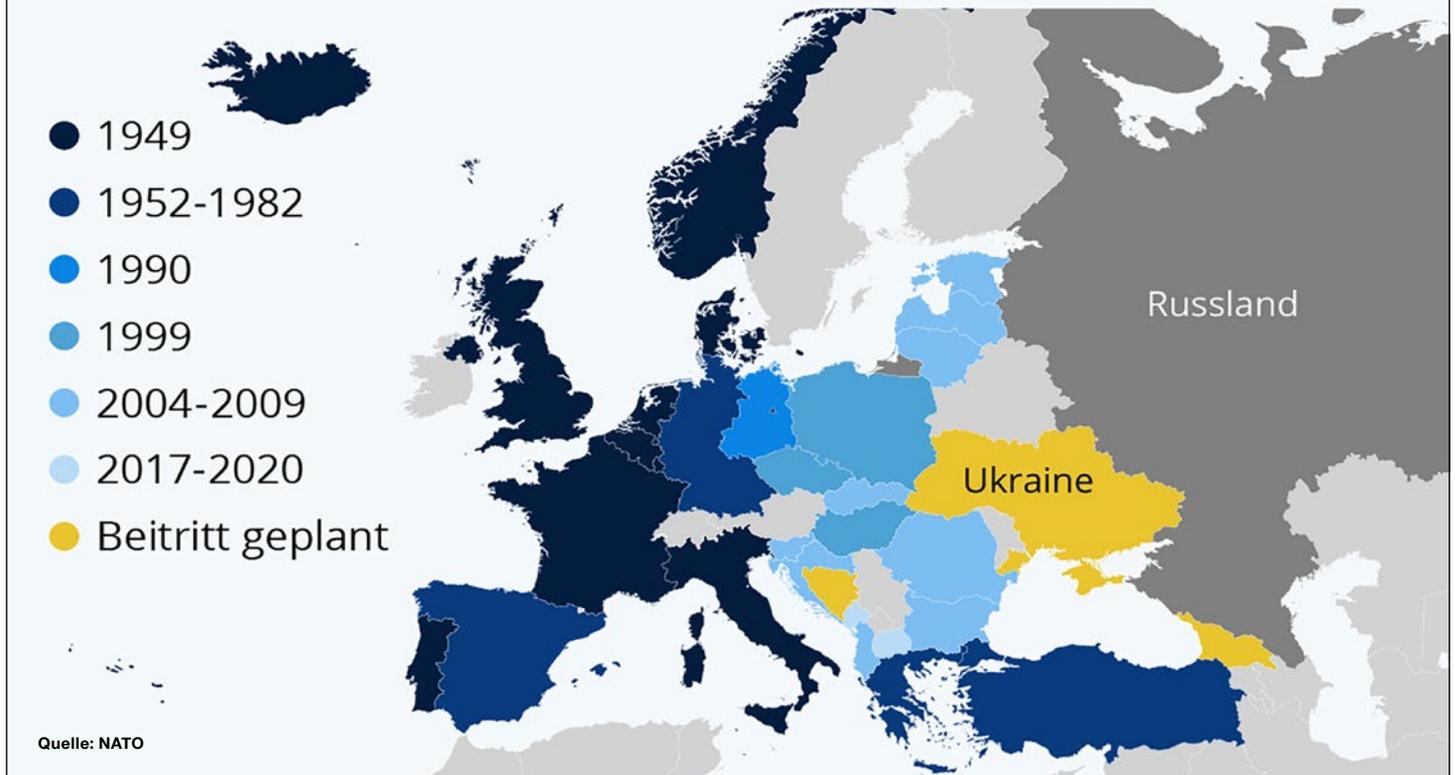
Heiko Haase, Britz

Ich war Schüler der Erweiterten Oberschule „Geschwister Scholl“ in Zeitz. Am 12. April 1961 fand unser Abitur im Turnen statt. Plötzlich wurde unsere Prüfung vormittags durch Direktor Helmut Schatz und seinem Stellvertreter unterbrochen. Der Direktor teilte uns mit, daß heute der sowjetische Kosmonaut Juri Gagarin als erster Mensch die Erde erfolgreich umkreist hat. Das Beispiel zeige, wozu der Sozialismus fähig ist und sollte für uns Prüflinge Ansporn für gute Leistungen sein.

Günther Röska, Leipzig

Die Geschichte der NATO-Osterweiterung

Europäische Länder nach Jahr des Eintritts in die NATO



Regionalgruppe Gera

Am 23. April um 14 Uhr – Gemeinsame Veranstaltung mit Vertretern der Partei Die Linke, Freunden der Basisorganisation „Rote Jugend“ und des Friedensbündnisses Gera zum Thema: **Schlussfolgerungen aus der Bundestagswahl für den Kampf um Frieden, Umwelt und eine Wende zu sozialem Fortschritt** **Diskussionsgrundlage** von **Wolfgang Dockhorn** („RotFuchs“-Förderverein)

Ort: Geschäftsstelle der Partei Die Linke, Markt 12 A, 07545 Gera

Regionalgruppe Potsdam

Am 26. April um 18 Uhr – Politische und wirtschaftliche **Herausforderungen für Kuba**

Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcenter), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am 30. April um 10 Uhr – Diskussionsrunde zum Thema: **Im Ringen um die Erhaltung des Friedens kann es keine Neutralität geben. Wer sind die Kriegstreiber?**

Ort: Bürgertreff, Fontaneplatz 2, 15711 Königs Wusterhausen

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluss für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900

ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke

Dr. Hans-Jürgen Joseph

Dr. Kurt Laser

Prof. Dr. Anton Latzo

Bruno Mahlow

Dr. Holger Michael

Jobst-Heinrich Müller

Horst Neumann

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)

Heinz Pocher †

Hans Schoenefeldt

Peter Steiniger

Johann Weber

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wroclaw)

Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.